

Jetzt das Richtige tun!

Wahlprogramm der CDU Bremen

für die 18. Legislaturperiode
der Bremischen Bürgerschaft
2011—2015

Beschlossen am 9. März 2011



CDU

BREMEN RICHTIG GUTE PARTEI

Jetzt das Richtige tun!

Jetzt das Richtige tun!

Liebe Wählerinnen und Wähler,

unser schönes Bundesland kann mehr aus sich machen, als dies mit der rot-grünen Landesregierung möglich war. Dafür setze ich mich als Spitzenkandidatin der CDU im Land Bremen mit ganzem Herzen ein. Dieses Wahlprogramm ist unser Angebot für einen Politikwechsel. Unser Land ist reif für einen neuen Kurs, der Arbeitsplätze und Wohlstand sichert und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärkt.



Seit Kriegsende stellt die SPD die Landesregierung. Ergebnis sind Rekordschulden, soziale Spaltung, hohe Arbeitslosigkeit, Armut, hohe Kriminalität und letzte Plätze bei den Pisa-Tests. Mit unserem Wahlprogramm zeigen wir Wege auf, wie unser Bundesland zu neuer Stärke finden kann. Wir haben den Mut, bestehende staatliche Programme auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen, damit Hilfen nicht nutzlos versickern, sondern bei den Menschen ankommen. Wir haben den unbedingten Willen, nicht nur die Folgen von Arbeitslosigkeit, sondern die Ursachen zu bekämpfen. Ich setze mich persönlich dafür ein, dass die Wirtschafts-, Logistik- und Handwerksbetriebe Rahmenbedingungen vorfinden, die sie für florierende Geschäfte benötigen. Die führende Rolle Bremens und Bremerhavens bei der Entwicklung erneuerbarer Energien muss gestärkt und ausgebaut werden. Und mehr denn je gehört die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in den Fokus des politischen Handelns.

Sie haben am 22. Mai 2011 die Wahl. Geben Sie dem Land die Chance auf einen Wechsel – mit Ihren fünf Stimmen für die CDU!

Herzlichst, Ihre

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Rita Mohr-Lüllmann'. The signature is written in a cursive, flowing style.

Dr. Rita Mohr-Lüllmann

Jetzt das Richtige tun!

Inhaltsverzeichnis

Präambel: Jetzt das Richtige tun - 10 Gründe am 22. Mai CDU zu wählen..... 7

1. Chancen eröffnen!	10
a. Auf den Anfang kommt es an	10
b. Vielfalt fördert alle	11
c. Übergänge gestalten.....	14
d. Ohne gemeinsame Werte geht es nicht	15
e. Integration braucht Offenheit.....	15
f. Kultur ist Zukunftsmusik für unsere beiden Städte	17
2. Generationengerechtigkeit schaffen!	19
a. Familien brauchen Zeit	19
b. Sozial ist, was Chancen schafft.....	20
c. Aktiv im Alter.....	22
d. Gleichberechtigung leben	23
e. Kooperation und Wettbewerb in der medizinischen Versorgung	24
3. Klug wirtschaften!	26
a. Unser Land — unser Standort.....	26
b. Buten & Binnen: Wirtschaft, Häfen und Tourismus.....	27
c. Mittelstand und Handwerk: Motoren unserer Wirtschaft	29
d. Vorfahrt für Arbeitsplätze	30
e. Unser Land schafft Wissen.....	32
4. Wachstum ermöglichen!	33
a. Verkehrsinfrastruktur für morgen	34
b. Mobilität bedeutet Lebensqualität.....	35
c. Wachsende Städte	36
d. Energie — umweltschonend, zuverlässig und bezahlbar.....	37
e. Umwelt- und Naturschutz in unseren Städten.....	38
5. Sicher leben!	40
a. Kriminalität bekämpfen - Prävention stärken	40
b. Schlagkräftige Justiz	44
c. Neue Medien nutzen — Datenschutz stärken.....	46
d. Verbraucher schützen.....	47
6. Zukunft sichern!	48
a. Eigenständigkeit braucht finanzielle Handlungsfähigkeit	48
b. Bürgernahe Verwaltung.....	50
c. Wir setzen auf Beteiligung	51
d. Sport, Ehrenamt und Vereine: Bausteine des Zusammenhalts	52

Jetzt das Richtige tun!

Jetzt das Richtige tun!

Präambel: Jetzt das Richtige tun - 10 Gründe am 22. Mai CDU zu wählen

Erstens: Wir haben die beste Kandidatin!

Mit Dr. Rita Mohr-Lüllmann hat die CDU Bremen zum ersten Mal in ihrer Geschichte eine Frau als Spitzenkandidaten für die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft nominiert. Die sympathische Seiteneinsteigerin hat unsere Parteimitglieder schnell durch ihre Leistungen in ihrem privaten und beruflichen Lebensweg von sich überzeugt: Promovierte Pharmazeutin und erfolgreiche selbständige Unternehmerin ebenso wie Ehefrau und zweifache Mutter – Rita Mohr-Lüllmann weiß um die Sorgen und Nöte, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Mit ihrer wirtschaftlichen Kompetenz ist sie dabei nah an dem Lebensalltag der Menschen in Bremen und Bremerhaven. Als Bürgermeisterin und Präsidentin des Senats wird sie die Zukunft unseres Zwei-Städte-Staates mutig gestalten, anstatt wie der Amtsinhaber die Mängel nur resignierend zu verwalten.

Zweitens: 65 Jahre SPD sind genug!

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges regiert die SPD alleine oder in Koalitionen das Land Bremen. Die Bilanz ist mit einem einzigen Wort zu beschreiben: desolat.

- Bremen hat die mit Abstand höchste Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland.
- Bremen landet bei Vergleichstests wie PISA beständig auf dem letzten Platz.
- Die Kriminalität und die Armut haben in verschiedenen Stadtteilen teilweise bedrohliche Züge angenommen.
- Beim Wirtschaftswachstum und der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hinkt Bremen der erfreulichen Entwicklung in ganz Deutschland deutlich hinterher.
- Bei Privat- und Unternehmensinsolvenzen hat Bremen einen unrühmlichen Spitzenplatz inne.

Die Menschen in Bremen und Bremerhaven sind nicht weniger leistungsfähig als anderswo in Deutschland, aber 65 Jahre SPD-Herrschaft haben dafür gesorgt, dass die Chancengerechtigkeit verloren gegangen ist.

Drittens: Unser Land braucht den Wechsel!

Wer sich nicht damit abfinden will, Bremen bei allen wichtigen Statistiken auf den hinteren Plätzen vorzufinden, muss mithelfen, die SPD endlich in die Opposition zu schicken. Bei Gesprächen mit Freunden und Bekannten aus anderen Regionen Deutschlands müssen Bremer immer wieder erfahren, dass man auf unseren schönen Zwei-Städte-Staat von außen oftmals aus einer Mischung von Mitleid und Geringschätzung schaut. Bremen wird inzwischen vor allem als Bittsteller gegenüber dem Bund und anderen Bundesländern wahrgenommen. Dies entspricht aber nicht dem Selbstverständnis der hier lebenden Menschen. Genauso wenig, wie sie selber vor ihren Alltagsproblemen kapitulieren, erwarten sie auch von ihrer Regierung, dass sie sich den erkennbaren Herausforderungen stellt. Weil Rot-Grün jedoch dazu offensichtlich nicht in der Lage ist, braucht Bremen endlich eine CDU-geführte Regierung!

Viertens: Neues Wahlrecht — neue Chancen!

Zur Bürgerschaftswahl 2011 haben die Wählerinnen und Wähler erstmals die Möglichkeit, bis zu fünf Stimmen auf Parteien und Kandidaten frei zu vergeben. Die CDU unterbreitet

Jetzt das Richtige tun!

den Mensch in Bremen und Bremerhaven ein attraktives Personalangebot. Wir bitten alle Wählerinnen und Wähler, sich anhand der Lebensläufe der Kandidatinnen und Kandidaten darüber zu informieren, wer die Interessen der Menschen in unseren Stadtteilen am besten vertreten kann. Anders als viele unserer politischen Mitbewerber setzt die CDU nicht primär auf altgediente Parteikader, sondern bietet einen spannenden Mix aus erfahrenen und jungen Bewerbern. Unsere Kandidaten haben durch ihren beruflichen und privaten Hintergrund bereits bewiesen, dass sie mitten im Leben stehen und sich für ihre Mitmenschen, ihre Stadtteile, ihre Vereine und ihre Einrichtungen in besonderer Weise einbringen. Gerade Wählerinnen und Wähler, die in der Vergangenheit nicht oder nicht immer CDU gewählt haben, bietet sich nun die Möglichkeit, auf unserer Liste diejenigen Kandidatinnen und Kandidaten auszuwählen, die ihnen im Hinblick auf Kompetenz, Engagement und Sympathie besonders zusagen.

Fünftens: Eine gute Bildung eröffnet Möglichkeiten!

Es ist kein Naturgesetz, dass Bremen bei Bildungsrankings beständig auf den hinteren Plätzen landet. Unsere Landeskinder sind genauso leistungsfähig wie andernorts, aber die jahrzehntelange, verfehlte und ideologische Bildungspolitik der SPD hat ihnen oftmals Entfaltungsmöglichkeiten geraubt. Für uns Christdemokraten steht stets das Individuum im Vordergrund unserer bildungspolitischen Aktivitäten. Dies bedeutet, dass in Kindergärten, Schulen und Hochschulen alle Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene nach ihren persönlichen Fähigkeiten und Eignungen gefordert und gefördert werden müssen. Neben einer effizienteren und an den wirklichen Bedürfnissen unserer Gesellschaft ausgerichteten Wissensvermittlung, legen wir auch ausdrücklich großen Wert darauf, dass es in den Bildungseinrichtungen wieder verstärkt zur Wertevermittlung kommt. Für uns ist es wichtig, dass junge Menschen am Ende ihrer schulischen Ausbildung zu verantwortungsbewussten Bürgern heranreifen, die zu einem selbstbestimmten Leben befähigt sind.

Sechstens: Wir können Wirtschaft!

Wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser! Wir haben verstanden, dass ohne eine gute Wirtschaftspolitik auch in allen anderen Politikfeldern keine Fortschritte zu erzielen sind. Wir vertrauen auf die Schaffenskraft von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Daher wollen wir ihnen möglichst viele bürokratische Hemmnisse aus dem Weg räumen, die sie bei der Entfaltung ihrer Ideen behindern! Die CDU ist und bleibt die Partei der sozialen Marktwirtschaft. SPD, Grüne und Linke vertreten die Auffassung, dass der Staat letztlich der bessere Unternehmer ist. Die Folge ist, dass vieles in Bremen deutlich schlechter und teurer funktioniert als anderswo in Deutschland. Qualitatives Wirtschaftswachstum ist für die nachhaltige Entwicklung unseres Gemeinwesens zwingend notwendig. CDU-Wirtschaftspolitik zielt auf Zukunftsbranchen ab, die zu einer möglichst großen Belegung des Arbeitsmarktes beitragen.

Siebtens: Unser Land braucht Sicherheit!

Die CDU ist die Partei der Inneren Sicherheit! Wir wollen unsere Mitbürger vor Kriminalität schützen. Straftäter müssen auch in Bremen und Bremerhaven endlich mit klaren und schnellen Konsequenzen rechnen! Rechtsfreie Räume wird es unter einer CDU-geführten Regierung nicht geben. Wir stehen hinter unserer Polizei und Justiz bei ihrer verantwortlichen Arbeit für unser Gemeinwohl. Der Schutz vor Straftaten bedeutet auch immer ein

Jetzt das Richtige tun!

mehr an Lebensqualität für die Menschen in unseren Städten. Für uns geht Opferschutz grundsätzlich vor Täterschutz.

Achtens: Verkehr muss fließen!

Bremen und Bremerhaven sind Großstädte in einer von Mobilität geprägten Region. Wir stehen für ein sinnvolles und faires Miteinander aller Verkehrsträger. Dabei messen wir dem Lärm- und Umweltschutz eine große Bedeutung bei. Mit der in den letzten Jahren durch Rot-Grün praktizierten einseitigen Schikanierung der Autofahrer muss endlich Schluss sein. Diese Politik hat oftmals genau das Gegenteil von dem bewirkt, was sie eigentlich zum Ziel hatte: So verursachten die zusätzlichen Verkehrshemmnisse durch verstärktes Abbremsen und wieder Anfahren einen unnötigen Anstieg von Lärm und Abgaschadstoffen sowie ein zunehmendes Ausweichen der Verkehre in dafür nicht vorgesehene Nebenstraßen.

Neuntens: Haushalt kommt von Haushalten!

Die Finanzpolitik von SPD und Grünen in Bremen ist grandios gescheitert. Nie zuvor wurden in einem Jahr so viele Schulden aufgenommen wie im Jahr 2010. Jedem Wähler ist klar, dass man nicht auf Dauer jedes Jahr mehr ausgeben kann als man einnimmt. Obwohl Bremen sich gegenüber dem Bund und den anderen Bundesländern verpflichtet hat, bis zum Ende des Jahrzehnts einen Haushalt vorzulegen, der ohne neue Schulden auskommt und demnach eigentlich pro Jahr 100 Mio. Euro einsparen müsste, ist von einem echten Umdenken in der Finanzpolitik bei Rot-Grün nichts zu erkennen. Für die CDU hat die Haushaltskonsolidierung auch deshalb einen so hohen Stellenwert, weil ein weiteres Schuldenmachen die Probleme einzig auf die ohnehin schon stark belasteten kommenden Generationen verlagert. Andere Parteien reden sehr gerne von Nachhaltigkeit, wir wollen sie gerade im Bereich der Finanzpolitik verantwortungsbewusst umsetzen.

Zehntens: Jetzt das Richtige tun!

Bremen braucht eine Regierung, die die richtigen Schwerpunkte in ihrer Arbeit setzt und bereit ist, mutige Entscheidungen für die Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit unserer beiden Städte zu treffen. Vier weitere Jahre rot-grüne Lethargie können wir uns nicht erlauben, sonst verlieren wir endgültig den Anschluss an die Wachstumsregionen in Deutschland, Europa und der Welt. Ohne einen grundlegenden Politikwechsel ist schon in wenigen Jahren nicht nur die Selbständigkeit unseres Bundeslandes in Frage gestellt, sondern vor allem auch die Handlungsfähigkeit der staatlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen in Bremen und Bremerhaven. Davon wären insbesondere alle jene Mitbürger betroffen, die sich eben gerade keine Privatschulen für ihre Kinder leisten können, die zwingend auf staatliche Gesundheitsvorsorge angewiesen sind und die sich und ihr Eigentum nicht durch private Sicherheitskräfte schützen lassen können. Deutschland ist mit Angela Merkel und der CDU zum Wachstumsmotor Europas geworden. Einen solchen Weg wird Bremen mit Rita Mohr-Lüllmann und der CDU auch beschreiten!

1. Chancen *eröffnen!*

Bildungschancen sind Zukunftschancen. Deshalb setzt sich die CDU Bremen für gerechte Bildungschancen von Kindesbeinen an ein. Für uns ist Bildung der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Wir setzen dabei auf Vielfalt: Vielfalt der Angebote und Vielfalt der Träger. Freie Träger leisten dazu mit ihren Kindergärten und Schulen einen unverzichtbaren Beitrag, den wir stärken wollen. Die CDU Bremen setzt sich dafür ein, dass der Bund bei Lehrerausbildung, Bildungsstandards und Abschlüssen mitsprechen kann. Für uns hat Bildung auch immer etwas mit Wertevermittlung und Erziehung zu tun. Es ist nicht die Aufgabe der Schule, Erziehungsversäumnisse des Elternhauses auszugleichen. Schule muss elterliche Erziehung vielmehr ergänzen. Bildung darf nicht von der Herkunft abhängig sein, sondern muss etwas mit Neigungen und Fähigkeiten zu tun haben. Wir setzen uns für eine Anpassung der Unterrichtsinhalte an die Lebenswirklichkeit unserer Gesellschaft sowie den Zielen und Profilen unserer Schulen ein. Dazu gehört auch eine „Entrümpelung“ der Lehrpläne von unnötigem Spezialwissen.

a. Auf den Anfang kommt es an

Auf den Anfang kommt es an: Wer Kindern gerechte Chancen eröffnen möchte, muss dafür sorgen, dass ihre Talente geweckt und gefördert werden. An erster Stelle ist dies die Verantwortung der Eltern. Kindergarten und Schule sind wichtige Bezugspunkte, deren Ausgestaltung und Verzahnung die CDU Bremen fördern wird. Deswegen gehören die Zuständigkeiten für Kinder und Jugend sowie Bildung in eine Hand. Diese Politikbereiche wollen wir in einem neu ausgerichteten Bildungsressort bündeln.

Wir unterstützen den von der Bundesregierung initiierten Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige: Das bundesweite Ziel, bis 2013 mehr als einem Drittel der unter dreijährigen Kinder einen Betreuungsplatz bereit zustellen, muss auch in Bremen realisiert werden. Die CDU Bremen ist überzeugt, dass wir dieses Ziel nur erreichen können, wenn kommunale und freie Träger sowie Elternvereine gleichgestellt sind: Jedes Kind ist uns gleich viel wert. Wir fordern deshalb die gleiche finanzielle Ausstattung für Elternvereine und freie Träger.

Die geplante Anhebung der Gruppengröße bei den unter Dreijährigen von acht auf zehn Kinder und im Kindergarten von 20 auf 22 Kinder lehnen wir ab: Wer Kinder altersgerecht betreuen und fördern will, braucht Zeit für individuelle Ansprache und keine Abfertigung in übergroßen Gruppen.

Die Erzieherinnen und Erzieher spielen dabei eine besondere Rolle: Wir setzen uns für eine Aufwertung des Erzieherberufs aus. Die Ausbildung muss qualitativ weiterentwickelt werden. Neue Anforderungen sowie neue Ausbildungsinhalte müssen berücksichtigt werden. Die CDU Bremen spricht sich deshalb dafür aus, dass das bisherige Anerkennungsjahr in die schulische Ausbildung einbezogen und besser als bisher begleitet wird. Die Weiterbildung muss im Sinne einer Weiterqualifizierung fester Bestandteil der Arbeit vor Ort sein.

Wir wollen eine flexible und bedarfsgerechte Kinderbetreuung: Dazu gehören mehr Ganztagsplätze, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Die CDU Bremen setzt sich dafür ein, dass die starren Fristen des Kindergartenjahres flexibilisiert werden. Eine Anmeldung und ein Einstieg in Kindertageseinrichtungen muss jederzeit möglich sein.

Jetzt das Richtige tun!

50 Mittelfristig strebt die CDU Bremen ein verpflichtendes und deshalb beitragsfreies drittes
51 Kindergartenjahr an, das mit vorschulischer Ausrichtung im Bereich des Schulgesetzes
52 definiert werden soll.

53

54 Das Beherrschen der deutschen Sprache ist einer der wichtigsten Schlüssel zu Bildung,
55 zum beruflichen Erfolg und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Grundlagen für
56 den Spracherwerb werden im Kindesalter gelegt. Die CDU Bremen hat sich deshalb für die
57 Einführung einer Sprachstandfeststellung im Alter von vier Jahren eingesetzt. Die bislang
58 durchgeführten Sprachtests haben aber leider erhebliche Mängel offenbart. Wir fordern
59 deshalb, dass die Nichtteilnahme an Spracherhebungstests oder an den Sprachkursen Kon-
60 sequenzen haben muss.

61

62 Die Sprachförderung im Kindergarten muss auf eine neue Grundlage gestellt werden. Sie
63 soll im Gruppenalltag und nicht in Fördergruppen durch den Kindern oft wenig oder gar
64 nicht vertraute Betreuer erfolgen. Die CDU Bremen unterstützt die Initiative des Bundes-
65 familienministeriums, an 36 Einrichtungen im Land Bremen eine Sprachoffensive zu star-
66 ten, mit der jeder Einrichtung zusätzlich 25.000 Euro im Jahr aus Bundesmitteln zur Verfü-
67 gung steht.

68

69 **b. Vielfalt fördert alle**

70

71 Wir haben uns mit der Kampagne „Bremen und Bremerhaven: Gymnasien-Schutzgebiet“
72 erfolgreich für den Erhalt des Gymnasiums eingesetzt. Mit dem Bildungskonsens von
73 2009, der auf eine Initiative der CDU Bremen zurückgeht, ist überparteilich bis 2019 ein
74 fester und verlässlicher Rahmen für die Entwicklung der Schulen im Lande Bremen verein-
75 bart worden. Kern ist eine langfristig angelegte Schulstruktur für das ganze Land mit einer
76 vierjährigen Grundschule und einer Zweigliedrigkeit aus Gymnasium und Oberschule.

77

78 Damit haben wir den Schulstrukturstreit zumindest mittelfristig beenden können und Ver-
79 lässlichkeit für Schüler, Eltern und Lehrer geschaffen. Das Gymnasium bleibt als Schulform
80 bestehen. Die CDU Bremen hat damit ihr bildungspolitisches Ziel, den Erhalt eines diffe-
81 renzierten Schulwesens, erreicht. Die getroffene Vereinbarung ist für uns Leitfaden der
82 Schulpolitik. Wir setzen uns für eine sachgerechte Umsetzung und eine kontinuierliche
83 Verbesserung des bremischen Schulwesens ein. Die Durchlässigkeit zwischen den Schul-
84 formen muss stetig gewährleistet sein.

85

86 Die CDU Bremen setzt sich deshalb gemeinsam mit der Union in ganz Deutschland für ein
87 begabungsgerechtes Schulwesen ein. Wir sind überzeugt: Alle Kinder ihren Talenten ent-
88 sprechend zu fordern und zu fördern – das geht am besten in einem differenzierten Schul-
89 wesen. Wir meinen: Vielfalt fördert alle! Für die CDU Bremen hat die Qualitätsentwicklung
90 in den Schulen oberste Priorität. Wir müssen besser werden – und zwar schneller als an-
91 dere Bundesländer. Dazu bedarf es einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller Beteiligten.
92 Der Unterricht muss ins Zentrum aller Bemühungen rücken.

93

94 Das erschreckend große Ausmaß des fachfremd erteilten Unterrichts an unseren Schulen
95 muss so schnell wie möglich abgestellt werden. Für die Verbesserung der Unterrichtsquali-
96 tät ist ein im Studium erworbenes fundiertes Fachwissen und eine entsprechende Fachdi-
97 daktik unerlässlich. Insbesondere die Unterrichtssituation in Englisch, Musik und Sport in
98 der Grundschule muss bremenweit vereinheitlicht und verbessert werden.

99

Jetzt das Richtige tun!

100 Für die CDU Bremen gilt: Eltern müssen wählen können zwischen Halbtags- und Ganztags-
101 schule, zwischen Schulen in freier und staatlicher Trägerschaft und zwischen einzelnen
102 Schulen. Wir brauchen ein regional ausgewogenes Schulangebot. Dazu gehört auch eine
103 klare Profilierung und Abgrenzung der Schulformen Gymnasium und Oberschule; wir stre-
104 ben dabei langfristig ein Verhältnis von 35 zu 65 an.

105
106 Bei der Gewinnung neuer Lehrkräfte gilt für die CDU Bremen: Wir müssen die Pensionie-
107 rungswelle der nächsten Jahre als Chance begreifen und gezielt die Besten nach Bremen
108 und Bremerhaven holen. Fortschritt und Wissensentwicklung müssen in Unterricht und
109 Schulalltag verankert sein. Für alle Lehrkräfte im Bremischen Schulwesen wollen wir des-
110 halb regelmäßige fachliche und didaktische Fortbildung. Unser Ziel ist dabei, alle Fortbild-
111ungsmaßnahmen kontinuierlich zu evaluieren, damit diese nicht nur auf dem Papier ste-
112 hen, sondern entsprechend im Unterricht zum Tragen kommen.

113
114 Ein erster und für die CDU Bremen eigentlich selbstverständlicher Schritt ist die weitere
115 Vertiefung der Kooperation mit Niedersachsen in der Lehreraus- und -fortbildung. Der
116 Elternwunsch nach Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen — vor allem beim Abitur — hat
117 eine breite Diskussion angestoßen. Wir sind der Auffassung, dass zunächst Bremen und
118 Niedersachsen schrittweise ein gemeinsames Abitur anstreben sollten. Längerfristig stre-
119 ben wir ein gemeinsames Deutschland-Abitur mit nach Möglichkeit allen 16 Bundeslän-
120 dern an. Mit dem Bremer Abitur muss man deutschlandweit ohne Nachteile studieren
121 können. Aber auch alle anderen Schulabschlüsse müssen deutschlandweit konkurrenzfähig
122 sein und insbesondere zur Berufs- und Berufsschulfähigkeit führen.

123
124 Die Grundschule ist für die CDU Bremen von zentraler Bedeutung. Die Defizite, die die
125 letzte Ländervergleichsstudie für Bremen aufgezeigt hat, wollen wir zum Anlass nehmen,
126 die Grundschule weiter zu stärken. Die Grundschule muss die Grundfertigkeiten Rechnen,
127 Schreiben und Lesen sicher vermitteln. Wir wollen die Einschulung zum Halbjahr als Regel
128 ermöglichen und auf eine klare rechtliche Grundlage stellen.

129
130 Auch bei der zwingend notwendigen Einrichtung weiterer Ganztagschulen gilt für die
131 CDU Bremen: Sorgfalt und solide Finanzierung gehen vor Eile. Die Grundschule Plus ist ein
132 geeignetes Brückenangebot für Eltern zwischen Halbtags- und Ganztagsgrundschule. Wir
133 befürworten einen ausgewogenen Ausbau des Ganztagsschulangebots. Wir wollen eine
134 aktive Kooperation und gemeinsame Angebote zwischen Schule, Kultur, Kirchen, Sport
135 und Vereinen fördern, da wir der Überzeugung sind, dass alle diese Einrichtungen davon
136 profitieren.

137
138 Die CDU Bremen fordert eine Bestandsgarantie für das Lloydgymnasium in Bremerhaven:
139 Wir wollen nicht, dass Bremerhaven als Großstadt ohne Gymnasium in Deutschland ver-
140 spottet wird. Für uns gilt: Auch Bremerhaven bleibt Gymnasien-Schutzgebiet.

141
142 Die CDU Bremen setzt sich dafür ein, dass sich das Neue Gymnasium Obervieland zu einer
143 stadtweit attraktiven Schule entwickelt: Wir wollen, dass das Neue Gymnasium Obervie-
144 land auch in einem schwierigen Umfeld eine eindeutig gymnasiale Ausrichtung erhält mit
145 dem Anspruch, entsprechende Leistung zu fordern und zu fördern. Wir erwarten eine fach-
146 liche und didaktische Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer entsprechend ihrer schuli-
147 schen Aufgaben.

148

Jetzt das Richtige tun!

149 Die Versorgung mit durchgängigen Gymnasien in der Fläche ist nicht ausgewogen: Die
150 CDU Bremen spricht sich dafür aus, die Möglichkeiten für ein neues durchgängiges Gym-
151 nasium im Bremer Osten zu prüfen.

152

153 Wir wollen Inklusion mit Augenmaß: Sorgfalt geht im Interesse aller Eltern und Kinder vor
154 Schnelligkeit. Die weitgehend inklusive Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit
155 sonderpädagogischem Förderbedarf muss behutsam entwickelt werden. Sie muss insbe-
156 sondere im Bereich Wahrnehmung und Entwicklung wachsen. Für das weitere Vorgehen
157 ist die lange aufgeschobene Neufassung der Sonderpädagogik-Verordnung erforderlich.
158 Wir fordern eine eigene Verordnung für die Zentren für unterstützende Pädagogik (ZuP),
159 die Zuständigkeiten, Kompetenzen, Anforderungen und Arbeitsabläufe konkretisiert.

160

161 Kinder und Jugendliche brauchen Bewegung, denn Bewegung ist für ihre körperliche und
162 geistige Entwicklung von herausragender Bedeutung. Deshalb kommt dem Sport in der
163 Schule eine besondere Bedeutung zu, die sich aber leider nicht in der Situation des Schul-
164 sports widerspiegelt. Die CDU Bremen fordert deshalb einen „Aktionsplan Schulsport“, der
165 das Erteilen der dritten Stunde Schulsport sicherstellen und nach einer umfassenden Be-
166 standsaufnahme den Sanierungsstau bei den Schulsportstätten abarbeiten soll. Außerdem
167 streben wir eine zu sportlicher Betätigung animierende Schulhofgestaltung in unseren
168 Schulen an.

169

170 Große Sorge bereitet uns nach wie vor, die große Zahl an Schülern und Schülerinnen, die
171 dem Unterricht unentschuldig fern bleiben. Wir wollen in Absprache mit den Lehrerinnen
172 und Lehrern sowie den Schulleitungen sinnvolle Unterstützungs-, Präventions- und Sank-
173 tionsmöglichkeiten durchsetzen.

174

175 Wir wollen die noch immer ausstehende Verständigung mit den Schulen in freier Träger-
176 schaft über die Novelle des Privatschulgesetzes zügig zu einem Abschluss bringen. Richt-
177 schnur muss dabei sein, dass die Schulen in freier Trägerschaft den im Grundgesetz garan-
178 tierten Gestaltungsspielraum auch tatsächlich überlassen bekommen. Eine Übertragung
179 der Bremischen Schulstruktur auf die Schulen in freier Trägerschaft ist wünschenswert,
180 darf aber den bereits bestehenden Schulen nicht verordnet werden.

181

182 Es darf für die CDU Bremen keine Benachteiligung der Schülerschaft und deren Eltern von
183 Grundschulen in freier Trägerschaft geben. Wenn sie es wollen, sollen diese Grundschulen
184 deshalb Oberschulen im Stadtteil zugeordnet werden können. Auch bei den Unterkünften
185 für Klassenreisen wollen wir keine Bevorzugung der städtischen Schullandheime, sondern
186 fairen Wettbewerb und keine Benachteiligung freier Träger.

187

188 Wir wollen die Erstattung der öffentlichen Hand für die Schulen in freier Trägerschaft
189 schrittweise auf 90 Prozent erhöhen. Darin enthalten soll der Einstieg in eine Sachkosten-
190 erstattung sein. Die Wartefrist für die Kostenerstattung soll flexibilisiert und für bereits
191 anerkannte Schulträger von drei auf ein Jahr reduziert werden können.

192

193 Bildung wird von Eltern längst als eine gesamtstaatliche Aufgabe angesehen. Jetzt stellen
194 wir fest, dass die Grundgesetzänderung von 2006, mit der die Bildungshoheit der Länder
195 gestärkt wurde, falsch war. Die CDU Bremen setzt sich für eine Abschaffung des Koopera-
196 tionsverbotes ein: Bund und Länder müssen in wichtigen Bildungsfragen zusammenarbei-
197 ten und der Bund muss sich auch finanziell beteiligen können. Die unterschiedliche finanz-
198 politische Leistungsfähigkeit der Bundesländer darf jedoch nicht dazu führen, dass die

199 stark unterschiedlich ausgestatteten Bildungssysteme zu ebenso unterschiedlichen Bil-
200 dungschancen führen.

201

202

203

204

c. Übergänge gestalten

205

206 Eine „Chancengesellschaft“ wird nur dann gelingen, wenn Bildung und Ausbildung nicht
207 mehr als Abschnitte verschiedener Altersstufen in unterschiedlichen Zuständigkeiten
208 wahrgenommen werden, sondern als Glieder einer durchgängigen Bildungskette. Dazu
209 müssen wir die Übergänge und Anschlüsse in den Blick nehmen und dafür sorgen, dass
210 Durchlässigkeit zum prägenden Prinzip des Bildungssystems wird. Für die CDU ist wichtig,
211 dass Leistung stets mehr zählt als Herkunft.

212

213 Die CDU Bremen setzt sich deshalb dafür ein, den zentralen Übergängen vom Kindergar-
214 ten in die Schule, von der Schule in die Ausbildung und von der Schule zum Studium durch
215 einen umfassenden Rahmenplan zu gestalten. Auch vor diesem Hintergrund muss die Ver-
216 antwortung für Kinder und Jugend im Bildungsressort angesiedelt werden.

217

218 Die heimischen Ausbildungsbetriebe beklagen, dass die Grundfertigkeiten Rechnen,
219 Schreiben und Lesen vieler Auszubildender erheblich zu wünschen übrig lassen. Neben der
220 Berufsorientierung müssen die Abschlüsse „Berufsbildungsreife“ und „Mittlerer Schulab-
221 schluss“ einlösen, was sie versprechen. Nach Auffassung der CDU Bremen ist hier die neue
222 Oberschule gefordert, einen Schwerpunkt zu setzen und die Bildungsstandards umzuset-
223 zen. Für uns ist nicht hinnehmbar, dass Bremer Schüler den Schülern aus anderen Bundes-
224 ländern am Ende ihrer Schullaufbahn oftmals um Jahre hinterher hinken. Selbst gegenüber
225 Schülern aus dem niedersächsischen Umland haben Bremer Landeskinder meist deutlich
226 schlechtere Startbedingungen ins Berufsleben. Insbesondere bei der Suche nach einem
227 Ausbildungsplatz führt dies oft zu Frustrationen. Hier zeigt sich am deutlichsten, wie sehr
228 die SPD-Bildungspolitik der letzten 65 Jahre in Bremen versagt hat. Die CDU Bremen tritt
229 dafür ein, dass Berufsbezug und Berufsberatung während der Schulzeit einen höheren
230 Stellenwert als bislang erhalten.

231

232 Um Übergänge zu gestalten, brauchen die beteiligten Institutionen Freiräume, damit die
233 notwendigen Kooperationen mit Leben erfüllt werden können. Studien belegen, dass die
234 Eigenverantwortung von Schule einer der entscheidenden Faktoren zur Verbesserung von
235 Schule ist. Diese gilt es daher zu stärken und entsprechend auszustatten. Wir fordern, dass
236 die Schulen vor allem bei Personalauswahl und beim Schulbudget endlich eigenverant-
237 wortlich mit maßgeschneiderten Angeboten auf die Zusammensetzung ihrer Schülerschaft
238 vor Ort reagieren können. Diese Autonomie im Handeln bedingt allerdings den Nachweis
239 vereinbarter Kriterien gegenüber einer wirkungsvollen Schulaufsicht.

240

241 Übergänge lassen sich aber auch nur dann gestalten, wenn Klarheit über den tatsächlichen
242 Bildungsstand besteht. Wer Anschlüsse sicherstellen will, braucht eine transparente Do-
243 kumentation des Leistungsstandes. Beurteilungen kommen hier eine zentrale Bedeutung
244 für Anschluss, Übergang und Durchlässigkeit zu. Die CDU Bremen plädiert deshalb für ei-
245 nen unverkrampften Umgang mit Benotung und Zeugnissen: Noten sind keine Urteile,
246 sondern dokumentieren das Erreichte. Wir treten deshalb für eine verbindliche Notenge-
247 bung ergänzt um individuelle Lernentwicklungsberichte ein.

248

Jetzt das Richtige tun!

249 Die größte Verantwortung für gelungene Übergänge haben aber die Eltern. Eltern können
250 nicht erwarten, dass sich der Bildungserfolg in der Schule wie von selbst einstellt. Eltern
251 müssen am Schulerfolg ihrer Kinder interessiert sein. In diesem Zusammenhang spielt eine
252 gelungene Kommunikation zwischen Eltern und Schule eine große Rolle. Auch hier sorgt
253 ein Zeugnis mit Noten für Transparenz und Klarheit und kann insbesondere für Eltern mit
254 Migrationshintergrund eine Hilfe sein.

255
256 Eine zentrale Funktion beim Übergang von Schule zum Beruf nimmt das Berufsschulwesen
257 ein: Die CDU Bremen steht zur dualen Ausbildung, die auch weiterhin Vorrang vor einer
258 vollschulischen Ausbildung haben muss. Damit das anerkannt gute Berufsschulwesen im
259 Lande Bremen seine Qualitäten auch künftig sicherstellen kann, setzt sich die CDU Bre-
260 men nach den großen Anstrengungen der letzten Jahre im Bereich der allgemein bildenden
261 Schulen für einen Entwicklungsplan Berufsschule ein, der Standorte, Sanierungsbedarfe,
262 Schwerpunkte und Ausstattung vor allem der Werkstätten auf eine verlässliche Grundlage
263 stellt.

264

d. Ohne gemeinsame Werte geht es nicht

265

266
267 Wir reichen den Menschen mit Migrationshintergrund die Hand und unterstützen sie beim
268 Aufbau ihres Lebens im Land Bremen. Im Gegenzug erwarten wir, dass Mitbürgerinnen
269 und Mitbürger mit ausländischen Wurzeln, die dauerhaft hier leben wollen, unsere Rechts-
270 und Werteordnung akzeptieren, ohne dabei ihre eigenen Wurzeln oder Kultur aufgeben zu
271 müssen. Nur wenn wir gegenseitige Vorurteile abbauen und Brücken bauen, werden wir
272 Parallelgesellschaften verhindern. Für die CDU Bremen ist dabei von herausragender Be-
273 deutung, dass alle hier lebenden Menschen unsere freiheitlich-demokratischen Grundwer-
274 te und unsere Kultur anerkennen.

275

276 Die CDU Bremen betont die Bedeutung, die den christlichen Kirchen nach wie vor hin-
277 sichtlich des sozialen Zusammenhalts unserer Gesellschaft zukommt. Neben ihren zentra-
278 len seelsorgerischen Funktionen sind insbesondere ihre Leistungen und gesellschaftlichen
279 Angebote in Einrichtungen der Kinderbetreuung, der Schulen, der Altenheime, der Kran-
280 kenhäuser und der Hilfsdienste für Bremen und Bremerhaven unverzichtbar. Wir unter-
281 stützen die christlichen Kirchen bei der Wahrung ihres gesellschaftspolitischen Einflusses.

282

283 Der Dialog mit anderen Religionen lässt sich ohne solide Kenntnisse über die christlichen
284 Wurzeln unserer Gesellschaft nicht führen. Diese Grundlage brauchen wir alle unabhängig
285 davon, ob wir glauben oder nicht. Es ist Aufgabe des Religionsunterrichtes, diese Grundla-
286 ge zu vermitteln. Die Unterrichtssituation im Fach Biblische Geschichte ist jedoch seit Jah-
287 ren völlig inakzeptabel. Obwohl es sogar in der Landesverfassung verankert ist, fällt der
288 Unterricht häufig aus und wird zumeist fachfremd erteilt. Die CDU Bremen sieht diese
289 Entwicklung mit Sorge. Wir sprechen uns für eine Abkehr von der Bremer Sonderregel aus
290 und wollen eine Diskussion über die Einführung eines konfessionellen Religionsunterrichtes
291 anstoßen, wie er in der überwiegenden Zahl der anderen Bundesländer erfolgreich
292 durchgeführt wird.

293

294 Eine allgemeine Religionskunde lehnen wir ab, weil wir überzeugt davon sind, dass authen-
295 tischer Religionsunterricht nur möglich ist, wenn er von theologisch voll ausgebildeten
296 Lehrkräften erteilt wird, die selbst in der jeweiligen Religion zu Hause sind. Als Alternativ-
297 fächer setzten wir uns für Philosophie, Ethik und Islamkunde ein. Der Modellversuch Is-
298 lamkunde sollte beendet, evaluiert und dort als reguläres Ersatzfach angeboten werden,

Jetzt das Richtige tun!

299 wo eine entsprechende Nachfrage besteht. Islamkunde darf grundsätzlich nur auf Deutsch
300 und von in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften unterrichtet werden.

301
302 Die Muslime stellen nach den Christen die mit Abstand größte Religionsgemeinschaft in
303 unserem Land. Im Verhältnis zu den muslimischen Gemeinden geht es nicht um die Frage,
304 ob wir einen Dialog führen, sondern wie dieser auszugestalten ist. Die CDU Bremen tritt
305 für einen offenen Dialog mit regelmäßigen Gesprächen zwischen allen in diesem Bereich
306 tätigen Organisationen und Akteuren ein. Auch wenn wir im Moment die Zeit für eine
307 staatskirchenrechtliche Vereinbarung mit dem Land Bremen noch nicht für gekommen
308 ansehen, kann langfristig am Ende eines Dialogs ein Staatsvertrag stehen. Auch allen wei-
309 teren Religionsgemeinschaften wollen wir seitens der politischen und administrativen Sei-
310 te mittels kompetenter Ansprechpartner eine größere Bedeutung beimessen als dies in der
311 Vergangenheit der Fall war. Dass wir aufgrund unserer Geschichte eine besondere Ver-
312 antwortung gegenüber der jüdischen Gemeinde und ihren Mitgliedern haben, steht für die
313 CDU Bremen außer Frage.

314 315 **e. Integration braucht Offenheit**

316
317 Die CDU Bremen steht für eine aktive Einwanderungspolitik mit dem Ziel der Integration.
318 Bremen hat sich zu einem Bundesland mit starker Zuwanderung aus allen Teilen der Welt
319 entwickelt. Menschen aus anderen Ländern und Kulturen sind uns willkommen. Hauptauf-
320 gabe muss sein, jene Familien konsequent zu integrieren, die vor Jahrzehnten nach
321 Deutschland eingewandert, aber noch immer nicht in der Gesellschaft angekommen sind.
322 Die Fehler der vergangenen Jahrzehnte dürfen nicht wiederholt werden. Eine zielgerichte-
323 te Integrationspolitik hat es in der Vergangenheit nicht gegeben; vielmehr wurde mit der
324 Vision „Multikulti“ von einer problemlosen Integration geträumt. Integration ist kein ein-
325 seitiges Angebot, sondern erfordert die Bereitschaft und den Willen, sich in die bestehen-
326 de Gesellschaft einzufügen. Eltern mit Migrationshintergrund wollen wir zukünftig enger
327 an den Schulalltag ihrer Kinder anbinden, Koedukation und die verbindliche Teilnahme
328 aller Schülerinnen und Schüler am Unterricht, z.B. im Sport und Biologieunterricht, steht
329 für uns nicht zur Disposition.

330
331 Grundlage für eine erfolgreiche Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache. Gute
332 Deutschkenntnisse sind Voraussetzung für die selbstbestimmte Teilnahme am gesell-
333 schaftlichen Leben und Grundvoraussetzung für schulisches und berufliches Fortkommen.
334 Die CDU Bremen fordert den Ausbau von verbindlichen Integrations- und Sprachkursen
335 für Zuwanderer. Wir regen zudem die Teilnahme von Müttern mit Migrationshintergrund
336 an Sprachkursen in den Kindertagesstätten an. Wir fordern eine verpflichtende Teilnahme
337 am Sprachtest für alle Vierjährigen, unabhängig davon, ob sie eine Kindertagesstätte besu-
338 chen oder nicht. Sogenannte vorgezogene Schuleingangsuntersuchungen sollen dazu die-
339 nen, bei sprachlichen Defiziten der Kinder verpflichtende Zusatzsprachkurse anzubieten.
340 Schließlich fordert die CDU Bremen mittelfristig auch deshalb ein verpflichtendes bei-
341 tragsfreies drittes Kindergartenjahr, um bestehende Sprachdefizite vor dem Schuleintritt
342 auszugleichen.

343
344 Die CDU Bremen tritt für die Erleichterung und Beschleunigung bei der Anerkennung von
345 ausländischen Abschlüssen ein. Wir dürfen die Qualifikationen von zehntausenden zuge-
346 wanderter Fachleute nicht verschwenden. Wir unterstützen die Einrichtung einer Koordi-
347 nierungsstelle für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse im Land Bremen und
348 fordern die Beschleunigung der Anerkennungsverfahren.
349

Jetzt das Richtige tun!

350 Wir setzen uns dafür ein, rechtmäßig hier lebende Menschen mit Migrationshintergrund
351 durch aktive Unterstützung in unsere Gesellschaft zu integrieren. Aus diesem Grund tritt
352 die CDU Bremen für eine Aufnahme von Migrantinnen und Migranten in die bremische
353 Verwaltung ein, damit die öffentliche Verwaltung alle Bevölkerungsgruppen unseres Lan-
354 des angemessen repräsentiert. Als Abschluss einer gelungenen Integration von Mitbür-
355 gern mit ausländischen Wurzeln steht für uns die Erlangung der deutschen Staatsbürger-
356 schaft. Doppelte Staatsangehörigkeiten sollten soweit wie möglich vermieden werden.

357
358 Integration bedeutet für uns aber nicht nur allein die Teilhabe von Mitmenschen mit
359 Migrationshintergrund am gesellschaftlichen Leben, sondern auch die Teilhabe aller hier
360 lebenden Menschen am öffentlichen Leben. Mit großer Sorge stellen wir fest, dass auch
361 ein beachtlicher Teil von deutschen Mitbürgern zusehends schlecht in unsere Gesellschaft
362 integriert ist. Dem wollen wir insbesondere durch die Anwendung aller Instrumentarien
363 der Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik entgegenwirken, da eine geregelte Beschäf-
364 tigung nicht zuletzt auch für die Entstehung und Festigung von sozialen Kontakten ver-
365 antwortlich zeichnet. Daneben wollen wir allerdings auch alle jene Bestrebungen in Verei-
366 nen und Verbänden stärken, die auf eine stärkere Einbindung von bislang eher schlecht in
367 die Gesellschaft integrierten Personengruppen abzielen.

368 **f. Kultur ist Zukunftsmusik für unsere beiden Städte**

370
371 Die Kultur in Bremen und Bremerhaven hat einen hohen Stellenwert für die Identität der
372 Bürgerinnen und Bürger. Kultur ist Selbstzweck und zugleich ein unverzichtbarer Standort-
373 faktor. Die Attraktivität und Ausstrahlung unserer beiden Städte hängt wesentlich von
374 ihrem Kulturangebot ab. Eine lebendige Kulturszene ist die beste Tourismuswerbung für
375 eine Stadt.

376
377 Aufgabe bremischer Kulturpolitik ist die Förderung von Kunst und Kultur. Kulturpolitik
378 muss gleichrangig und gleichwertig mit anderen politischen Aufgaben behandelt werden.
379 Die Stärkung und Förderung der Kultur ist eine ebenso wichtige Investition in die Zukunft
380 unserer beiden Städte wie Investitionen in anderen Politikfeldern.

381
382 Kultureinrichtungen und Künstler brauchen für ihre Arbeit Freiräume. Eine wesentliche
383 Grundlage dieser Freiräume ist eine verlässliche und langfristige finanzielle Förderung. Die
384 Substanz der Kultureinrichtungen muss auch unter finanziell schwierigen Rahmenbedin-
385 gungen gewährleistet sein. Das gilt sowohl für Einrichtungen mit einer überregionalen
386 Ausstrahlungskraft (Theater, Museen, Orchester, Stadtbibliothek etc.) als auch für Einrich-
387 tungen mit einer Orientierung in die Stadt bzw. Stadtteile (Schwankhalle, Künstlerhäuser,
388 Bürgerhäuser, kleine Projekte und Initiativen). Die großen wie die kleinen Kultureinrich-
389 tungen sind der CDU wichtig. Die Grundsicherung der Einrichtungen ist und bleibt Aufga-
390 be des Staates.

391
392 Da der Erweiterungsbau der Kunsthalle im Jahr 2011 fertig gestellt wird, erweitern sich
393 auch die Bedarfe des laufenden Betriebs. Die Bereitstellung dieser zusätzlichen Mittel ge-
394 hört zur Grundsicherung dieser weit über Bremen hinaus strahlenden Kultureinrichtung,
395 die mit der finanziellen Unterstützung Bremer Bürger und dem Beauftragten der Bundes-
396 regierung für Kultur und Medien ihren Erweiterungsbau überhaupt nur möglich machen
397 konnte.

398
399 Neben der Grundsicherung großer Kultureinrichtungen (Theater, Museen, Orchester,
400 Stadtbibliothek etc.) gilt es auch kulturelle Entwicklungen zu fördern und einen Freiraum

Jetzt das Richtige tun!

401 für Kreativität zu schaffen. Deshalb dürfen Projektmittel nicht ausschließlich zur instituti-
402 onellen Förderung bestehender Einrichtungen herangezogen werden. Mit Projektmitteln
403 müssen neue, innovative Entwicklungen gefördert werden. Kulturpolitik darf sich nicht nur
404 auf das kulturelle Erbe beschränken, sondern muss neue, kreative Entwicklungen möglich
405 machen.

406
407 Kulturförderung ist verbunden mit der Verpflichtung, Inhalte, Strukturen und Finanzma-
408 nagement immer wieder auf den Prüfstand zu stellen, zu modernisieren und gegebenen-
409 falls umzubauen. Qualität muss dabei der entscheidende Maßstab sein. Und diese Qualität
410 muss immer wieder neu erarbeitet werden. Das ist Aufgabe der Einrichtungen sowie der
411 Künstlerinnen und Künstler.

412
413 Staatliche und private Kulturförderung müssen sich ergänzen. Das finanzielle und ehren-
414 amtliche Engagement im Kulturbereich hat in Bremen eine lange und große Tradition. Die-
415 se gilt es zu erhalten und zu unterstützen. Wer bereit ist, seine Zeit und sein eigenes Geld
416 in die Förderung von Kunst und Kultur einzubringen, hat ein Anrecht auf höchste öffentli-
417 che Anerkennung. Eine solche Anerkennungskultur ist in Bremen unterentwickelt. Die
418 CDU Bremen will sie fördern.

419
420 Privates Engagement darf jedoch nicht dazu führen, dass sich der Staat zurücknimmt. Pri-
421 vates Engagement ist kein Ersatz für staatliche Leistungen. Genau dies ist aber im Zusam-
422 menhang mit dem überregional angesehenen Musikfest Bremen geschehen: Eine Kultur-
423 einrichtung, die zu 80 Prozent durch Sponsoren finanziert wird, wurde der Zuschuss Bre-
424 mens für das Jahr 2011 um 150.000 Euro gekürzt. Die CDU Bremen fordert die Rücknahme
425 dieser Kürzung.

426
427 Wir fordern in Ausgestaltung des Artikel 11 Absatz 3 der Bremischen Landesverfassung
428 („Der Staat schützt und fördert das kulturelle Leben“) die Verabschiedung eines „Bremi-
429 schen Kulturfördergesetzes“ als gesetzliche Grundlage für die Förderung und Entwicklung
430 von Kunst und Kultur im Lande Bremen. Das Kulturfördergesetz soll Leitlinien, Grundsätze
431 und Aufgaben der Kulturförderung formulieren, Förderformen und Schwerpunkte definie-
432 ren und die entsprechenden Verantwortlichkeiten festlegen.

433
434 Die Erarbeitung eines Kulturfördergesetzes ist ohne einen breiten, offenen Diskurs zwi-
435 schen Kulturschaffenden, Künstlern und Politik nicht denkbar. Die Kulturhauptstadtbe-
436 werbung ist für einen solchen Prozess ein geeignetes Modell. Die CDU Bremen fordert die
437 Einbeziehung und Beteiligung der Kulturszene in die Beratung der kulturpolitischen Zu-
438 kunft von Bremen und Bremerhaven.

439
440 Für die Akquisition von Projektmitteln Dritter brauchen Kultureinrichtungen professionel-
441 le Unterstützung. Die CDU Bremen fordert deshalb die Einrichtung einer verantwortlichen
442 Anlaufstelle im Kulturressort, die die Aufgabe hat, als zentraler Ansprechpartner
443 Dienstleister für eine kompetente Förderberatung zu sein. Über die Arbeit dieser Anlauf-
444 stelle sollte der Kulturdeputation regelmäßig berichtet werden.

445
446 Wer kulturelle Bildung stärken will, muss Zugänge eröffnen. Für die CDU Bremen ist die
447 Schule ein geeigneter Anknüpfungspunkt: Jedes Kind sollte mit der Schule ins Museum, ins
448 Theater, ins Konzert und in die Oper gehen. Wir fordern deshalb, Kunst und Kultur in sei-
449 nen verschiedenen Ausdrucksformen im Unterricht verstärkt zu behandeln und an einem
450 jährlichen „Tag der Kultur“ Kultureinrichtungen als außerschulische Lernorte aufzusuchen.

451

452 Ein „Schulkulturticket“, das Kindern und Jugendlichen bis zum 16. Lebensjahr an einem
453 Werktag der Woche freien Eintritt in alle institutionell geförderten Kultureinrichtungen
454 ermöglicht, soll dazu beitragen. Die besuchten Kultureinrichtungen erhalten für jeden
455 nachgewiesenen Besuch einen Ausgleich für den entgangenen Eintritt aus einem Landes-
456 fonds, der sich aus den bestehenden Budgets bei Bildung, Kultur und Jugend speist.

457
458 Wenn Bibliotheken ihre zentrale Aufgabe erfüllen sollen, nämlich ungehinderten Zugang
459 zu Information, Bildung und Kultur zu ermöglichen, dann müssen sich Öffnungszeiten den
460 Lebensumständen anpassen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Museen am Sonntag geöff-
461 net haben, Bibliotheken aber nicht. Die CDU befürwortet deshalb die Sonntagsöffnung der
462 Stadtbibliotheken und eine entsprechende gesetzliche Änderung.

463
464

465

466 **2. Generationengerechtigkeit schaffen!**

467

468 Generationengerechtigkeit bedeutet für uns, dass Jung und Alt Verantwortung füreinan-
469 der übernehmen. Familien brauchen in besonderer Weise unsere Unterstützung. Die Sozi-
470 alpolitik wird sich künftig verstärkt mit der Schaffung von Generationengerechtigkeit be-
471 fassen müssen. Eine gute gesundheitliche Versorgung für alle Mitbürgerinnen und Mitbür-
472 ger halten wir für eine der zentralen Aufgaben Bremens und Bremerhavens. Eine Gesell-
473 schaft wird sich vor allem daran messen lassen müssen, wie sie mit ihren jüngsten und äl-
474 testen Mitgliedern umgeht.

475

476 **a. Familien brauchen Zeit**

477

478 Die Förderung und Unterstützung von Familien und Kindern ist ein Schwerpunkt unserer
479 Politik. Familienpolitik ist für uns eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche staatlichen
480 und politischen Handelns umfasst. Wir halten an unserer Priorität von Ehe und Familie
481 fest, akzeptieren aber auch die Entscheidung, in anderen Formen der Partnerschaft und
482 Gemeinschaft zusammenzuleben.

483

484 Wir wollen familienfreundliche Rahmenbedingungen schaffen, die Paare ermutigen, Kin-
485 der zu bekommen. Dazu gehört es, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und Arbeits-
486 plätze für Mütter und Väter zu entwickeln, auch im Hinblick auf den drohenden Fachkräf-
487 temangel. Im Sinne einer flexiblen Ausgestaltung von Arbeitszeiten brauchen wir Instru-
488 mente wie Lebensarbeitszeitkonten, Teilzeitmodelle, Home-Office und eine Förderung des
489 Wiedereinstiegs nach der Elternzeit. Wir treten dafür ein, das Modell des Bundesfamilien-
490 ministeriums für eine neue „Normal-Arbeitszeit“ von Eltern, also das Recht auf eine dop-
491 pelte 30 Stunden Woche, auch in Bremen einzuführen. Die CDU Bremen unterstützt zu-
492 dem die Bemühungen auf Bundesebene, eine „Charta der Familienfreundlichkeit“ zu erar-
493 beiten. Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich über den Bundesrat für eine steuer-
494 liche Besserstellung von Familien mit Kindern stark machen.

495

496 Wir unterstützen das von der Bundesregierung initiierte Bundeskinderschutzgesetz, wel-
497 ches den verstärkten Einsatz von Familienhebammen auch im Land Bremen vorsieht. Und
498 wir wollen „lokale Bündnisse für Familie“ schaffen, also ein familienfreundliches Klima in
499 unserem Land, das jungen Menschen die Entscheidung für eine Familie erleichtert. Dazu
500 gehören familiengerechte Schul- und Bildungsangebote, eine familienfreundliche Stadt-
501 und Verkehrsplanung und familienfreundliche Freizeit- und Kulturangebote.

502

Jetzt das Richtige tun!

503 Die Gründung einer Familie darf nicht gleichbedeutend mit dem Ausstieg aus dem beruflichen
504 Leben sein. Gleichwohl unterstützen wir die Entscheidung von Eltern für den bewussten
505 Ausstieg eines Elternteils aus dem Berufsleben. Die CDU Bremen wird sich für eine
506 angemessene Berücksichtigung von Erziehungsleistungen in der Altersversorgung stark
507 machen.

508
509 Das von der Bundesregierung eingeführte Elterngeld unterstützt seit 2007 Familien bis zu
510 14 Monate nach der Geburt eines Kindes. Die Partnermonate geben Vätern die Chance,
511 sich mehr um ihr Kind zu kümmern. Sie werden stärker in die Erziehungs- und Betreuungs-
512 arbeit einbezogen. Die CDU Bremen wirbt bei Eltern und Arbeitgebern dafür, dass noch
513 stärker als bislang von den Möglichkeiten, die mit dem Elterngeld für junge Familien ver-
514 bunden sind, Gebrauch gemacht wird.

515
516 Wir setzen uns für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, die in Bremen in
517 vielen Bereichen leider noch immer nicht verwirklicht ist. Insbesondere wollen wir dabei
518 einen Schwerpunkt auf eine verbesserte Betreuungssituation im Bereich der unter-
519 dreijährigen Kinder legen. Ein bedarfsgerechter, an den Wünschen der Eltern ausgerichteter
520 Ausbau ist zwingend notwendig. Für die drei- bis sechs-jährigen Kinder ist eine wohn-
521 ortnahe Betreuung im jeweiligen Stadtteil notwendig.

522
523 Die gegenwärtige Situation macht aber deutlich, dass in vielen Stadtteilen Bremens KiTa-
524 Plätze fehlen. Eltern der sogenannten „Vierte-Quartal-Kinder“ oder jene, die mitten im
525 Kindergartenjahr ihre Kinder in einer KiTa betreuen lassen wollen, müssen auf den 1. Au-
526 gust eines jeden Jahres warten. Ein Einstieg in Kindertageseinrichtungen auch während
527 des Kindergartenjahres ist dringend erforderlich, um Eltern die Möglichkeit bieten zu kön-
528 nen, ihrem Beruf nachzugehen und ihre Kinder auch mitten im Kindergartenjahr in Kinder-
529 tageseinrichtungen betreuen zu lassen. In Bremen gibt es nicht genug Ganztagsplätze für
530 berufstätige Eltern oder Alleinerziehende. Die Eltern brauchen eine verlässliche Kinder-
531 betreuung, die über 5-Stunden-Plätze hinausgeht.

532
533 Wir sehen Kindertagesstätten in freier Trägerschaft und Eltern-Kind-Gruppen als gleich-
534 wertiges Angebot im Vergleich zu staatlichen oder kirchlichen Kinderbetreuungseinrich-
535 tungen an. Deshalb fordern wir auch die Schaffung gleicher finanzieller Rahmenbedingun-
536 gen für alle Kinderbetreuungseinrichtungen.

537
538 Der Übergang vom Kindergarten in die Schule ist weiterzuentwickeln und zu verbessern.
539 Die Kinder sollen spielerisch ans Lernen herangeführt werden. Ziel des Kindergartenbe-
540 suchs ist die Schulreife. An den Grundschulen setzen wir uns für den bedarfsgerechten
541 Ausbau der Hortplätze nach der eigentlichen Unterrichtszeit ein. Für wichtig erachten wir
542 eine weitere Flexibilisierung der Betreuungszeiten und -angebote für Kinder aller Alters-
543 stufen, damit es den Eltern erleichtert wird, Familie und Beruf miteinander zu verbinden.

544
545 Ebenso streben wir einen Ausbau der Ferienbetreuung an, um berufstätige Eltern zu unter-
546 stützen und sozial benachteiligte Kinder zu fördern. Gerade für diese Gruppen ist eine
547 ganzjährige Betreuungsmöglichkeit zu gewährleisten.

548 549 **b. Sozial ist, was Chancen schafft**

550
551 Wir setzen uns für ein solidarisches Miteinander in Verantwortung für die sozial Schwä-
552 cheren ein. Bei den Pro-Kopf-Ausgaben für Sozialhilfe ist Bremen Spitzenreiter in Deutsch-
553 land. 418 Euro wurden 2009 pro Einwohner ausgegeben, im Bundesdurchschnitt waren es

Jetzt das Richtige tun!

554 255 Euro. Unser Ziel bleibt jedoch, die Menschen nicht von dauerhafter staatlicher Alimen-
555 tation abhängig werden zu lassen, sondern mittels einer vernünftigen Wirtschafts- und
556 Arbeitsmarktpolitik möglichst viele von ihnen in Arbeit und damit zu einem selbstbe-
557 stimmten Leben zu bringen.

558
559 Wir stehen für eine transparente Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze. Die Hartz-IV-
560 Reform sieht eine Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes für Erwachsene sowie die Einfüh-
561 rung des Bildungspaketes für Kinder vor. Es werden nicht nur Kinder aus Hartz-IV-Familien
562 sondern auch von Geringverdienern vom Bildungspaket profitieren. Wir wollen dafür Sor-
563 ge tragen, dass Kinder nicht in Armut aufwachsen müssen. Der Zugang zu Bildungs-, Frei-
564 zeit- und Sporteinrichtungen ist elementarer Bestandteil der langfristigen Bekämpfung
565 von sozialer Benachteiligung von Kindern. Wir sagen aber auch deutlich: Wer arbeitet,
566 muss am Ende mehr Geld zur Verfügung haben, als jene, die rein von staatlichen Transfer-
567 leistungen leben. Dieser Grundsatz entspricht dem christdemokratischen Verständnis von
568 Gerechtigkeit.

569
570 Die zentrale Herausforderung der Zukunft wird der Umbau unserer sozialen Sicherungs-
571 systeme sein, die im Wesentlichen auf einer finanziellen Absicherung sozialer Lebensrisi-
572 ken, wie Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder Arbeitslosigkeit basieren. Sie werden sich
573 grundlegend verändern müssen. Hauptgründe hierfür sind der demographische Wandel
574 und damit verbunden die Frage, inwieweit die solidarische Finanzierung der bestehenden
575 Systeme aufrecht erhalten werden kann. In dieser Hinsicht unterstützen wir den Vorstoß
576 der Bundessozialministerin, ein Gutscheinsystem einzuführen, um die Teilhabe an Bildung
577 für arme Kinder zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist auch die Gesundheitsre-
578 form des Bundesgesundheitsministers zu sehen, die die weitere Finanzierbarkeit der ge-
579 setzlichen Krankenversicherung zum Ziel hat, um somit den demographischen Wandel
580 abzufedern.

581
582 Nach unserer Auffassung wird sich Sozialpolitik zukünftig weniger mit dem Verteilen von
583 finanziellen Mitteln, sondern vielmehr mit Schaffung von Chancengerechtigkeit bei der
584 Teilhabe an unserem Bildungssystem und dem gesellschaftlichen Leben befassen müssen.
585 Soziale Ungleichheiten hängen nicht nur vom Geld ab, sondern von fehlenden Möglichkei-
586 ten, gesellschaftliche Teilhabe und einen sozialen Aufstieg zu erreichen. Der Schlüssel zu
587 sozialem Aufstieg ist die chancengerechte Teilhabe aller Kinder am Bildungssystem, unab-
588 hängig von ihrer sozialen Herkunft! Für die CDU Bremen ist eine sozial gerechte Gesell-
589 schaft deshalb eine „Chancengesellschaft“.

590
591 Die CDU Bremen steht für eine subsidiäre soziale Verantwortung, also Selbstverantwor-
592 tung vor staatlichem Handeln. Der Eigenverantwortung folgt die Verantwortung des fami-
593 liären, des sozialen und gesellschaftlichen Umfeldes, die auch als Ausdruck eines zur
594 Nächstenliebe verpflichteten Menschenbildes ist.

595
596 Wir werden uns weiter in aktiver Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden für eine
597 gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen am Leben in unserer Gesellschaft ein-
598 setzen. Dazu gehört insbesondere eine enge Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsge-
599 meinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Bremen e.V., mit den Wohlfahrtsverbänden sowie
600 mit dem Landesbehindertenbeauftragten, damit behinderten Menschen ein barrierefreies
601 Leben in der eigenen Wohnung und in der Stadt, auf Straßen und Wegen und beim Zugang
602 zu öffentlichen Gebäuden und zu öffentlichen Verkehrsmitteln ermöglicht wird. Die CDU
603 Bremen unterstützt in diesem Zusammenhang die Einführung eines europäischen Schwer-
604 behindertenausweises.

605
606 Wir setzen uns für eine lebensnahe Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in
607 Bremen ein. Wir unterstützen deshalb als CDU Bremen Maßnahmen, um zum Beispiel Bar-
608 rierfreiheit, selbstbestimmtes Wohnen, Recht auf gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt
609 oder inklusiven Unterricht zu gewährleisten. Die Zentren für unterstützende Pädagogik
610 brauchen dazu eine entsprechende Ausstattung. Für uns ist es selbstverständlich, dass die
611 Teilhabe am Arbeitsleben behinderter Menschen endlich durchgesetzt wird. Wir setzen
612 uns für die Schaffung behindertengerechter Arbeitsplätze ein und wollen Unternehmen
613 darin unterstützen, diese anzubieten.

614 **c. Aktiv im Alter**

615
616 Die CDU Bremen steht für ein Miteinander der Generationen, das von Verständnis, Re-
617 spekt, gegenseitiger Unterstützung und Dialog geprägt ist. Gerade hierin sehen wir einen
618 wichtigen Baustein für eine moderne Stadtgesellschaft der Zukunft. Generationengerech-
619 tigkeit verbietet auch ein Denken in Alterskategorien und heißt für uns, die Potenziale der
620 Senioren stärker zu nutzen. Wir wollen die Erfahrung und das Können älterer Menschen in
621 unserer Gesellschaft und insbesondere im Berufsleben nutzen.
622

623
624 Altersarmut ist ein wachsendes Problem. Für die CDU Bremen steht fest: Wer ein Leben
625 lang gearbeitet hat, verdient eine Altersversorgung oberhalb der Grundsicherung. Sie
626 muss eine angemessene Honorierung der individuellen Lebensleistung widerspiegeln. Da-
627 bei muss verantwortlich handelnde Politik sicherstellen, dass die Rente für alle Generatio-
628 nen ein verlässliches und leistungsstarkes Instrument der Alterssicherung bleibt. Unsere
629 Rentengarantie schützt vor negativen Krisenauswirkungen auf die Rente.

630
631 Wir treten dafür ein, dass entsprechend dem jeweiligen Bedarf unter Mitwirkung der
632 Wohnungsbaugesellschaften bezahlbare Seniorenwohnungen in den Stadtteilen geschaf-
633 fen werden. Die CDU Bremen fördert den barrierefreien Wohnungsbau. Denn ältere Men-
634 schen wollen ihr gewohntes Umfeld nicht verlassen, wenn sie auf Hilfe angewiesen sind.
635 Ältere Menschen haben heute auch Bedarf nach alternativen Wohnformen, wie z.B. Wohn-
636 oder Hausgemeinschaften oder Mehrgenerationenhäuser, in denen die Bewohner einan-
637 der gegenseitig unterstützen. Und die CDU Bremen setzt sich für die besonderen Sicher-
638 heitsbedürfnisse älterer Menschen im öffentlichen Raum ein, damit ihnen zum Beispiel
639 eine angstfreie Teilhabe am Verkehr möglich ist.

640
641 Viele ältere Menschen fühlen sich einsam. Wir möchten deshalb soziale Treffpunkte für sie
642 in den Quartieren einrichten, in denen sich Ältere z.B. zum gemeinsamen Kaffeetrinken
643 oder aber für Freizeitaktivitäten treffen können. Wir setzen uns auch für die Erhaltung ei-
644 nes spezifischen Freizeit- und Kulturangebotes für ältere Menschen ein.

645
646 Die CDU Bremen setzt sich dafür ein, dass ein Netzwerk an Beratungen eingerichtet wird,
647 in dem sich Bürgerinnen und Bürger frühzeitig über Krankheiten wie Demenz, Herzerkran-
648 kungen und Schlaganfälle informieren können und Unterstützung im Umgang mit diesen
649 Krankheiten erhalten. Dieses Netzwerk soll sich an die Betroffenen und ihre Angehörigen
650 richten. Wir wollen uns gezielt für die gesundheitliche Versorgung im Alter, Maßnahmen
651 der Palliativmedizin und Hospizarbeit einsetzen, um diese Bereiche in Bremen zu fördern,
652 besser zu vernetzen und auszubauen.

653
654 Genauso gut wie Kindererziehung und Beruf müssen auch Pflege und Beruf mit einander
655 vereinbar sein. Wir unterstützen die vorgeschlagene „Familienpflegezeit“ als sinnvolles

Jetzt das Richtige tun!

656 und pragmatisches Instrument. Sie ermöglicht erwerbstätigen Familienangehörigen die
657 häusliche Pflege ihrer Angehörigen und entlastet sie im Alltag. Das Modell der Familien-
658 pflegezeit sieht vor, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Arbeitszeit über ma-
659 ximal zwei Jahre auf bis zu 50 Prozent reduzieren können, dabei aber 75 Prozent ihres Ge-
660 halts beziehen. Zum Ausgleich müssen sie später wieder voll arbeiten, bekommen aber
661 weiterhin 75 Prozent des Gehalts – so lange, bis das Zeitkonto wieder ausgeglichen ist.

662 **d. Gleichberechtigung leben**

663 Die CDU Bremen sieht ihre Aufgabe darin, dafür zu sorgen, dass die Gleichberechtigung
664 von Männern und Frauen mit Leben erfüllt wird. Gleiche Rechte und Chancen für Frauen
665 zu schaffen sowie Benachteiligungen abzubauen, ist unser erklärtes Ziel.

666 Frauen erreichen zunehmend bessere und höhere Bildungsabschlüsse als Männer. Dies hat
667 Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Beschaffenheit der Arbeitsplätze und auf Arbeits-
668 zeitmodelle, aber natürlich auch auf den Bedeutungsgewinn des Themas „Vereinbarkeit
669 von Familie und Beruf“ für Mütter und Väter.

670 Wir wollen den Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöhen. Daher setzen wir uns
671 dafür ein, dass mindestens 40 Prozent der durch den Senat zu besetzenden Aufsichtsrats-
672 mandate von Frauen wahrgenommen werden. Wir erwarten hierbei die Mitwirkung von
673 Unternehmen, Verbänden und allen gesellschaftspolitischen Akteuren. Die CDU Bremen
674 geht mit gutem Beispiel voran: Neben der erstmaligen Nominierung einer Spitzenkandida-
675 tin finden sich allein unter den ersten 20 Listenplätzen zur Bürgerschaftswahl noch acht
676 weitere Frauen.

677 Im Bereich der Wirtschaft setzt sich die CDU Bremen für ein Stufenmodell ein, um den
678 Frauenanteil in Vorständen und Aufsichtsräten zu steigern. Demnach sollen Unternehmen
679 fünf Jahre Zeit erhalten, um den Frauenanteil in den Vorständen auf mindestens 10 Pro-
680 zent und in den Aufsichtsräten auf mindestens 30 Prozent zu steigern. Gelingt dies nicht,
681 soll eine flexible Quote eingeführt werden, wonach sich große Unternehmen ab 2013 ge-
682 setzlich verpflichten müssen, sich selbst eine Quote zu setzen, die innerhalb von zwei Jah-
683 ren erreicht werden soll. Diese Quote soll sowohl für Vorstands- als auch für Aufsichts-
684 ratsposten gelten. Wenn Unternehmen einen Frauenanteil von 30 Prozent in Vorständen
685 und Aufsichtsräten erreicht haben, endet diese Pflicht zur Quotenvorgabe.

686 Wir sind der Auffassung, dass die staatlichen Stellen in Bremen und Bremerhaven vor al-
687 lem hinsichtlich einer besseren Beratung bei der Umsetzung von Maßnahmen helfen kön-
688 nen, die auf eine Steigerung des Frauenanteils in Führungsfunktionen abzielen. Vor allem
689 dem verstärkten Einsatz von flexiblen Teilzeitmodellen für Mitarbeiterinnen mit Kindern
690 messen wir diesbezüglich eine hohe Bedeutung bei. Auch können beide Städte bei der Ein-
691 richtung und Aufrechterhaltung von Betriebskindergärten unterstützend tätig werden.
692 Der Staat sollte hier eine Vorreiterrolle einnehmen.

693 Gleichstellungspolitik bleibt für uns solange auf der politischen Tagesordnung, solange die
694 gleiche Teilhabe von Männern und Frauen in unserer Gesellschaft noch keine Selbstver-
695 ständlichkeit ist. Darum brauchen wir auch weiterhin das Amt der Gleichstellungsbeauf-
696 tragten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen
697 verringert wird. Dafür fordern wir eine Selbstverpflichtung der Unternehmen.

Jetzt das Richtige tun!

706 Für die CDU Bremen sind häusliche Gewalt, Zwangsehen, Unterdrückung oder Zwangs-
707 prostitution von Frauen und Mädchen völlig inakzeptabel. Gerade in diesem Bereich treten
708 wir für eine konsequente Strafverfolgung, eine gesellschaftliche Ächtung sowie Präventi-
709 ons- und Hilfsangebote ein.

710

711 **e. Kooperation und Wettbewerb in der medizinischen Versorgung**

712

713 Unsere beiden Städte Bremen und Bremerhaven entwickeln sich als Zentren der Metropol-
714 region zu Ballungsräumen umfassender medizinischer Versorgung. Darin sehen wir auch
715 ein großes Entwicklungspotential, bilden beide Städte doch damit einen Gegenpol zum
716 Ärztemangel im eher ländlich geprägten Umland.

717 Das Gesundheitssystem ist Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Es ist Aufgabe
718 des Staates, eine dem Stand der Wissenschaft entsprechende, allgemein zugängliche und
719 bezahlbare gesundheitliche Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger sicher zu stellen.
720 Medizinische Leistungen müssen sich primär am Patientenwohl orientieren.

721

722 Die CDU Bremen setzt sich für einen positiven Wettbewerb zwischen den Kliniken priva-
723 ter, freigemeinnütziger und kommunaler Träger ein. Wir lehnen deshalb die Aufkündigung
724 der Kooperation zwischen den kommunalen Kliniken und den Krankenhäusern in freige-
725 meinnütziger und privater Trägerschaft als akute Gefährdung der Versorgungssicherheit
726 der Patientinnen und Patienten in Bremen ab. Um im Standortwettbewerb mit Nieder-
727 sachsen bestehen zu können, setzen wir uns für den Abbau unnötiger Bürokratie in der
728 Gesundheitswirtschaft ein.

729

730 Wir unterstützen den Sanierungsweg der kommunalen Kliniken und erachten es als not-
731 wendig, dass die derzeitigen Konflikte in der Krankenhauslandschaft beigelegt werden.
732 Um die Patientinnen und Patienten optimal versorgen zu können, ist eine Kooperation
733 zwischen den kommunalen und den freigemeinnützigen Krankenhäusern zwingend not-
734 wenig. Es ist nicht hinnehmbar, dass der Senat die Monopolisierungstendenz der Gesund-
735 heit Nord (GeNo) toleriert und sogar fördert. Wir wollen die kommunalen Kliniken wieder
736 auf solide Füße stellen und sagen: Krankenhäuser überleben nicht dadurch, dass es Zu-
737 gangsbeschränkungen für andere gibt. Die Wirtschaftlichkeit und eine bestmögliche Ver-
738 sorgung der Patientinnen und Patienten müssen stets im Vordergrund stehen. Die im Zuge
739 der Landeskrankenhausplanung vorgenommenen Gespräche der freigemeinnützigen und
740 privaten Kliniken mit den Krankenkassen bezüglich der Einrichtung neuer Abteilungen, die
741 im gesunden Wettbewerb zu den Kliniken der GeNo stehen, unterstützen wir vor diesem
742 Hintergrund ausdrücklich. Wir sehen darin eine Qualitätsverbesserung der medizinischen
743 Versorgung in Bremen.

744

745 Gesundheitserziehung und Gesundheitsbewusstsein sind nicht nur Voraussetzung für
746 körperliches Wohlbefinden, sondern werden auch dazu beitragen, die Finanzierungsdefizi-
747 te im Gesundheitswesen abzumildern. Körperliche Gesundheit soll durch gezielte Informa-
748 tionen zur Ernährung, aber auch durch neue Angebote zu Fitness und Bewegung durch
749 Sportvereine gefördert werden. Die Wahrnehmung dieser Eigenverantwortung durch ge-
750 sundheitsbewusstes Verhalten soll finanziell belohnt werden. Mobbing und psychisch ver-
751 ursachte Krankheitsbilder wie Burn-Out, die ihre Ursachen primär in gewandelten Arbeits-
752 und Lebenswelten haben, gehören heute zum Alltag. Hier gilt es, neue Präventionsansätze,
753 ein Gesundheitsmanagement in den Betrieben und eine veränderte Unternehmenskultur
754 bereits an den Arbeitsplätzen zu entwickeln.

755

Jetzt das Richtige tun!

756 Wir wollen das Thema Gesundheit an den Schulen im Land Bremen stärken. Kinder und
757 Jugendliche sollen frühzeitig durch Aufklärung und Förderung an eine gesunde Lebensfüh-
758 rung herangeführt und durch Präventionsarbeit vor Suchtgefahren geschützt werden. Ge-
759 setzliche Verkaufs- und Konsumverbote zum Schutz der Jugend müssen konsequenter als
760 bisher auch mit staatlichen Mitteln durchgesetzt werden. Die Alkoholtestkäufe haben sich
761 dabei als erfolgreiches Kontrollinstrument herausgestellt.

762
763 Die CDU Bremen lehnt die Legalisierung von illegalen Rauschmitteln ab. Drogenabhängige
764 sind krank und bedürfen der Hilfe durch das öffentliche Gesundheitssystem in Form von
765 Beratungsstellen und Therapieeinrichtungen. Wir fordern strengere Kontrollen bei der
766 Vergabe von Ersatzdrogen, um Beikonsum besser feststellen zu können und wollen Dro-
767 genpatienten einen Ausstieg ermöglichen. Daher wollen wir neben der Begleitung durch
768 einen Sozialarbeiter verbesserte Therapieangebote entwickeln.

769
770 Insbesondere Gesundheit und Wohlergehen von Kindern bedarf unserer Aufmerksamkeit.
771 Die auf Initiative der CDU Bremen mittlerweile verbindlichen Vorsorgeuntersuchungen im
772 Kleinkindalter haben sich bewährt, um von Kindesbeinen an eine umfassende medizinische
773 Versorgung sicherzustellen und ein Netzwerk sozialer Hilfestellung aufzubauen. Wir wol-
774 len Schutzimpfungen für den Besuch des Kindergartens verpflichtend machen.

775
776 Die Gesundheitswirtschaft ist ein Wachstumsmarkt, der Dienstleistungen anbietet, die
777 eine wachsende Zahl von Menschen in einer alternden Gesellschaft nachfragen werden.
778 Die Berufe in der Gesundheitsbranche sind Zukunftsberufe. Einer nachhaltigen Dynamik in
779 der Gesundheitswirtschaft steht jedoch das Risiko eines Mangels an Ärzten und Pflegeper-
780 sonal entgegen. Bremen kann von dieser Entwicklung als Standort entscheidend profitie-
781 ren, wenn wir uns für eine nachhaltige Beschäftigungspolitik und für die Ausbildung und
782 die Anwerbung von qualifizierten Ärzten und Pflegepersonal einsetzen.

783
784 Dazu gehören auch bessere Verfahren für die Feststellung und Anerkennung von im Aus-
785 land erworbenen vergleichbaren Qualifikationen. Es muss die Attraktivität der Gesund-
786 heitsberufe, insbesondere auch des Arzt- und Pflegeberufes gesteigert werden. Verbesserte
787 Rahmenbedingungen, vor allem geringere Belastungen durch Bürokratie, können auch
788 dazu beitragen, den Trend zur Abwanderung von Ärzten zu stoppen.

789
790 In Schulen sollte im Rahmen der beruflichen Orientierung für Gesundheitsberufe gewor-
791 ben werden. Die Pflegeausbildung sollte für verschiedene Zielgruppen attraktiver werden.
792 Zudem sollen unterschiedliche Qualifikationsstufen in der Ausbildung eingerichtet wer-
793 den. Wir müssen einerseits die Öffnung der Pflegeausbildungen für einen größeren Kreis
794 von Bewerbern gewährleisten und andererseits die steigenden Qualifikationsanforderun-
795 gen für Gesundheitsberufe berücksichtigen. Die CDU Bremen sieht für die Zukunft die
796 Notwendigkeit, zukunftsfeste Berufsbilder zu entwickeln, die den unterschiedlichen
797 Einsatzfeldern von Pflegekräften — ambulant und stationär — und auch der ganzen Band-
798 breite der Qualifikationen im Pflegebereich gerecht werden.

799
800 Daneben wird auch im Gesundheitssektor die Vorsorge eine weit wichtigere Rolle als bis-
801 lang einnehmen. Gesunde Ernährung, Gesundheitserziehung und Gesundheitsbewusstsein
802 sind nicht nur Voraussetzung für körperliches Wohlbefinden, sondern können auch dazu
803 beitragen, die Finanzierungsdefizite im Gesundheitswesen abzumildern.

804
805
806

807 **3. Klug wirtschaften!**

808

809 Bremen und Bremerhaven bieten alle Voraussetzungen für eine dynamische wirtschaftli-
810 che Entwicklung: Internationale Unternehmen, motivierte Beschäftigte, ein leistungsfähi-
811 ger Mittelstand, Häfen von Weltruf, erstklassige Universitäten und Spitzenleistungen in
812 der Forschung machen Bremen stark. Eine erfolgreiche Entwicklung bedarf der richtigen
813 politischen Weichenstellungen. Die Internationalisierung der Handelsbeziehungen, Res-
814ourcenknappheit und Klimawandel sowie der Schwund einfacher Arbeitsplätze bei gleich-
815zeitigem Fachkräftemangel erfordern eine ganzheitliche wirtschaftspolitische Strategie.
816 Die CDU Bremen steht für eine nachhaltige und dynamische Wirtschaftsentwicklung unse-
817rer Städte statt Wirtschaftsfeindlichkeit.

818

819 **a. Unser Land - unser Standort**

820

821 Deutschland ist dank der CDU-geführten Bundesregierung weit besser durch die Finanz-
822krise gekommen als die meisten anderen Industrieländer. Die Verantwortungsbereitschaft
823der Beschäftigten und die Umsicht der Unternehmerinnen und Unternehmer haben ent-
824scheidend dazu beigetragen. Deutschland ist wieder zur Wachstumslokomotive in Europa
825geworden. Im Laufe des Jahres 2010 sank die Zahl der Arbeitslosen zum ersten Mal seit
826zwei Jahren unter die Marke von 3 Millionen. Das ist eine Erfolgsgeschichte der sozialen
827Marktwirtschaft. Die CDU Bremen will, dass auch die Menschen in Bremen und Bremerha-
828ven an diesem Aufschwung teilhaben. Dafür müssen die Standortbedingungen stimmen.

829

830 In den letzten Jahren hat sich unser Bundesland aber vom Aufschwung abgekoppelt. Seit
8312007 liegt das Wirtschaftswachstum unter dem Bundesdurchschnitt. Bremen ist Spitzen-
832reiter bei den Firmeninsolvenzen. Überall in Deutschland geht die Arbeitslosigkeit zurück,
833nur in Bremen nicht. Bremen hat die dritthöchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer.
834Erste Logistikunternehmen kehren Bremen den Rücken, weil sie eine klare wirtschaftspoli-
835tische Orientierung vermissen und sich die Standortbedingungen für sie zunehmend ver-
836schlechtern. Damit dürfen wir uns nicht abfinden. Die CDU Bremen tritt dafür ein, die Rah-
837menbedingungen zu verbessern, damit sich Unternehmen in Bremen und Bremerhaven
838gründen und ansiedeln sowie bestehende Unternehmen am Standort investieren, statt ins
839Umland abzuwandern. Nur so entstehen bei uns zukunftsfähige Arbeitsplätze.

840

841 Eine gute verkehrliche Erreichbarkeit ist für einen Hafen-, Logistik- und Industriestandort
842wie Bremen von existenzieller wirtschaftlicher Bedeutung. Wichtige Projekte wie der Ring-
843schluss bei der Stadtautobahn A 281, die Bereitstellung der Planungsmittel für die Y-
844Trasse und die Anbindung der Häfen in Bremerhaven über den Tunnel Cherbourger Straße
845an die Autobahn sind unter Rot-Grün nicht oder nur unzureichend vorangekommen. Die
846CDU Bremen steht für klare Prioritäten in der Verkehrspolitik.

847

848 Wir setzen uns für eine konkurrenzfähige und transparente Ausgestaltung der Standort-
849kosten ein. Diese müssen sich im Rahmen von vergleichbaren Großstädten bewegen. Dazu
850bedarf es insbesondere einer Anpassung der kommunal beeinflussbaren Steuern und Ab-
851gaben. Dazu wollen wir zum Beispiel den Unternehmen in Bremen den Vorsteuerabzug bei
852der Abwassergebühr durch die Gründung einer Abwasser GmbH ermöglichen. Für uns ist
853es selbstverständlich, dass es dabei nicht zu einer Mehrbelastung von Privathaushalten bei
854der Abwassergebühr kommt.

855

856 Bremens wirtschaftliche Potenziale müssen nach außen besser vermittelt werden. Dafür
857bedarf es eines Konzepts zur einheitlichen Außendarstellung des Standorts Bremen als

Jetzt das Richtige tun!

858 Hafen-, Logistik-, Industrie- und Technologiestandort im In- und Ausland. Für die Standortwerbung muss eine einheitliche Marke geschaffen werden.

859

860

861 Die CDU Bremen setzt sich für eine am Bedarf orientierte Steuerung der Gewerbeflächenpolitik ein. Priorität haben für uns die Bereitstellung geeigneter Erweiterungsflächen für bereits ansässige Unternehmen, eine gute infrastrukturelle Anbindung der Gewerbegebiete und die Ansiedlung weiterer Unternehmen der Offshore-Branche in Bremerhaven. Das Gelände der Bremer Wollkämmerei (BWK) in Bremen-Nord wollen wir als zusammenhängendes Gewerbegebiet mit industrieller Nutzung erhalten.

862

863

864

865

866

867

868 Der Flughafen Bremen ist ein wichtiger Standortfaktor und hat in den letzten Jahren eine sehr dynamische Entwicklung genommen. Er bedarf keiner öffentlichen Zuschüsse. Der Flughafen Bremen nimmt eine wichtige verkehrliche Funktion für die gesamte Region wahr, verbindet Bremen mit anderen europäischen Metropolen und steigert so auch die touristische Attraktivität unserer beiden Städte. Wir setzen uns für die Sicherstellung der Leistungsfähigkeit und den weiteren Ausbau des Streckennetzes bei einer konsequenteren Einhaltung der Nachtflugbeschränkung am Bremer Flughafen ein.

869

870

871

872

873

874

875

876 Ein schneller Breitbandzugang zum Internet ist Voraussetzung für einen schnellen Informations- und Wissensaustausch und damit für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes. Die Versorgungssituation ist in Bremen insgesamt gut. Gleichwohl entspricht die Breitbandversorgung in einigen Stadtteilen nicht den Erfordernissen von Unternehmen. Die CDU Bremen setzt sich dafür ein, dass unsere Städte bei neuen Entwicklungen im Bereich der Online-Breitbandversorgung stets auf dem neuesten Entwicklungsstand bleiben.

877

878

879

880

881

882

883 **b. Buten & Binnen: Wirtschaft, Häfen und Tourismus**

884

885 Die CDU Bremen bekennt sich zum Hafen- und Logistikstandort Bremen. Unser Land ist der siebtgrößte Industriestandort und der zweitgrößte Hafenstandort Deutschlands. In vielen Bereichen, wie der maritimen Logistik, den erneuerbaren Energien und der Luft- und Raumfahrtindustrie sind in Bremen und Bremerhaven Stärken mit internationaler Ausstrahlung entstanden. Wachstumsmotoren im Dienstleistungsbereich sind der internationale Handel und der Tourismus. Diese Stärken wollen wir weiter ausbauen. Neue Technologien und Dienstleistungen wie die Elektromobilität und die Kreativwirtschaft ergänzen die traditionellen Industrien, wie den Automobilbau und die Ernährungswirtschaft. Der vielseitige Branchenmix und der große Bestand an Unternehmen, die echte Produkte der Realwirtschaft - und somit greifbare Werte - schaffen, hat sich in Bremen bewährt. In der sozialen Marktwirtschaft sind es vornehmlich die Unternehmen, die die Arbeitsplätze schaffen, und nicht der Staat. Deswegen wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen stärken.

886

887

888

889

890

891

892

893

894

895

896

897

898

899

900

901

902

903

904

905

906

907

908

909 Zur sozialen Marktwirtschaft gehört unternehmerische Eigenverantwortung. Gleichwohl kommt der Wirtschaftsförderung in Regionen, die vom Strukturwandel besonders betroffenen sind, eine wichtige Rolle zu. Dies gilt vor allem für Bremerhaven und Bremen-Nord, die beim Einsatz der Mittel für Wirtschaftsförderung und öffentliche Investitionen angemessen berücksichtigt werden müssen. Die im Rahmen des Investitionssonderprogramms (ISP) zwischen Bremen und Bremerhaven vereinbarte 20-Prozent-Regelung kann dafür als Richtlinie dienen. Grundvoraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaftsförderung ist eine konsequente Kundenorientierung sowie eine enge Verzahnung und Abstimmung der Förder- und Beratungsangebote zwischen den einzelnen Förderinstitutionen – der Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WFB), der Bremer Aufbaubank (BAB) und der Bremerha-

Jetzt das Richtige tun!

909 vener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS). Grundle-
910 gendes Ziel aller wirtschaftsförderpolitischen Maßnahmen muss eine Beschleunigung bei
911 der Erteilung von Genehmigungen sein. Die CDU Bremen setzt sich dafür ein, dass die eu-
912 ropäischen Strukturfondsmittel auch nach Ablauf der aktuellen Förderperiode Ende 2013
913 weiter möglich sind.

914

915 Wir setzen uns für eine langfristige Absicherung der Gründungsberatung (B.E.G.IN), eine
916 effizientere Existenzgründungsförderung und eine Weiterentwicklung der Instrumente zur
917 Wagniskapitalfinanzierung ein. Es ist Kernaufgabe der BAB, mögliche Engpässe in der Kre-
918 ditversorgung von kleinen und mittleren Unternehmen zu verhindern.

919

920 Rund ein Drittel der Wirtschaftskraft Bremens und damit rund 80.000 Arbeitsplätze hän-
921 gen von den bremischen Häfen ab. Sie üben eine wichtige Drehscheibenfunktion für das
922 Exportland Deutschland aus. Rund 90 Prozent aller Ausfuhren verlassen das Land auf dem
923 Seeweg. Die Häfen sind ein entscheidender Wachstumsmotor. Zwischen 1998 und 2008
924 hat sich der Gesamtumschlag mehr als verdoppelt, der Containerverkehr sogar verdrei-
925 facht. Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 haben die Umschlagszahlen inzwi-
926 schen in vielen Bereichen das Niveau der Vorkrisenzeit schon wieder erreicht.

927

928 Vieles spricht dafür, dass es auch in den kommenden Jahren zu einem starken Wachstum
929 der Häfen kommen wird. Von dieser Entwicklung profitiert unsere gesamte Gesellschaft –
930 sowohl in Bremen und Bremerhaven, wie auch im Umland und in ganz Deutschland. Unse-
931 re stark vom Export geprägte Wirtschaft ist zwingend auf die Funktionsfähigkeit der weni-
932 gen nationalen Häfen angewiesen. Auf diese Weise haben sie zudem einen großen Einfluss
933 auf die Entwicklung der Löhne und Gehälter in nahezu allen relevanten Branchen. Für uns
934 steht daher fest: Die Hafen- und Verkehrsinfrastruktur muss mit dem prognostizierten
935 Wachstum Schritt halten. Die CDU Bremen setzt sich für die termingerechte Inbetrieb-
936 nahme des Jade-Weser-Ports im Jahr 2012 und den Ausbau der Hafenhinterlandanbindun-
937 gen ein. Dazu zählen vor allem die Y-Trasse, der Bahnknoten Bremen, die Stadtautobahn A
938 281 und die Küstenautobahn A 20. Wir bekennen uns zur Vertiefung der Außen- und Un-
939 terweser. Bremen muss dafür sein Einverständnis an den Bund umgehend erteilen. Es muss
940 endlich eine solide Finanzierung für den Bau des Hafentunnels Cherbourger Straße in
941 Bremerhaven geben. Der Industriehafen in Bremen Stadt bedarf dringend einer Vertiefung
942 und Durchfahrtsverbreiterung. Es ist für uns selbstverständlich, dass bei allen Maßnahmen
943 auch die Belange der Betroffenen und des Umweltschutzes Berücksichtigung erfahren.

944

945 Das Schiff ist der umweltfreundlichste Verkehrsträger. Deswegen setzen wir uns für die
946 Aufwertung des Verkehrsträgers Binnenschiff und eine bessere Integration in die Logistik-
947 kette der Seehäfen ein. Wir wollen den Bau eines kombinierten Shortsea-Binnenschiff-
948 Terminals im abgeschleusten Teil des Überseehafens Bremerhaven prüfen. Wir setzen uns
949 ein für den Bau des Offshore-Schwerlastterminals in Bremerhaven, um die dauerhaft posi-
950 tive Entwicklung der Offshore-Windkraftunternehmen am Standort zu sichern.

951

952 Der Erarbeitung eines langfristigen Hafenkonzeptes misst die CDU Bremen eine große
953 Bedeutung bei. Einen Verkauf der leistungsfähigen BLG oder eine Fusion mit anderen Ha-
954 fengesellschaften lehnen wir ebenso ab wie eine weitere Liberalisierung von Hafendienst-
955 leistungen im Rahmen einer allgemeinen europäischen Konzessionsrichtlinie („Port Packa-
956 ge III“). Wir wollen einen fairen und transparenten Wettbewerb zwischen und innerhalb
957 der europäischen Hafenstandorte.

958

Jetzt das Richtige tun!

959 Eine steigende Zahl an Beschäftigten im Land Bremen lebt vom Tourismus. Um diesen
960 Wachstumsmarkt weiterzuentwickeln und noch mehr Übernachtungsgäste auf unser Bun-
961 desland aufmerksam zu machen, bedarf es eines professionellen Marketings. Der maritime
962 Charakter Bremens und Bremerhavens muss authentisch und zielgerichtet beworben wer-
963 den. Die WFB und die Bremer Touristik-Zentrale (BTZ) müssen sich noch enger mit den
964 Wirtschaftsförderungs- und Tourismusgesellschaften in der Metropolregion Bremen-
965 Oldenburg vernetzen.

966
967 Wir setzen uns für den Erhalt, die Sanierung und den Ausbau der touristischen Infrastruk-
968 tur ein. Priorität haben für uns dabei die Pflege des Messe-, Kongress- und Tagungswesens,
969 die Weiterentwicklung der „Havenwelten“ in Bremerhaven und die Profilierung Bremerha-
970 vens als Kreuzfahrtstandort. Internationale Gäste und Geschäftsreisende sind wichtige
971 Multiplikatoren für unser Land. Die geplante Einführung einer „Bettensteuer“ für das bre-
972 mische Beherbergungsgewerbe lehnen wir als kontraproduktiv ab.

973

974 **c. Mittelstand und Handwerk: Motoren unserer Wirtschaft**

975

976 Im Land Bremen sind die meisten Betriebe mittelständische Unternehmen. Rund drei Vier-
977 tel aller bremischen Betriebe in der Privatwirtschaft haben weniger als zehn sozialversi-
978 cherungspflichtige Beschäftigte. Gleichwohl stellen sie im Vergleich mit anderen Regionen
979 Deutschlands einen eher geringen Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten in Bremen
980 und Bremerhaven. Gerade weil wir es für sinnvoll erachten, dass sich Städte und Regionen
981 nicht allzu sehr in die Abhängigkeit von wenigen Großbetrieben begeben, wollen wir den
982 Mittelstand sichern und ausbauen. Die CDU Bremen ist sich bewusst, dass diese Unter-
983 nehmen die eigentliche Basis für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes bilden. An
984 ihnen hat sich daher die Wirtschaftspolitik primär auszurichten. Kleine und mittlere Un-
985 ternehmen haben häufig keine eigene Personalabteilung und können keinen Angestellten
986 für die Beantragung von Fördermitteln abstellen. Sie leiden daher am meisten unter über-
987 zogenen administrativen Anforderungen, Kontroll- und Informationspflichten. Da, wo der
988 Landesgesetzgeber eine Handhabe hat, muss er sich für einen Abbau bürokratischer Belas-
989 tungen und die Beschleunigung von Verwaltungsverfahren einsetzen.

990

991 Die CDU Bremen will Betriebsneugründungen durch die Prüfung von Zulassungserleichte-
992 rungen vereinfachen. Für gewerbliche Baugenehmigungen wollen wir eine verlässliche
993 Bearbeitungsfrist von acht Wochen einführen. Wird der Antrag von der zuständigen Be-
994 hörde innerhalb der Frist nicht bearbeitet, soll er vom Grundsatz her als genehmigt gelten
995 (so genannte „Genehmigungsfiktion“). Bewährt sich dieses Pilotprojekt zum Bürokratieab-
996 bau, wollen wir prüfen, ob die „Genehmigungsfiktion“ auch auf andere Rechtsbereiche
997 übertragen werden kann.

998

999 Wir setzen uns für eine mittelstandsgerechte Vergabepolitik ein. Die Aufnahme weiterer
1000 vergabefremder Kriterien ins Bremische Vergabegesetz lehnen wir ab, weil sie das Wirt-
1001 schaftlichkeitsprinzip gefährden sowie Handwerk und Mittelstand belasten würden. Dop-
1002 pelstrukturen bei den Vergabestellen müssen beseitigt werden. Das im Rahmen des Kon-
1003 junkturpakets II für den Zeitraum 2009/10 eingeführte vereinfachte Vergabeverfahren hat
1004 sich in der Praxis bewährt. Die CDU Bremen spricht sich für die Weitergeltung der erhöh-
1005 ten Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben auch nach
1006 Abschluss des Konjunkturpakets II wie in anderen Bundesländern aus.

1007

1008 Zum Mittelstand gehört insbesondere das Handwerk. Als „Wirtschaftsmacht von nebenan“
1009 mit rund 5.000 Betrieben und 30.000 Beschäftigten ist das Handwerk im Land Bremen ein

Jetzt das Richtige tun!

1010 wichtiger Wirtschaftsfaktor und Innovationsmotor. Über ein Fünftel aller Auszubildenden
1011 in Bremen und Bremerhaven machen ihren Abschluss in einem Handwerksbetrieb. Damit
1012 nimmt das Handwerk auch eine wichtige gesellschaftliche Verantwortung wahr. Deswegen
1013 gehört das Handwerk für uns in den Mittelpunkt bremischer Politik. Bis heute fehlt der
1014 belegbare Nachweis, dass die bürokratische Umweltzone zu einer Verbesserung der Luft-
1015 qualität geführt hat. Klar ist allerdings, dass sie die Erreichbarkeit von in ihr liegenden
1016 Handwerksbetrieben genauso erschwert, wie das Anfahren von Kunden durch Hand-
1017 werksbetriebe, die aufgrund ihrer Fahrzeugflotte weit überproportional von der Nicht-
1018 Erteilung grüner Plaketten betroffen sind. Die CDU Bremen spricht sich daher für die Ab-
1019 schaffung der Umweltzone in der Stadtgemeinde Bremen aus. Darüber hinaus setzen wir
1020 uns für die Einführung einer speziell auf Handwerksbetriebe ausgerichteten Förderkom-
1021 ponente innerhalb der Bremer Existenz Gründungsinitiative B.E.G.IN ein. Wir wollen die
1022 Meistergründungsprämie als festen Bestandteil der Mittelstandsförderung absichern. Die
1023 CDU Bremen befürwortet einen vereinfachten Hochschulzugang für Meister oder ver-
1024 gleichbar beruflich qualifizierte und bewährte zu Studiengängen, die einen Bezug zu ihrer
1025 bisherigen Tätigkeit haben. Dabei darf es zu keiner Absenkung bestehender Qualitätsni-
1026 veaus kommen.

1027
1028 Auch wenn Bremen als Stadtstaat zwangsläufig eine eher überschaubare Zahl an landwirt-
1029 schaftlichen Betrieben beherbergt, so stellen diese doch für die CDU eine wichtige Säule
1030 des heimischen Mittelstandes dar und müssen eine Entwicklungsperspektive haben. Dies
1031 muss gleichermaßen für konventionelle wie für ökologisch orientierte Landwirtschaftsbe-
1032 triebe gelten. Wir wollen sie bei der Bewältigung des Strukturwandels unterstützen. Daher
1033 gilt es Veränderungen, auch baulicher Art, zu fördern, damit sich die Landwirte „zweite
1034 Standbeine“ erschließen können. Insbesondere hinsichtlich der Bereiche Naherholung,
1035 Tourismus und regenerative Energien sehen wir für sie noch Wachstumspotentiale. Dabei
1036 wird es wichtig sein, bremische Umweltauflagen nicht unnötig bürokratisch zu überfrach-
1037 ten, sondern mit Augenmaß und in Kooperation mit den Landwirten zu entwickeln.

1038 **d. Vorfahrt für Arbeitsplätze**

1039
1040 Die CDU Bremen verfolgt eine Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze schafft. Für uns gilt
1041 nach wie vor der Grundsatz: Sozial ist, was Arbeit schafft. Eine feste Anstellung trägt ent-
1042 scheidend zu einem selbstbestimmten Leben jedes Einzelnen bei. Sie fördert soziale Kon-
1043 takte und stärkt das Selbstwertgefühl der Menschen. Wir setzen uns dafür ein, dass gleiche
1044 Arbeit grundsätzlich auch mit dem gleichen Entgelt entlohnt wird.

1045
1046 Wir fordern eine neue Schwerpunktsetzung in der Arbeitsmarktpolitik. Die Arbeitslosen-
1047 quote betrug Anfang 2011 rund 12 Prozent. Sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven ist
1048 die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Trotz der hohen
1049 Arbeitslosigkeit haben die Unternehmen im Land große Schwierigkeiten, qualifiziertes
1050 Personal zu finden. Vor allem in der Windkraftbranche, aber auch z.B. in der Hafen- und
1051 Logistikwirtschaft fehlt schon jetzt Fachpersonal. Die demographische Entwicklung mit
1052 dem sich abzeichnenden Ausscheiden besonders geburtenstarker Jahrgänge aus dem Ar-
1053 beitsleben wird diese Entwicklung noch verschärfen. Wir müssen die Wachstumsbranchen
1054 und insbesondere die Chancen, die sich aus dem Bau des geplanten Offshore-Terminals in
1055 Bremerhaven ergeben, dazu nutzen, Arbeitsuchende wieder in Beschäftigung zu bringen.
1056 Vor allem streben wir eine weitergehende Qualifizierung unserer Landeskinder an, damit
1057 bremische Unternehmen endlich wieder verstärkt auf diese bei Einstellungen zurückgrei-
1058 fen.

1059
1060

Jetzt das Richtige tun!

1061 Die CDU Bremen steht für eine an den Anforderungen des bremischen Arbeitsmarktes
1062 orientierte Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen. Wir müssen die bestehenden Quali-
1063 fizierungsmaßnahmen auf ihre Wirksamkeit überprüfen und in Abstimmung mit den Firmen,
1064 die Qualifizierungsmaßnahmen neu ausrichten. Die CDU Bremen unterstützt das von der
1065 Bundesregierung initiierte Modellprojekt „Bürgerarbeit“, weil es eine Aktivierungsphase
1066 enthält, die die Langzeitarbeitslosen intensiv und individuell angepasst auf eine Ar-
1067 beitsaufnahme vorbereitet. Für die Tätigkeiten im Projekt „Bürgerarbeit“ wird Tariflohn
1068 gezahlt und die Stellen sind sozialversicherungspflichtig. Priorität hat für uns aber nach
1069 wie vor der erste Arbeitsmarkt und die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Dauerar-
1070 beitsplätze. Der Staat kann dazu vor allem durch eine vorausschauende Infrastrukturpolitik
1071 den erforderlichen Rahmen setzen.

1072
1073 Bei den Ein-Euro Jobs handelt es sich um Beschäftigungsmaßnahmen auf dem zweiten Ar-
1074beitsmarkt, denen wir kritisch gegenüber stehen. Die CDU Bremen spricht sich verstärkt
1075 für Qualifizierungsmaßnahmen aus, die das Ziel verfolgen, Langzeitarbeitslose in den ers-
1076 ten Arbeitsmarkt zu integrieren. Ein-Euro Jobs dürfen keinesfalls zu Wettbewerbsverzer-
1077 rung gegenüber privaten Betrieben führen. Ebenso lehnen wir die Umwandlung von Ar-
1078beitsgelegenheiten mit Entgeltvariante (AGH-E) in Ein-Euro-Jobs ab. Beide Maßnahmen
1079 haben unterschiedliche Teilnehmerkreise und Ziele. Eine Umwandlung leistet keinen Bei-
1080 trag zur Vermittlung in den regulären Arbeitsmarkt.

1081
1082 Schwarzarbeit ist kein Kavaliersdelikt. Sie schadet den ehrlich wirtschaftenden Unterneh-
1083 mern und führt zur Verdrängung regulärer Beschäftigungsverhältnisse zu Lasten gesetz-
1084 treuer Arbeitnehmer. Kurzfristig müssen die präventiven Maßnahmen verstärkt und die
1085 Kontrollen verschärft werden.

1086
1087 Die Chancen von Jugendlichen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt müssen erhöht und
1088 die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft werden. Neben verstärkten Anstrengungen in der
1089 Schule bedarf es dazu einer gezielten Arbeitsmarktförderung jugendlicher Bewerber. An-
1090 gesichts der demografischen Prognosen können wir es nicht erlauben, weiterhin eine be-
1091 achtliche Zahl an jungen Menschen nicht in eine Ausbildung zu bringen. Die CDU Bremen
1092 unterstützt deshalb ausdrücklich die „Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fach-
1093 kräftesicherung 2011–2013“ sowie Mentorenprogramme von Ausbildungsbetrieben, da-
1094 mit zusätzliche Ausbildungsplätze entstehen und junge Menschen die Chance auf eine
1095 Ausbildung erhalten.

1096
1097 Der Anteil älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird steigen. Sie verfügen über
1098 umfassendes Fachwissen und Erfahrung. Dieses Potential muss stärker genutzt werden.
1099 Wir wollen daher ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fördern und Betriebe dabei
1100 unterstützen, altersgerechte Arbeitsplätze zu schaffen.

1101
1102 Umsätze, Wertschöpfung und Arbeitsplätze wachsen in innovationsstarken Branchen in
1103 der Regel besonders stark. Diese Chance wollen wir nutzen, um noch mehr Menschen in
1104 zukunftsfähige Arbeit zu bringen. Das Land Bremen muss daher die Förderung derjenigen
1105 Technologiefelder, in denen das Land seine Stärke auf dem deutschen und dem Weltmarkt
1106 ausspielen kann, zielgenauer und effizienter ausgestalten. Dazu zählen insbesondere die
1107 Luft- und Raumfahrt, die maritime Wirtschaft und Logistik sowie die Windenergie. Innova-
1108 tionskooperationen zwischen Unternehmen untereinander sowie zwischen Unternehmen
1109 und Forschungseinrichtungen müssen gestärkt, Unternehmensausgründungen und -
1110 ansiedlungen gefördert und die Bereitstellung von Wagniskapital sichergestellt werden.
1111 Ein Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik muss darauf liegen, Arbeitslose so praxisnah zu

Jetzt das Richtige tun!

1112 qualifizieren und Arbeitnehmer so passgenau weiterzubilden, dass sie die notwendigen
1113 Kompetenzen für die Arbeit in innovativen Unternehmen sowie in der Forschung mitbrin-
1114 gen. Darüber hinaus muss die Förderung Raum lassen für Zukunftsfelder wie Umweltwirt-
1115 schaft, Elektromobilität, Robotik und Gesundheitswirtschaft.

1116

1117 **e. Unser Land schafft Wissen**

1118

1119 Das Bremische Hochschulgesetz sieht eine mehrjährige Rahmenplanung des Landes vor.
1120 Der aktuelle Hochschulgesamtplan V und der Wissenschaftsplan 2010 sind ausgelaufen
1121 und nach fünfjähriger Laufzeit in vielerlei Hinsicht überholt. Der doppelte Abiturjahrgang
1122 und das Aussetzen der Wehrpflicht werden an den Hochschulen und Universitäten deut-
1123 lich spürbar sein, so dass insbesondere der bedarfsgerechte Ausbau der Studienkapazitä-
1124 ten im Vordergrund stehen muss. Für die CDU Bremen hat deshalb die rasche Vorlage ei-
1125 ner neuen Wissenschaftsplanung oberste Priorität, damit Hochschulen und Universitäten
1126 wieder eine feste Planungsgrundlage bekommen: Es muss Klarheit herrschen im Hinblick
1127 auf die Entwicklung der Personal- und Sachkosten, den Umgang mit Tarifsteigerungen, der
1128 Grundfinanzierung von Universität, Hochschulen, deren Aninstituten sowie der Staats-
1129 und Universitätsbibliothek, der Drittmitteleinwerbung, der Kofinanzierung des Landes
1130 sowie den Anforderungen im Hochschulbau.

1131

1132 Diese neue Wissenschaftsplanung muss die Leitlinien für den Wissenschaftsstandort Land
1133 Bremen bis 2020 formulieren. Für die CDU Bremen stehen dabei folgende Punkte im Vor-
1134 dergrund: Wir müssen die exzellenten Wissenschaftsbereiche in Forschung und Lehre als
1135 Schwerpunktsetzungen fortschreiben, eine stärkere Vernetzung der Metropolregion als
1136 Wissenschaftsraum anstreben sowie eine deutlichere Sichtbarkeit durch ein aktives Wis-
1137 senschaftsmarketing erreichen. Das Land muss seiner Verantwortung gerecht werden und
1138 die erforderlichen Kofinanzierungen für die Exzellenzinitiative und den Hochschulpakt
1139 sicherstellen. In diesem Zusammenhang spricht sich die CDU Bremen für eine nachhaltige
1140 Kooperation mit der Jacobs University aus. Wir müssen unsere Stärken in Luft- und Raum-
1141 fahrt, Automobilbau, Materialwissenschaften, Informatik, Schiffbau, Produktionstechnik,
1142 Windkraft, Logistik und den Bereichen der maritimen Wissenschaft weiter ausbauen. Auch
1143 traditionelle Schwerpunkte, wie z.B. der der Sozialwissenschaften sollen zukunftsfähig
1144 weiterentwickelt werden.

1145

1146 Lehren und Studieren braucht besondere Rahmenbedingungen, damit ein qualifizierter
1147 Studienerfolg sichergestellt ist. Die CDU Bremen spricht sich für die Beibehaltung eines
1148 gebührenfreien Erststudiums in der Regelstudienzeit aus. In den letzten zehn Jahren haben
1149 sich Lehre und Studium mit der Bologna-Reform grundlegend verändert. Bisher stand vor
1150 allem die Bachelor-Ausbildung als erster berufsqualifizierender Abschluss im Vordergrund.
1151 Wir werden die Hochschulen im Land bei der Optimierung der Studienstrukturen weiter-
1152 hin unterstützen, halten es jetzt aber für erforderlich, die Master-Ausbildung in den Mit-
1153 telpunkt zu rücken. Wir sind der Meinung: Beim Übergang vom Bachelor zum Master zählt
1154 die Leistung.

1155

1156 In diesem Zusammenhang setzen wir uns dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für ein
1157 berufsbegleitendes oder Teilzeit-Studium deutlich verbessert werden. Die Universitäten
1158 und Hochschulen müssen sich mehr als bislang öffnen für berufsbegleitendes Studieren
1159 und ihre Strukturen den Anforderungen des lebenslangen Lernens anpassen. Auf der einen
1160 Seite geht es um neue Lehrformate, Materialien und Zeitstrukturen. Auf der anderen Seite
1161 geht es um die Vereinbarkeit von Studium und Berufstätigkeit. Hier sind die Unternehmen
1162 gefordert, ein Studium als Qualifizierung ihrer Mitarbeiterschaft aktiv zu unterstützen.

Jetzt das Richtige tun!

1163 Dieser Bereich kann zu einem wichtigen Faktor bei der Nachwuchsförderung und Nach-
1164 wuchsbindung für Wissenschaft und Wirtschaft werden. Grundlegendes Ziel muss die län-
1165 gerfristige Bindung der Absolventen von Universität und Hochschulen an die Standorte
1166 Bremen und Bremerhaven sein. Daher gilt es die Kontakte zwischen den einzelnen Fachbe-
1167 reichen und den ortsansässigen Unternehmen weiter zu vertiefen.

1168
1169 Weiterhin setzen wir uns für eine verbesserte Vereinbarkeit von Studium und Familie ein.
1170 Studenten mit Kind soll ein Abschluss ihres Studiums innerhalb der Regelstudienzeit er-
1171 möglicht werden, indem die Studienstrukturen flexibler gestaltet und die Betreuungs- so-
1172 wie Beratungsmöglichkeiten ausgebaut werden.

1173
1174 Für die CDU Bremen ist das nationale Stipendienprogramm geeignet, zum Scharnier zwi-
1175 schen Wissenschaft und Wirtschaft zu werden. Mit dem sogenannten „Deutschlandstipen-
1176 dium“ sollen besonders begabte Studierende auf Grund ihrer Leistung zusätzlich gefördert
1177 werden. Nach dem Prinzip der „Matching Funds“ werden Stipendiengelder nichtstaatlicher
1178 Akteure im Verhältnis 1:1 ergänzt. Die Ergänzungsmittel teilen sich Bund und Länder. Wir
1179 fordern eine aktive Unterstützung der Hochschulen bei der Einwerbung dieser Mittel Drit-
1180 ter: Genau an dieser Stelle kann und muss die Vernetzung zwischen Wirtschaft und Wis-
1181 senschaft erfolgen. Unternehmen wird eine niederschwellige Möglichkeit geboten, zielge-
1182 richtet Nachwuchs zu fördern. Wir wollen Stipendienprogramme erarbeiten, die nach an-
1183 gelsächsischem Vorbild mehr Studenten die Möglichkeit eröffnen, ein Studium in Bremen
1184 aufzunehmen, da eine Hochschulkarriere nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf.

1185
1186 Wissenschafts- und Technologietransfer ist für den Standort Bremen eine der wichtigsten
1187 Ressourcen. Vor allem Unternehmen ohne eine Forschungs- und Entwicklungsabteilung
1188 können in erheblichem Maße profitieren. Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirt-
1189 schaft kann über Stiftungsprofessuren oder Stipendien gezielt erfolgen. Die CDU Bremen
1190 setzt sich für ein Existenzgründer-Darlehen des Landes für Wissenschaftstransfer ein, das
1191 die Lücke zwischen Idee und Produkt bzw. zwischen den Ergebnissen eines abgeschlosse-
1192 nen Forschungsprojektes und der Übersetzung in die Produktentwicklung überbrücken
1193 hilft.

1194
1195 Wir treten entschieden dafür ein, dass die Wissenschaften in der Bestimmung ihrer For-
1196 schungsschwerpunkte und ihrer Programmplanung frei bleiben.

1197
1198

1199

1200 **4. Wachstum ermöglichen!**

1201

1202 Für die CDU Bremen besteht die Herausforderung der kommenden Jahre darin, Wachstum
1203 zu ermöglichen und Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger unserer beiden Städte
1204 zu erhalten. Wachstum ist dabei für uns kein Selbstzweck und mehr als eine statistische
1205 Größe. Es ist für uns selbstverständlich, dass ökologische Nachhaltigkeit und die Erhöhung
1206 der Lebensqualität des Einzelnen weiterer Rahmensetzungen bedürfen. Ökonomie und
1207 Ökologie sind dabei für uns kein Widerspruch. Seit Jahren geht der Ressourcenverbrauch
1208 und Treibhausausstoß pro Kopf in Deutschland zurück. Die Unternehmen in Bremen und
1209 Bremerhaven entwickeln die dafür notwendigen Effizienz-Technologien. Wirtschaftswachstum bleibt die Grundvoraussetzung für unseren Lebensstandard und kommt bei den
1210 Menschen in Bremen und Bremerhaven sehr konkret an: In Form von neuen Arbeitsplät-
1211 zen, besseren Verdienstaussichten und größeren Aufstiegschancen. Der Erhalt unser sozia-
1212 len Sicherungssysteme, Investitionen in bessere Bildung und die Finanzierung der Ener-
1213

Jetzt das Richtige tun!

1214 giewende hin zu sauberen, effizienten Technologien lassen sich ohne Wirtschaftswachs-
1215 tum nicht bewerkstelligen. Wir wollen daher eine ideologiefreie Verkehrs-, Energie- und
1216 Stadtteilpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet. Wohnen und Mobi-
1217 lität müssen bezahlbar, verlässlich und sozial verträglich sein.

1218

1219 **a. Verkehrsinfrastruktur für morgen**

1220

1221 Bremen ist als Deutschlands siebtgrößter Industriestandort und als Logistikkreuzung in
1222 Nordwesteuropa auf eine leistungsfähige Infrastruktur angewiesen. Sie ist entscheidend
1223 für unser wirtschaftliches Wachstum in Zeiten des globalisierten Welthandels und damit
1224 Basis für wachsende Städte. Eine funktionsfähige Verkehrsinfrastruktur ermöglicht es,
1225 neue Märkte zu erschließen, stärkt regional und global die Zusammenarbeit zwischen Un-
1226 ternehmen, schafft neue Arbeitsplätze und macht diese auch erreichbar. In der Verkehrs-
1227 politik Bremens ist uns wichtig, dass sowohl der Wirtschafts- als auch der Individualver-
1228 kehr ausreichend Berücksichtigung finden. Wir stehen für eine integrative Verkehrspolitik,
1229 die eine leistungsfähige Verknüpfung der unterschiedlichen Verkehrsträger zum Ziel hat.
1230 Eine störungsfreie Zufahrt in die Innenstädte und eine leistungsfähige Hinterlandbin-
1231 dung der bremischen Häfen sind Kernziele unserer Verkehrspolitik.

1232

1233 In überflüssigen Tempolimits auf den Autobahnen oder deren Zubringern sehen wir keine
1234 geeignete Maßnahme, den Standort Bremen zu stärken. Aus wirtschafts- und verkehrspoli-
1235 tischen Gründen ist der Abriss der Hochstraße am Breitenweg zum gegenwärtigen Zeit-
1236 punkt für uns nicht vertretbar. Der Einführung einer City-Maut erteilen wir eine klare Ab-
1237 sage. Eine mögliche Abwanderung von Betrieben zum Beispiel aus dem Güterverkehrs-
1238 zentrum aufgrund einer verfehlten Verkehrspolitik kann sich das Land nicht leisten. Wir
1239 setzen uns für eine Verkehrspolitik ein, die Staus und zähfließenden Verkehr verhindert.

1240

1241 Der Ausbau des Schienenhinterlandverkehrs trägt zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit
1242 unserer beiden Städte bei. Die CDU Bremen setzt sich daher für den Bau der Y-Trasse ein.
1243 Um effiziente Wirtschaftsverkehre in Bremen zu ermöglichen, ist eine zügige Fertigstel-
1244 lung der A 281 unumgänglich. Der Ringschluss ist auf absehbare Zeit das mit Abstand
1245 wichtigste Verkehrsprojekt Bremens. Schon viel zu lange haben Anwohner und Wirt-
1246 schaftsbetriebe auf seine Fertigstellung warten müssen. Weitere Verzögerungen durch
1247 handwerkliche Fehler und ideologische Scheuklappen des Verkehrssenators werden wir
1248 nicht akzeptieren. Dies gilt sowohl für die Weserquerung bei Seehausen wie auch den An-
1249 schluss an die A 1 bei Brinkum. Neben der Entlastung aller Stadtteile auf der linken Weser-
1250 seite von überregionalen Verkehren, würde es auch in der Bremer Innenstadt endlich zu
1251 einer verbesserten Verkehrssituation kommen. Schließlich steht die Politik gegenüber
1252 zahlreichen Unternehmen im Güterverkehrszentrum und der Airport-Stadt im Wort, die
1253 Erreichbarkeit dieser Standorte durch die A 281 endlich zu verbessern.

1254

1255 Wir halten an dem Ziel fest, die Cherbourger Straße in Bremerhaven schnellstmöglich aus-
1256 zubauen, da sie entscheidend zur Entlastung der Anwohner im Norden der Seestadt und
1257 zur besseren Erreichbarkeit der Container Terminals führen wird. Ein wichtiges Zukunfts-
1258 projekt ist auch der Bau der Küstenautobahn A 20. Zur Optimierung von Verkehrsprojek-
1259 ten werden wir verstärkt den Kontakt mit dem niedersächsischen Umland suchen.

1260

1261 In der Umweltzone sehen wir eine überflüssige Maßnahme. Da der Schaden für die Wirt-
1262 schaft in keinem Verhältnis zu dem Nutzen steht, fordert die CDU Bremen, die Umweltzo-
1263 ne abzuschaffen. Stattdessen wollen wir die Städte von Lärm, Staub und Abgasen entlas-
1264 ten, indem wir fließenden Verkehr ermöglichen. Wir setzen daher auf die intelligente

Jetzt das Richtige tun!

1265 Steuerung von Verkehrsströmen, zum Beispiel durch die Optimierung der Grünen Wellen.
1266 Fehlentscheidungen der Vergangenheit, die den Verkehr behindern, wollen wir korrigie-
1267 ren: Zum Beispiel müssen die Ampeln auf der Kurfürstenallee abgestellt und das Parken
1268 stadteinwärts im Concordia Tunnel untersagt werden. Auch die Verkehrsführung von der
1269 A 281 auf die Neuenlander Straße und von dort weiter auf die Kattenturmer Heerstraße ist
1270 zu den Stoßzeiten durch optimierte Ampelschaltungen kurzfristig zu verbessern.

1271
1272 Der Sanierungsstau unserer Straßen ist enorm. Aus diesem Grund fordern wir ein nachhal-
1273 tiges Konzept, um die Verkehrsinfrastruktur unseres Landes langfristig zu sichern. Insbe-
1274 sondere in den Sommermonaten sind Baustellen daher nicht zu vermeiden. Mit uns wird es
1275 jedoch ein abgestimmtes Baustellenmanagement geben, das diesen Namen auch tatsäch-
1276 lich verdient. Vor allem werden wir uns für sogenannte Powerbaustellen einsetzen, um die
1277 Belastungen für die Verkehrsteilnehmer und die Anwohner so gering wie möglich zu hal-
1278 ten.

1279
1280 Für Wachstum ist Verkehr unabdingbar. Leider ist jedoch mit Verkehr auch immer Lärm
1281 verbunden: sei es durch Fahrzeuge, Züge oder Flugzeuge. Die CDU Bremen wird daher
1282 verstärkt für einen aktiven Lärmschutz kämpfen. Insbesondere ist dabei auf eine Entlas-
1283 tung von bislang besonders stark durch Lärm betroffene Wohnviertel hinzuwirken. Die
1284 gesetzlichen Grenzwerte sind einzuhalten. Wir werden darauf achten, dass die Bahn AG
1285 endlich auch in Bremen und Bremerhaven alle modernen technischen und baulichen Mög-
1286 lichkeiten für einen effektiven Lärmschutz realisiert.

1287 1288 **b. Mobilität bedeutet Lebensqualität**

1289
1290 Gerade weil wir unsere Innenstädte und Stadtzentren als Handels- und Einkaufsgebiete
1291 weiter stärken wollen, müssen sie für alle unkompliziert, schnell und sicher erreichbar sein.
1292 Wir gehen davon aus, dass der Bedarf an individueller Mobilität weiter zunehmen wird.
1293 Vor diesem Hintergrund strebt die CDU Bremen für unsere beiden Städte eine an den tat-
1294 sächlichen Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtete Weiterentwicklung des
1295 Individualverkehrs an. Da Mobilität zunehmend ausdifferenzierter wird, ist es unser Anlie-
1296 gen eine bessere und leistungsfähigere Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger zu
1297 erzielen. Die Instandhaltung und der weitere Ausbau des Öffentlichen Personennahver-
1298 kehrs sowie die Etablierung anderer moderner Verkehrskonzepte (wie z.B. dem Elektro-
1299 Mobilitätskonzept) spielt dabei eine wesentliche Rolle. Allerdings gilt auch hier, dass alle
1300 Maßnahmen noch stärker als bislang am tatsächlichen Bedarf der Bevölkerung in der Met-
1301 ropolregion Bremen-Oldenburg ausgerichtet werden muss. Daher bedarf es einer besseren
1302 Abstimmung mit den Umlandgemeinden Bremens und Bremerhavens. Daneben gilt es die
1303 Bedingungen des nicht motorisierten Verkehrs zu verbessern. Der Ausbau und der Erhalt
1304 des Radwegenetzes sind dringend notwendig. Wir planen ein verbessertes Verkehrsmana-
1305 gement, durch das der nicht motorisierte und der motorisierte Verkehr besser aufeinander
1306 abgestimmt werden.

1307
1308 Die CDU Bremen hat sich zum Ziel gesetzt, Bremen zur Pilotregion für Elektromobilität
1309 auszubauen. Gerade in der Metropolregion Bremen/Oldenburg, in der häufig nur kurze
1310 Strecken zurückgelegt werden, wird dieser Zukunftstechnik eine wichtige Rolle zukom-
1311 men. Fahrzeuge mit elektrischen Antrieben bieten große Potenziale bei der Verringerung
1312 der Abhängigkeit von immer knapper werdenden fossilen Energieträgern sowie der Redu-
1313 zierung von Schadstoffen, CO₂-Emissionen und Lärm. Elektromobilität hat dabei nur dann
1314 Chancen auf eine nennenswerte Marktdurchdringung, wenn sie bezahlbar ist und von den

Jetzt das Richtige tun!

1315 Menschen keine unrealistischen individuellen Einschränkungen erfordert. Unsere Aufgabe
1316 ist es, für diese innovative Technik zu werben und sie zu fördern.

1317

1318 **c. Wachsende Städte**

1319

1320 Bremen und Bremerhaven erfüllen für ganz Nordwestdeutschland durch ihre zahlreichen
1321 herausragenden Einrichtungen seit langer Zeit umfängliche Oberzentrumsfunktionen. In
1322 einer vom raschen Wandel geprägten Zeit, stehen unsere Städte vor großen Herausforde-
1323 rungen. Die demographische Entwicklung führt schon heute zu veränderten Anforderun-
1324 gen an die Wohnformen in den Stadtteilen. Bestehende und neu entstehende Quartiere
1325 wollen wir so entwickeln, dass in ihnen Wohnen, Arbeiten, Kinderbetreuung, Leben im Al-
1326 ter, Pflege von Angehörigen, Integration von Zuwanderern, Mehrgenerationenhäuser,
1327 gastronomisch und kulturelle Angebote deutlich besser als bislang miteinander verbunden
1328 werden können.

1329

1330 Die steigende Lebenserwartung der Bürgerinnen und Bürger erfordert daran angepasste
1331 barrierefreie Wohnungen. Auch bei der Gestaltung des öffentlichen Raums ist den Bedürf-
1332 nissen der älteren Generation verstärkt Rechnung zu tragen. So sollten abgesenkte Bord-
1333 steinkanten zur Vermeidung von Stürzen bei Straßen- und Wegebau obligatorisch sein. In
1334 generationenübergreifendem Wohnen oder anderen innovativen Wohnformen sehen wir
1335 eine große Chance, um Senioren ein selbstbestimmtes und aktives Leben im Alter zu er-
1336 möglichen.

1337

1338 Das Ziel unserer Wohnungspolitik ist es, in den unterschiedlichen Stadtteilen die soziale
1339 Ausgewogenheit zu sichern und konstante Bevölkerungsstrukturen zu schaffen. Hierfür
1340 muss vor allem die Ansiedelung von Familien mit Kindern gefördert werden, denn Familien
1341 bilden wie keine andere Bevölkerungsgruppe das Fundament eines jeden Stadtteils: sie
1342 beleben die Gemeinden und engagieren sich in Schulen, Kindergärten und Sportvereinen.

1343

1344 Vor diesem Hintergrund muss es das oberste Ziel sein, zu verhindern, dass immer mehr
1345 junge Familien in das niedersächsische Umland abwandern. Familien mit Kindern muss
1346 daher verstärkt die Bildung von Wohneigentum durch Neubau eines Eigenheims oder
1347 durch den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum aus dem Bestand ermöglicht wer-
1348 den. Dies gilt selbstverständlich für alle Formen urbanen Wohnens – ausdrücklich auch für
1349 hochwertiges Wohnen, da wir es schon aus fiskalischen Gründen nicht länger leisten kön-
1350 nen, dass viele gut ausgebildete und gut verdienende Beschäftigte eher in den Umland-
1351 gemeinden ansässig werden.

1352

1353 Zunehmend möchten die Menschen wieder in innerstädtischen Lagen wohnen, in unmit-
1354 telbarer Nähe zu ihrem Arbeitsplatz, zu Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie guter
1355 Infrastrukturanbindung. Möglichkeiten für urbanes Wohnen für Paare, Singles oder ältere
1356 Menschen, aber insbesondere für Familien wollen wir realisieren. Vorhandene Baulücken,
1357 Brach- und Leerflächen sollen daher zur Schaffung zusätzlicher stadtnaher Wohnquartiere
1358 genutzt werden. In unserem räumlich begrenzten Stadtstaat muss diese Vorgehensweise
1359 Vorrang vor der Neuausweisung von Flächen haben. Hierzu kann auch eine staatliche För-
1360 derung beitragen.

1361

1362 Die Sauberkeit der Städte und Quartiere ist für viele Menschen ein bedeutender Standort-
1363 faktor. Verwahrlosungstendenzen auf Straßen, bei Gebäuden und Grundstücke werden wir
1364 nicht hinnehmen. Insbesondere die Entstehung so genannter Schrottimmobilien führt zu
1365 einer inakzeptablen Abwertung der Umgebung und zu Wertverlusten von Immobilien. Zu-

Jetzt das Richtige tun!

1366 dem beeinträchtigen sie das Sicherheitsgefühl und die Lebensqualität der Menschen. Wir
1367 sind für eine schnelle Reinigung und Sanierung. Wer Farbschmierereien an öffentlichen
1368 und privaten Gebäuden hinterlässt, soll zur Säuberung herangezogen werden. Wir wollen,
1369 dass erweiterte Handlungsmöglichkeiten bei Beeinträchtigungen der öffentlichen Ord-
1370 nung z.B. durch Betrunkene, die Passanten am Hauptbahnhof anpöbeln, konsequent um-
1371 gesetzt werden. Ungeachtet der Hilfebedürftigkeit dieser Menschen beeinträchtigen sie in
1372 ihrem Zustand das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.

1373
1374 Wir wollen Bremen und Bremerhaven weiter zum Wasser hin öffnen und die Markenzei-
1375 chen „Stadt am Fluss“ bzw. „Stadt am Meer“ mit Leben füllen. Die Weiterentwicklung der
1376 Überseestadt bleibt auch für die nächsten Jahre eines der wichtigsten städtebaulichen Pro-
1377 jekte Bremens. Die CDU verfolgt das Ziel, die Innenstädte und die innenstadtnahen Viertel
1378 aufzuwerten, z.B. durch die Schaffung von neuen hochwertigen Einzelhandelsflächen. Dar-
1379 über hinaus sind wir uns bewusst, dass es verstärkter Anstrengungen bedarf, um Straßen,
1380 Geh- und Radwege und die Kanalisation dauerhaft in ihrem Bestand zu erhalten. Unsere
1381 Städte haben durch die vorhandenen Grünflächen einen besonderen Charme – dies gilt es
1382 zu erhalten, zu pflegen und weiter zu entwickeln.

1383
1384 Es gibt Bezirke, die unsere besondere Unterstützung benötigen. Diese Stadtteile sind häu-
1385 fig durch eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote sowie durch einen hohen Zuwan-
1386 dereranteil geprägt. Wir wollen sowohl durch bauliche Aufwertungen in den Quartieren,
1387 als auch durch Bildungs- und Sozialarbeit sowie Integrationsprojekte eine Aufwertung die-
1388 ser Quartiere erreichen.

1389 1390 **d. Energie - umweltschonend, zuverlässig und bezahlbar**

1391
1392 Unser Land braucht eine Energiepolitik, die sich an den Zielen der Wirtschaftlichkeit, Ver-
1393 sorgungssicherheit, Umwelt- und Sozialverträglichkeit orientiert. Das geht nur mit einem
1394 breiten Mix aus unterschiedlichen Energieträgern und -technologien. Perspektivisch sollen
1395 dabei die erneuerbaren Energien den Hauptanteil übernehmen. In der Energiepolitik be-
1396 darf es keiner ideologischen Ansätze, welche uns wichtiger Handlungsoptionen berauben,
1397 sondern einer vernunftorientierten Politik. Da fossile Energieträger nur begrenzt zur Ver-
1398 fügung stehen und die Kernenergie bisher nur unzureichend gelöste Probleme mit sich
1399 führt, ist der schonende und effiziente Energieverbrauch sowie eine stetige Steigerung des
1400 Anteils der erneuerbaren Energien Bedingung einer nachhaltigen Politik. Das Energiekon-
1401 zept der Bundesregierung weist dafür erstmals einen realistischen Weg auf: Bis 2050 soll
1402 der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung auf 80 Prozent auch in un-
1403 seren beiden Städten gesteigert werden. Die Metropolregion Bremen-Oldenburg soll nach
1404 unseren Vorstellungen bis dahin einen Überschuss an erneuerbaren Energien produzieren,
1405 der an dichter besiedelte Regionen Mitteleuropas abgegeben werden kann.

1406
1407 Die Energiewende bietet für unsere Region große Chancen. In der Stärkung der Windener-
1408 gie sehen wir eine unserer Hauptaufgaben. Bremerhaven hat sich bereits zu einem Kompe-
1409 tenzzentrum für Offshore-Windenergie entwickelt. Diesen Standort gilt es auszubauen
1410 und zu stärken. Um den Anschluss in dieser innovativen Branche nicht zu verpassen, muss
1411 Bremen gut aufgestellt sein. Weitere Verzögerungen bei dem Bau des Offshore-Terminals
1412 in Bremerhaven können wir uns nicht leisten. Die CDU Bremen wird sich daher mit Nach-
1413 druck für einen raschen Baubeginn einsetzen. Gleichzeitig wollen wir Anreize schaffen, um
1414 weitere Unternehmen der Windenergiebranche nach Bremen und Bremerhaven zu holen.
1415 Wie bei allen anderen Wirtschaftsbranchen, muss es auch und gerade im Bereich der
1416 Windkraftunternehmen Ziel bremischer Politik sein, die Unternehmenssitze und Entschei-

Jetzt das Richtige tun!

1417 dungsträger zu einer Ansiedlung in Bremen und Bremerhaven zu bewegen. Eine herausra-
1418 gende Bedeutung für die künftige Entwicklung der Offshore-Windkraft-Energie hat die
1419 Anbindung der Anlagen an die großen nationalen und internationalen Stromnetze. Zu-
1420 sammen mit unseren Parteifreunden in Niedersachsen setzt sich die CDU Bremen für die
1421 frühzeitige Realisierung entsprechender Stromtrassen von den norddeutschen Windparks
1422 in die Ballungszentren in Nordrhein-Westfalen und Süddeutschland ein.

1423
1424 Neben dem Ausbau und der Nutzung von regenerativer Energie kommt der Energieeinspa-
1425 rung bei der Erreichung unserer klimapolitischen Ziele eine besondere Bedeutung zu. Die
1426 CDU Bremen verfolgt daher das Ziel, das Wissen über die Energieeinsparpotentiale im pri-
1427 vaten, öffentlichen und wirtschaftlichen Bereich zu vergrößern. Das größte Einsparpoten-
1428 tial liegt dabei im Bereich der energetischen Gebäudesanierung. Hier liegt noch viel Arbeit
1429 vor uns. Insbesondere gilt es, bei den öffentlichen Gebäuden mit gutem Beispiel voranzu-
1430 gehen. Daneben wollen wir Anreize und Beratungsangebote für private Bauherren aus-
1431 bauen. Maßnahmen zu energieeffizientem Bauen müssen sich dabei für die Bürgerinnen
1432 und Bürger rechnen. Das heißt, die notwendige Investition muss durch die zu erwartenden
1433 Energieeinsparungen finanzierbar sein.

1434
1435 Eine rein ideologische Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze lehnen wir ab, da
1436 Bremen für einen Rückkauf der Netze weder die finanziellen Mittel noch das energiewirt-
1437 schaftliche Know-how hat. Für den Steuerzahler entstünde dadurch ein unkalkulierbares
1438 finanzielles Risiko bei einem kaum erkennbaren Nutzen.

1439
1440 Die CDU Bremen setzt sich für eine Beibehaltung der Strompreisprüfung als Instrument
1441 der Preiskontrolle ein, da ein echter Wettbewerb auf dem Strommarkt, der sich auch posi-
1442 tiv auf die Endverbraucher auswirkt, noch nicht entstanden ist. Nur so kann gewährleistet
1443 werden, dass Energie auch weiterhin bezahlbar bleibt. Ziel der Energiepolitik muss es dar-
1444 über hinaus sein, den Stromerzeugungsstandort Bremen zu sichern und auszubauen, um
1445 eine langfristig günstige Energieversorgung für die Bürger zu gewährleisten. Dies ist ein
1446 Beitrag zur Stärkung des bremischen Energieversorgers und erhält und schafft Arbeitsplät-
1447 ze.

1448 1449 **e. Umwelt- und Naturschutz in unseren Städten**

1450
1451 Die Bewahrung der Schöpfung und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sind das
1452 Fundament unserer Umweltpolitik. Sauberes Wasser, reine Luft, unbelastete Böden und
1453 störungsarme Naturräume sind die Voraussetzungen für eine hohe Lebensqualität. Für die
1454 Bremer CDU ist die Umweltpolitik eines der zentralen Politik- und Handlungsfelder der
1455 nächsten Jahre. Die Probleme durch den globalen Klimawandel werden immer drängender.
1456 Die ersten Auswirkungen sind bereits jetzt auch bei uns in Bremen und Bremerhaven zu
1457 beobachten: Stärkere und regelmäßig auftretende Sturmfluten, lange und trockene Perio-
1458 den im Sommer. Unsere Städte haben aufgrund ihrer geographischen Lage und der vor-
1459 handenen wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und technologischen Infrastruktur gute
1460 Voraussetzungen, um zukunftsfähige Produkte und Arbeitsplätze im Bereich Umwelt-
1461 schutz zu entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, umweltverträgliches Handeln durch Anrei-
1462 ze und Kosten von umweltschädlichem Handeln mit den Mechanismen des Marktes zu
1463 steuern. Dringend notwendig ist auch die Einbeziehung des Flugverkehrs in die Klima-
1464 schutzpolitik.

1465
1466 Als Kommunen eines „Bundeslandes am Meer“ sind Bremen und Bremerhaven dem Deich-
1467 und Küstenschutz zur Abwehr von Gefahren durch Gewässer besonders verpflichtet. Wir

Jetzt das Richtige tun!

1468 begrüßen ausdrücklich die Bereitstellung von Bundesmitteln zur Erhöhung der Deiche. Die
1469 in dem gemeinsam mit dem Land Niedersachsen erarbeiteten Generalplan Küstenschutz
1470 aufgezeigten Maßnahmen für einen mittel- und langfristig wirksamen Hochwasserschutz
1471 wollen wir konsequent umsetzen.

1472
1473 Für die CDU Bremen beginnt Umweltbewusstsein im Kopf und setzt entsprechende Erzie-
1474 hung und Bildung, auch in Kindergärten und Schulen, voraus.

1475
1476 Gerade als Großstadtpartei steht für die CDU fest, dass Wärmeschutz immer auch gleich-
1477 zeitig Klimaschutz ist. Energie zu sparen und effizienter zu nutzen, wollen wir intensiv för-
1478 dern. Dabei setzen wir auf regulative Eingriffe ebenso wie auf die Mechanismen des Mark-
1479 tes. Energieeinsparpotentiale bei Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebestand und bei
1480 Neubauvorhaben sind ebenso wie beim Einsatz von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen
1481 in Privathaushalten, im öffentlichen Bereich und in Unternehmen auszunutzen und durch
1482 entsprechende Förderung zu begleiten. Wir werden uns weiter für die Installation von
1483 Sonnenkollektoren auf Dachflächen öffentlicher Gebäude und für den Ausbau der Solar-
1484 energie einsetzen. Wir unterstützen die Realisierung des privatwirtschaftlich geplanten
1485 Wasserkraftwerks an der Weser. Deutschland hat sich verpflichtet, bis 2020 seine Treib-
1486 hausgasemissionen um mindestens 30 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Die CDU Bre-
1487 men setzt sich dafür ein, dass in Bremen und Bremerhaven die entsprechenden Maßnah-
1488 men ergriffen werden, um zu diesem ambitionierten Ziel einen Beitrag zu leisten. Dement-
1489 sprechend benötigen wir eine lokale Agenda „Klimaschutz“. Das Einsparen von Energie, die
1490 Erhöhung der Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien sind die tragende
1491 Säule unserer Politik für den Klimaschutz.

1492
1493 Mit der Modellregion Elektromobilität sind Bremen und Bremerhaven führend in der Ent-
1494 wicklung intelligenter Mobilitätskonzepte der Zukunft. Für die nachhaltige und energie-
1495 sparende Kurz-Strecken-Mobilität kommt Elektroautos eine entscheidende Bedeutung zu.
1496 Gleichzeitig können die eingesetzten Batterien als Pufferspeicher, insbesondere für Offs-
1497 hore-Windenergie dienen. Wir wollen hierzu u.a. folgende Rahmenbedingungen realisie-
1498 ren: Einheitliche technische Standards bei den Ladeeinrichtungen, Anreize für den Um-
1499 stieg auf Elektrofahrzeuge (z.B. Kfz-Steuerfreiheit, besondere Parkflächen und Fahrspuren
1500 für Elektrofahrzeuge, Ladestationen auf öffentlichen Parkflächen).

1501
1502 Die CDU Bremen will eine Klima- und Umweltpolitik, welche der Verantwortung für unsere
1503 Nachkommen gerecht wird und auch in sozialer und ökonomischer Hinsicht die Bedürfnis-
1504 se jetziger und zukünftiger Generationen beachtet. Dabei darf Klimapolitik nicht zu einer
1505 Ansammlung von staatlichen Verboten und Regulierungen werden. Der Staat sollte viel-
1506 mehr Impulse und Rahmenbedingungen setzen. Wir wollen die Instrumente unserer Sozia-
1507 len Marktwirtschaft dazu nutzen, wirtschaftliche Effizienz und die Bewahrung der natürli-
1508 chen Lebensgrundlagen miteinander in Einklang zu bringen.

1509
1510 Wichtiger Bestandteil von Umweltschutz ist eine moderne Entsorgung und Aufarbeitung
1511 von Müll und Abwasser. Der Ressourcenschutz wird im Mittelpunkt unserer Umweltpolitik
1512 stehen. Abfälle vermeiden – verwerten – beseitigen: Nach diesem Grundsatz soll in Bre-
1513 men mit Abfällen verfahren werden. Abfälle sind wertvolle Rohstoffe, die effektiv genutzt
1514 werden können. Es ist daher unser Ziel, eine nachhaltige Abfallwirtschaft mit modernen
1515 und effizienten Abfallbehandlungstechniken in Bremen zu schaffen. Eine Rekommunalisie-
1516 rung der Abfallverwertung lehnen wir dabei ab.

1517

1518 Trotz vielfacher nationaler und internationaler Gegenmaßnahmen schwindet die Biodiver-
1519 sität weltweit in dramatischem Ausmaß. Der Verlust der Vielfalt ist Besorgnis erregend.
1520 Für uns Menschen bedeutet die Natur auch die Grundlage unserer Existenz. Die CDU Bre-
1521 men setzt sich deshalb verstärkt für den Schutz der biologischen Vielfalt ein. Die nicht
1522 zwingend notwendige Versiegelung von Grünflächen gilt es daher zu vermeiden. Auch
1523 halten wir es für notwendig, zum Schutz bedrohter Tierarten regulierend einzugreifen. So
1524 spricht sich die CDU beispielsweise für eine Aufhebung der Abschussbeschränkungen für
1525 Krähen aus, da deren Überpopulation insbesondere zu einem Zurückdrängen heimischer
1526 Singvögel führt. Generell wollen wir eine Novellierung des Landesjagdgesetzes in Anleh-
1527 nung an die in Niedersachsen beschlossenen Regelungen. Das neue Gesetz soll sowohl den
1528 Erfordernissen des Arten- und Naturschutzes genügen als auch die Belange von Jagd und
1529 Jägern berücksichtigen.

1530

1531

1532

1533 **5. Sicher leben!**

1534

1535 Sicheres Leben ist ein zentrales Anliegen aller Bürgerinnen und Bürger unserer Städte.
1536 Darüber hinaus ist die Innere Sicherheit ein wesentlicher Standortfaktor. Die CDU Bremen
1537 steht für eine umfassende Bekämpfung aller Kriminalitätsformen und akzeptiert weder
1538 rechtsfreie Räume noch die Bagatellisierung von Straftaten. Wir treten daher für eine kon-
1539 sequente Bekämpfung der Gewalt- und Alltagskriminalität ebenso ein, wie für ein Ein-
1540 schreiten gegen politischen und religiösen Extremismus, Umweltstraftaten, Wirtschafts-
1541 kriminalität, Steuerstraftaten und Korruption. Ein besonderer Schwerpunkt unserer Arbeit
1542 wird die nachhaltige Bekämpfung der Jugendgewalt sein.

1543

1544 Wir wollen eine hohe Polizeipräsenz auf den Straßen, um die damit verbundene Abschre-
1545 ckung von möglichen Straftätern zu gewährleisten und das Sicherheitsgefühl unserer Bür-
1546 gerinnen und Bürger zu erhöhen. Die Polizei muss personell und von der technischen Aus-
1547 stattung her in der Lage sein, auf besondere Problemlagen zu reagieren. Wir treten für
1548 eine Zielzahl von 2.600 Polizeibeschäftigten in Bremen und 480 Polizeibeschäftigten in
1549 Bremerhaven ein. Die schnelle Einführung des Digitalfunks bei der Polizei halten wir für
1550 erforderlich, damit Kriminelle nicht mittels einfachster Technik den Funk der Polizei abhö-
1551 ren können und sich dadurch dem unmittelbaren Zugriff entziehen können. Ein leistungs-
1552 starkes Vorgangsbearbeitungssystem für die Polizei im Land Bremen muss endlich bereit-
1553 gestellt werden, damit der Datenaustausch mit anderen Bundesländern und dem Bund
1554 gewährleistet wird.

1555

1556 Wir sehen uns als Partner und Fürsprecher der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der
1557 Polizei, den Feuerwehren, im Rettungsdienst und im Katastrophenschutz sowie dem Lan-
1558 desamt für Verfassungsschutz. Der zunehmenden Gewalt gegen Polizeibeamte muss kon-
1559 sequenter als bisher entgegen gewirkt werden.

1560

1561 **a. Kriminalität bekämpfen - Prävention stärken**

1562

1563 Bei der Kriminalitätsbelastung pro Einwohner gehören Bremen und Bremerhaven weiter-
1564 hin zu den am stärksten belasteten Großstädten Deutschlands. Bei den Diebstählen in be-
1565 sonders schweren Fällen nimmt die Stadtgemeinde Bremen im Vergleich der zwölf größ-
1566 ten Großstädte sogar einen unrühmlichen Spitzenplatz ein. Im Vergleich zu Stuttgart ist
1567 die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Diebstahls im besonders schweren Fall zu werden, in

Jetzt das Richtige tun!

1568 Bremen fünfmal höher. Demgegenüber liegt die Aufklärungsquote von Straftaten mit 48,9
1569 Prozent leider weiterhin deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

1570

1571 Die CDU Bremen will Straftaten verhindern, bevor sie begangen werden. Prävention ist
1572 unser zentrales Anliegen. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die die Zivilcoura-
1573 ge jedes Einzelnen voraussetzt. Im Gegensatz zu der leider allzu verbreiteten Angewohn-
1574 heit des Wegsehens wollen wir Bremen und Bremerhaven zu „Städten des Hinschauens“
1575 entwickeln. Das nachbarschaftliche Umfeld kann in vielen Fällen einen Beitrag leisten,
1576 neue kriminelle Strukturen in den einzelnen Stadtteilen erst gar nicht entstehen zu lassen.
1577 Polizeiliche Präsenz, Präventionsräte unter Beteiligung der Beiräte vor Ort, eine verbesserte
1578 Information über Kriminalitätsbrennpunkte in Stadtteilen, Kontaktbeamte in Kindergär-
1579 ten und Schulen sind wichtige Bausteine. Auch die sicherheitstechnische Vorsorge bei Ge-
1580 bäuden aller Art und die Berücksichtigung des Schutzes und der Verkehrssicherheit für die
1581 Bürger bei der Stadtplanung muss diesbezüglich mit einbezogen werden. Im Rahmen der
1582 Prävention sind auch neue Erkenntnisse, wie der Einsatz künstlicher DNA bei der dauer-
1583 haften Markierung von Gegenständen, zu nutzen.

1584

1585 Die CDU Bremen setzt sich für die Videoüberwachung an erkennbaren Kriminalitäts-
1586 brennpunkten ein. Insbesondere stehen wir für eine Beibehaltung der Videoüberwachung
1587 an öffentlichen Plätzen, wie dem Bahnhofsvorplatz und der Discomeile in Bremen. Die Vi-
1588 deoüberwachung schafft mehr Sicherheit. Durch ihre abschreckende Wirkung schafft sie
1589 ein wirksames Mittel zur Verhinderung von Straftaten und steigert zugleich die Aufklä-
1590 rungsmöglichkeiten bei begangenen Straftaten. Wir wollen bestehende Angsträume z.B.
1591 an Haltestellen oder in öffentlichen Verkehrsmitteln durch eine verbesserte Videoüberwa-
1592 chung und verstärktes Begleiten durch Sicherheitskräfte sicherstellen. Ein konsequentes
1593 Alkoholverbot in allen Verkehrsträgern des ÖPNV werden wir durchsetzen.

1594

1595 Wir wollen neue Formen der Kriminalitätsbedrohung wie z.B. der Internet-Kriminalität, der
1596 Kinderpornografie und der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität wirksam be-
1597 gegnen, indem wir Polizei und Justiz personell und technisch gut ausstatten sowie lokal,
1598 national und international ausrichten. Hier wollen wir uns auf europäischer Ebene für Er-
1599 leichterungen bei der internationalen Rechtshilfe einsetzen. Wir nutzen unseren politi-
1600 schen Einfluss, um Polizeirecht, Strafrecht und Strafprozessrecht an die Herausforderun-
1601 gen einer sich wandelnden Gesellschaft anzupassen. Wir werden uns über den Bundesrat
1602 für die zügige Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Vorratsdatenspeicherung einset-
1603 zen. Auch wollen wir die richterlich angeordnete Telefonüberwachung zur Gefahrenab-
1604 wehr im Bremischen Polizeigesetz verankern.

1605

1606 Die CDU Bremen wendet sich gegen jede Form von politischem oder religiösem Extremis-
1607 mus. Eine Beteiligung von Extremisten an der Regierungsverantwortung muss mit allen
1608 demokratischen und rechtsstaatlichen Mitteln verhindert werden. Die CDU Bremen tritt
1609 gleichermaßen Rechts- wie auch Linksextremismus entschlossen entgegen. Der Radikali-
1610 sierung junger Menschen muss durch geeignete Programme und Aufklärung entgegenge-
1611 wirkt werden. Wir setzen uns für Aussteigerprogramme für Extremisten ein. Hierbei sind
1612 insbesondere die Verfassungsschutzbehörden aufgerufen, ihre Erkenntnisse offensiver als
1613 bisher zu nutzen und durch Informationsveranstaltungen über die Inhalte extremistischen
1614 Gedankenguts aufzuklären.

1615

1616 Die Gefahren des internationalen Terrorismus durch islamistisch motivierte Terroristen
1617 betreffen auch uns in Bremen und Bremerhaven unmittelbar. Deutschland hat sich vom
1618 Ruhe- und Vorbereitungsraum über den so genannten Gefährdungsraum zum Handlungs-

Jetzt das Richtige tun!

1619 raum für Terroristen entwickelt. Die CDU tritt dafür ein, dass die Terrorismusbekämpfung
1620 und der Verfassungsschutz stärker als bisher beim Bund konzentriert werden. Wir setzen
1621 uns dafür ein, dass verurteilte ausländische Extremisten schnell und konsequent in ihre
1622 Heimatländer zurückgeführt werden.

1623
1624 Wir wollen kriminelle Gruppen, wie ethnische Clans und Outlaw Motocycle Gangs (OMCG)
1625 stärker bekämpfen durch effektive Strukturen, wie flexible Ermittlungsgruppen und Son-
1626 derdezernate der Staatsanwaltschaft sowie eine verbesserte Zusammenarbeit der zustän-
1627 digen Ressorts. Eine Erhebung aus dem Jahr 2009 hat ergeben, dass in der Stadtgemeinde
1628 Bremen allein aus 45 Hoch-Risiko-Familien 191 Tatverdächtige stammen, die wiederum
1629 bei 5.779 Tatbeteiligungen als Tatverdächtige gelten. Wir treten dafür ein, bei erwachse-
1630 nen, ausländischen Intensivtätern neben strafrechtlichen in aller Regel auch ausländer-
1631 rechtliche Maßnahmen zu ergreifen, um sie in ihre Heimatländer zurückzuführen. Das
1632 Verhalten krimineller Gruppen darf keinen Nährboden für die weitere Ansiedlung von kri-
1633 minellen Clans bieten, die weder das Rechtssystem noch die Gesetze beachten.

1634
1635 Für die CDU steht Opferschutz stets vor Täterschutz. Wir wollen Prävention wo möglich
1636 und Repression wo nötig. Vor diesem Hintergrund wollen wir den Opferschutz weiter
1637 verbessern. Wir fordern einen Opferschutzbeauftragten, der gefährdete Zeugen unter-
1638 stützt und Maßnahmen koordiniert.

1639
1640 Kriminalitätsentwicklungen finden hohe öffentliche Aufmerksamkeit und Beachtung. Die
1641 Frage, ob in bestimmten regionalen Bereichen z. B. vermehrt Wohnungs- oder
1642 Geschäftseinbrüche, KFZ-Aufbrüche, Raubüberfälle auf der Straße oder Trickdiebstähle
1643 begangen werden, ist für die betroffenen Bürger/-innen von elementarer Bedeutung. Die
1644 Aufklärung darüber dient sowohl der Prävention als auch der Aufklärung, da die Bürger/-
1645 innen bei entsprechender Sensibilität viel aufmerksamer sind und gegebenenfalls die
1646 Polizei benachrichtigen. Wir fordern daher, die im Land Bremen stattfindende Kriminalität
1647 sowie Kriminalitätsentwicklung für einzelne Stadtteile bei Beachtung der
1648 datenschutzrechtlichen Bestimmungen mit Angabe der Tatorte, Tatzeiten und
1649 Deliktsformen einmal wöchentlich in geeigneter Form für die Bürger/-innen offenzulegen
1650 und frühzeitig durch gezielte polizeiliche Maßnahmen dieser Entwicklung
1651 entgegenzuwirken.

1652
1653 Ein besonderes Augenmerk gilt der Bekämpfung des Drogenhandels, da er Ursache und
1654 Ausgangspunkt für zahlreiche Straftaten ist und erhebliche soziale Folgeprobleme mit sich
1655 bringt. Ein Großteil der Diebstähle, Raubüberfälle, Wohnungseinbrüche und Kfz-Aufbrüche
1656 ist auf Beschaffungskriminalität zurückzuführen. Drogensüchtige sind krank und benöti-
1657 gen in erster Linie medizinische und effektive therapeutische Hilfe. Das Sicherheitsgefühl
1658 aller Bremer leidet unter einer offenen Drogenszene. Obwohl die Szene weitgehend be-
1659 kannt ist, haben die eingesetzten Maßnahmen nicht zu einer Verringerung der Drogen-
1660 sucht und -kriminalität geführt. Neben der Bekämpfung der offenen Drogenszene fordert
1661 die CDU Bremen insbesondere die konsequente strafrechtliche Verfolgung der Hinter-
1662 männer. Mit uns wird es keine Legalisierung von Fixerstuben und keine staatliche Abgabe
1663 illegaler Drogen geben.

1664
1665 Ein wichtiger Teilbereich der Bekämpfung der Drogenkriminalität stellt auch der Schutz
1666 der Kinder und Jugendlichen dar. Es kann nicht sein, dass Kinder von ihren drogensüchti-
1667 gen Eltern mit Drogen ruhig gestellt werden. Deswegen fordern wir, dass stärker kontrol-
1668 liert wird, inwieweit Kinder unter der Drogensucht ihrer Eltern leiden. Das Frühwarnsys-
1669 tem und die Kontrollmechanismen müssen im Sinne eines präventiven Ansatzes verstärkt

Jetzt das Richtige tun!

1670 werden. Weiter muss auch eine bessere Beratung, Unterstützung und Begleitung der El-
1671 tern durch die zuständigen Behörden erfolgen.

1672

1673 Die CDU Bremen steht für eine bessere und umfassendere Bekämpfung der Jugendkrimi-
1674 nalität. Zwar geht nach offiziellen Statistiken die Jugendkriminalität in Deutschland und
1675 auch in Bremen zurück, allerdings muss konstatiert werden, dass es zu einer Verschiebung
1676 von den leichteren Delikten zu Gewaltdelikten gekommen ist.

1677

1678 Aufgrund der zunehmenden Gewaltbereitschaft jugendlicher Straftäter ist dringend ein
1679 frühzeitiges Einschreiten, die Konfrontation mit staatlicher Autorität und das Aufzeigen
1680 von Grenzen notwendig, um ein Abrutschen in kriminelle Karrieren zu verhindern. Beson-
1681 derer Aufmerksamkeit bedarf der Umgang mit Intensiv- und Schwellentätern, d.h. solchen,
1682 die auf der Kippe zu einer kriminellen Karriere stehen. Hierbei sehen wir ressortübergrei-
1683 fendes Handeln von Polizei, Justiz und sozialen Diensten, wie es auch das Handlungskon-
1684 zept „Stopp der Jugendgewalt“ vorsieht, als einen wichtigen Ansatzpunkt an. Allerdings
1685 greift das Konzept zu kurz. Die datenschutzrechtliche Bestimmungen sind so anzupassen,
1686 dass der Austausch von personenbezogenen Daten möglich ist, um z.B. bei Fallkonferen-
1687 zen nachhaltige Lösungen zu erzielen. Dies darf nicht davon abhängig gemacht werden, ob
1688 die Einwilligung des jeweils Betroffenen vorliegt. Datenschutz darf nicht zum Täterschutz
1689 werden.

1690

1691 Wir wollen die beteiligten Behörden personell so ausstatten, dass ihnen ein zeitnahes und
1692 wirkungsvolles Handeln ermöglicht wird. Wir akzeptieren nicht, dass bei der Staatsanwalt-
1693 schaft Bremen gerade in der Jugendabteilung Dezernate unbesetzt bleiben, solange die
1694 durchschnittliche Verfahrensdauer immer noch erheblich über dem Bundesdurchschnitt
1695 liegt. Dies wird dem im Jugendstrafrecht geltenden Beschleunigungsgebot nicht gerecht.
1696 Bei der Polizei fehlen allein zur Umsetzung des Handlungskonzeptes „Stopp der Jugend-
1697 gewalt“ leider weiterhin dringend notwendige Mitarbeiter. Die im Rahmen der Polizeire-
1698 form festgelegte Zielzahl von 2.600 Vollzeitstellen ist gegenwärtig weit unterschritten.
1699 Eine unmittelbare Folge hiervon ist, dass Maßnahmen noch nicht vollständig umgesetzt
1700 werden konnten und unser Bundesland eine vergleichsweise niedrige Aufklärungsquote
1701 aufweist.

1702

1703 Im Jugendstrafrecht stehen wir zu dem Grundsatz „Erziehung vor Strafe und Prävention
1704 vor Sanktion“. Eine Jugendstrafe muss der Reintegration des Jugendlichen dienen. Es be-
1705 darf daher effektiver Konzepte, die den Jugendlichen eine Perspektive bieten. Wer etwa in
1706 einer Ausbildung beschäftigt wird, der begeht weniger Straftaten. U.a. aus diesem Grund
1707 muss eine Lehrstellenoffensive stattfinden. Zahlreiche Untersuchungen verweisen darauf,
1708 dass Jugendliche mit Gewalterfahrungen und geringer sozialer und beruflicher Perspektive
1709 sehr viel schneller in die Kriminalität abdriften. Insbesondere bei schlecht integrierten Ju-
1710 gendlichen ist dies der Fall. Durch strafrechtliche Intervention können soziale Probleme
1711 nicht gelöst werden. Entscheidend ist somit auch eine Verbesserung der Chancen der Ju-
1712 gendlichen auf soziale Teilhabe. Sozialpolitische Maßnahmen können der Entwicklung
1713 krimineller Karrieren entgegen wirken. Schulvermeidung ist einer der Bedingungsfaktoren
1714 für Jugendkriminalität. Wir setzen uns daher für konsequente und wirkungsvolle Maßnah-
1715 men ein, um Schulvermeidung zu verhindern. Dazu gehören neben Aufklärung von Eltern
1716 und Schülern in letzter Konsequenz auch die Begleitung von Schulschwänzern zur Schule
1717 bzw. die Verhängung von Sanktionen gegen die Eltern.

1718

1719 Bei Ersttätern wird es in der Regel ausreichen, ihnen ihr verübtes Unrecht durch erzieheri-
1720 sche Maßnahmen deutlich vor Augen zu führen. Zudem setzen wir uns für die konsequen-

Jetzt das Richtige tun!

1721 te Umsetzung der geltenden Bestimmungen des Jugendstrafrechts ein. Es bietet grund-
1722 sätzlich ausreichende und angemessene Möglichkeiten zur flexiblen Verfahrensgestaltung
1723 und zur differenzierten Reaktion und Sanktionierung bei Straftaten junger Menschen. Es
1724 kann nicht angehen, dass die Verurteilungsquote im Bundesdurchschnitt fast dreimal so
1725 hoch ist wie in Bremen. Wir wollen, dass auch in unserem Bundesland verstärkt die An-
1726 wendung von Erwachsenenstrafrecht bei Heranwachsenden geprüft wird. Gleiche Rechte,
1727 wie z.B. das Wahlrecht, müssen auch gleiche Pflichten nach sich ziehen.

1728
1729 Darüber hinaus treten wir für einen sog. „Warnschussarrest“ ein. Es muss die gesetzliche
1730 Möglichkeit geschaffen werden, neben der Verhängung von Bewährungsstrafen einen Ar-
1731 rest zu verhängen, damit delinquente Jugendliche einen Eindruck davon bekommen, was
1732 die Folgen weiterer Straftaten sein können.

1733
1734 Im Jugendhilferecht wollen wir neue Reaktionsmöglichkeiten schaffen, die straffällige Kin-
1735 der und deren Eltern stärker in die Pflicht nehmen. Notorische Mehrfachtäter, bei denen
1736 erzieherische Maßnahmen nicht mehr greifen, müssen als *ultima ratio* in geschlossenen
1737 Heimen untergebracht werden.

1738
1739 An der Personalstärke der Feuerwehr Bremen ist festzuhalten. Insbesondere darf die Per-
1740 sonalzielzahl der Berufsfeuerwehr von 500 nicht unterschritten werden. Kürzungen in die-
1741 sem Bereich lehnen wir ab. Zu dem gehört eine, dem Fortschritt anzupassende Ausstat-
1742 tung in der technischen und persönlichen Ausstattung und bei den Liegenschaften zur
1743 Selbstverständlichkeit. Dies gilt sowohl für die hauptamtlichen als auch für die ehrenamtli-
1744 chen Kräfte bei den Freiwilligen Feuerwehren. Die über 700 ehrenamtlichen Kräfte sind als
1745 Unterstützung und Ergänzung zur Berufsfeuerwehr sowie bei der Mitwirkung im Katastro-
1746 phenschutz eine unverzichtbare Größe unseres Landes.

1747
1748 Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Förderung der Jugendfeuerwehren. Sie gel-
1749 ten seit Jahren als Nachwuchsorgan für die Freiwilligen Feuerwehren oder in vielen Fällen
1750 auch danach für die Berufsfeuerwehr. Gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel
1751 und dem sich schnell ändernden Freizeitverhalten der Jugendlichen muss alles versucht
1752 werden, um die Jugendfeuerwehr auch für die Zukunft attraktiv zu gestalten.

1753

b. Schlagkräftige Justiz

1754

1755
1756 Wir setzen uns für eine schnelle und durchsetzungsfähige Justiz ein. Mit zügigen Prozes-
1757 sen und angemessenen Strafen wollen wir das Sicherheits- und Gerechtigkeitsempfinden
1758 der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land erhöhen. Wir stehen für gerechte und
1759 schnelle Strafen, weil die Sicherheit der Bevölkerung und Rechtsklarheit für uns an erster
1760 Stelle stehen. Um auch weiterhin auf hohem Niveau arbeiten zu können, ist die Justiz in
1761 Bremen auf eine angemessene finanzielle und personelle Ausstattung angewiesen. Für die
1762 CDU Bremen sind Resozialisierung im Strafvollzug und Schutz der Bevölkerung vor Straf-
1763 tätern wichtige Ziele. Den Schutzinteressen der Allgemeinheit ist stärker als bisher Rech-
1764 nung zu tragen. Vor dauerhaft gefährlichen, nicht resozialisierbaren Straftätern muss die
1765 Gesellschaft dauerhaft geschützt werden. Schwere kriminelle ausländische Straftäter sind,
1766 sofern ausländerrechtlich und tatsächlich möglich, in ihre Heimatländer abzuschieben.

1767

1768 Die CDU Bremen will einem Übermaß an gesetzlichen Regelungen entgegenwirken und
1769 auch die geltenden Vorschriften auf ihre Notwendigkeit und Dauer überprüfen. Dies ent-
1770 lastet sowohl die Bürger als auch die Wirtschaft. Mit der Einführung eines Nationalen
1771 Normenkontrollrats auf Bundesebene (sogenannter „Bürokratie-TÜV“) auf Initiative der

Jetzt das Richtige tun!

1772 CDU ist der Bürokratieabbau einen großen Schritt vorangekommen. Wir treten dafür ein,
1773 dass auch in Bremen alle Gesetzentwürfe durch geeignete Verfahren auf ihre Folgen, ins-
1774 besondere entstehende Kosten für Bürger, Wirtschaft und Steuerzahler, überprüft werden.
1775 Die Justiz muss sich auch hinsichtlich ihrer inneren Organisation und Arbeitsweise dem
1776 nationalen und internationalen Vergleich stellen. Der in Bremen mit der Einführung von
1777 Personalentwicklungs- und Benchmarkingprojekten begonnene Prozess der Qualitätssi-
1778 cherung ist daher unter Beachtung der verfassungsrechtlich garantierten Unabhängigkeit
1779 der Richter konsequent fortzuführen und umzusetzen. Daneben tritt die CDU Bremen für
1780 eine Verbesserung der Juristenausbildung, der Personalauswahl und des Personalmana-
1781 gements im Justizbereich ein. Fortbildungsmöglichkeiten sind zu verbessern.

1782
1783 Wir wollen die Verfahrensdauer auf allen Ebenen senken, um die Menschen nicht durch
1784 übermäßig lange Verfahrensdauer zu belasten. Insbesondere sind für uns die Verfahrensdauern
1785 bei der Durchsetzung privatrechtlicher Ansprüche (Wartezeiten auf einen Termin
1786 beim Gerichtsvollzieher) nicht akzeptabel. Wir wollen eine Verkürzung der Verfahrensdauern.
1787 Die Einrichtungen müssen ein echtes Arbeitsangebot vorhalten. Wer die Vergünstigung
1788 des Abarbeitens nicht annimmt, sollte unverzüglich ohne weiteren Aufschub seine
1789 Ersatzfreiheitsstrafe antreten.

1790
1791 Wir begrüßen es, dass es auf Bundesebene gelungen ist, eine Regelung für die Sicherungsverwahrung
1792 von schweren Gewalt- und Sexualtätern zu finden. Zusammen mit dem unterstützenswerten
1793 Konzept „HEADS“ (Haftentlassenendatei Sexualtäter) ist damit ein großer Schritt getan,
1794 die Bevölkerung vor weiter gefährlichen verurteilten Gewalt- und Sexualtätern zu schützen.
1795 Wir vertreten darüber hinaus die Auffassung, dass ein Bewährungsversagen von auf
1796 Bewährung Verurteilten stärker als bislang Konsequenzen haben muss. Die Möglichkeiten,
1797 die die Strafprozessordnung bietet, sind konsequent auszuschöpfen. Für uns haben die
1798 Sicherheitsinteressen der Bevölkerung im Zweifelsfall Vorrang vor den Einzelinteressen
1799 des Straftäters.

1800
1801 Wir treten für die Schaffung eines der niedersächsischen Regelung entsprechenden bremischen
1802 Maßregelvollzugsgesetzes ein, damit Lockerungen im Maßregelvollzug nicht ohne
1803 das Einverständnis der Staatsanwaltschaft erfolgen kann.

1804
1805 Wir begrüßen die bestehende gerichtsinterne und außergerichtliche Streitschlichtung, für
1806 die sich die Parteien freiwillig entscheiden können, um an Stelle eines kostenintensiven
1807 Gerichtsverfahrens mit Hilfe eine Schlichterinteressengerechte Lösungen zu finden. Wir
1808 wollen den sehr erfolgreich betriebenen Täter-Opfer-Ausgleich und das angeschlossene
1809 Stalking-Kriseninterventionsteam weiterhin unterstützen und absichern.

1810
1811 Wir wollen den Opferschutz verbessern und einen unabhängigen ressortübergreifenden
1812 Opferschutzbeauftragten schaffen. Dazu gehört eine verbesserte Betreuung und ein besserer
1813 Schutz von Opfern im Strafverfahren. Wir wollen insbesondere die psychosoziale
1814 Betreuung von Opfern verbessern und die Finanzierung von Opferhilfeeinrichtungen auf
1815 eine gesicherte Grundlage stellen. Insbesondere gefährdeten Zeugen und minderjährigen
1816 Opfern wollen wir den Rücken stärken. Mehrfachvernehmungen von Geschädigten sollten
1817 möglichst vermieden werden, um eine Retraumatisierung der Opfer durch das Verfahren
1818 zu vermeiden. Wir wollen die bestehenden Opferhilfeeinrichtungen besser koordinieren
1819 und einen Opferhilfeleitfaden entwickeln. Dieser soll den Opfern von Straftaten Unterstützung
1820 bei der Auswahl der für sie geeigneten Opferhilfeeinrichtungen geben und sie über ihre
1821 Rechte aufklären. Wir wollen Standards für eine Verbesserung des Opferschutzes
1822 in Strafverfahren festlegen. Die Geschädigten von Straftaten sollen besser als bisher bei

Jetzt das Richtige tun!

1823 der Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen und Schmerzensgeld unterstützt werden. Wir wollen den Opferschutz verstärkt in die Aus- und Fortbildung von Polizeibeamten
1824 und Justizangehörigen einbeziehen.
1825

1826
1827 Gleichzeitig wollen wir die Resozialisierungsangebote im Strafvollzug verbessern. Es soll
1828 zwischen Betreuung, Förderung und Therapie unterschieden werden. Die Behandlung im
1829 Justizvollzug muss mit systematischen Wirksamkeits- und Erfolgskontrollen verknüpft
1830 werden. Wir fordern eine selbst verantwortete Mitarbeit der Gefangenen konsequent ein.
1831 Fehlende Mitarbeit darf nicht ohne Folgen bleiben. Wir halten an der bisher im Strafvoll-
1832 zugsgesetz normierten Arbeitsregelung für die Gefangenen fest. Zusätzlich wollen wir ihre
1833 Bedeutung stärken. Die Arbeit soll in den Mittelpunkt des Tagesablaufs der Gefangenen
1834 gestellt werden. Besuche von Angehörigen und Vollzugslockerungen sollen außerhalb der
1835 Arbeitszeit stattfinden. Lediglich für intensive soziale oder therapeutische Maßnahmen
1836 sind Ausnahmen von der Arbeitspflicht zu machen. Eine Berufsausbildung muss soweit wie
1837 möglich gefördert werden und geht, wenn sie der Erreichung des Vollzugsziels dient, ei-
1838 nem Arbeitseinsatz voran.
1839

1840 Wir wollen Bremen zum Justizzentrum im Nordwesten mit fachgerichtlichen Zuständigkei-
1841 ten, die über das Gebiet des Landes hinausgehen und in das Umland und die Metropolre-
1842 gion wirken, entwickeln. Wir wollen darüber hinaus prüfen lassen, inwieweit die Zusam-
1843 menlegung der Oberlandesgerichte sowie der Generalstaatsanwaltschaften Bremen und
1844 Oldenburg zu weiteren Synergieeffekten und Kosteneinsparungen führen kann. So können
1845 andere von uns geforderte bürgernahe Verbesserungen in der Kriminalitätsbekämpfung
1846 umgesetzt werden.
1847

c. Neue Medien nutzen - Datenschutz stärken

1848
1849
1850 Für die CDU Bremen ist Radio Bremen als Rundfunkanstalt in der ARD ein wichtiger Be-
1851 standteil der regionalen und überregionalen Medienlandschaft. Nach der Umstrukturie-
1852 rung, der Etablierung eines neuen trimedialen Redaktionssystems und dem Umzug ins
1853 Faulenquartier stehen erhebliche Investitionen in digitale Produktions- und Sendetechnik
1854 an. Wir setzen uns dafür ein, dass Radio Bremen auch weiterhin genügend Luft hat, Pro-
1855 gramm zu machen und neue innovative Programmformate zu entwickeln. Deshalb wollen
1856 wir weiter eine Anhebung des ARD-Finanzausgleichs auf 1,5 Prozent.
1857

1858 Die CDU Bremen befürwortet das von der Rundfunkkommission der Länder beschlossene
1859 neue Finanzierungsmodell für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, das eine Abkehr von
1860 einer auf Empfangsgeräte bezogenen Gebühr zu einer einheitlichen „Haushaltsabgabe“
1861 vorsieht. Die jetzige Höhe der Rundfunkgebühr soll beibehalten werden. Wir setzen uns
1862 aber mit Nachdruck für eine Nachbesserung insbesondere für kleine und mittlere Betriebe
1863 ein: Die systemwidrige Abgabe auf nicht privat genutzte Kfz muss ganz entfallen und die
1864 Staffelung der Beiträge nach Mitarbeitern je Betriebsstätte gestreckt werden.
1865

1866 Neue Kommunikationsformen und Verbreitungswege haben uns deutlich vor Augen ge-
1867 führt, dass Kinder und Jugendliche den Umgang mit „neuen Medien“ insbesondere mit
1868 Social Networks lernen müssen. Dabei geht es in erster Linie nicht um technische Handha-
1869 bung, sondern vor allem um Aufklärung über mögliche Gefahren und Sensibilisierung für
1870 das Verhalten im Netz. Wir wollen Medienerziehung als festen Bestandteil in die Lehrpläne
1871 der Schulen aufnehmen. Die CDU Bremen wird sich für eine einheitliche und klare Kenn-
1872 zeichnungspflicht von Angeboten im Internet im Zuge der Beratungen über einen neuen

Jetzt das Richtige tun!

1873 Jugendmedienschutzstaatsvertrag einsetzen, die es Eltern durch technische Sperren er-
1874 laubt, den Zugriff auf bestimmte Inhalte mit einer lokalen Schutzsoftware zu sperren.

1875

1876 Der Handel mit privaten Kundendaten, die Ausspähung von Arbeitnehmern am Arbeits-
1877 platz, die Probleme bei der Einführung der Gesundheitskarte und des neuen Personalaus-
1878 weises sowie die Diskussion um die Erhebung und Nutzung von Geodaten durch Google
1879 Street View haben das Datenschutzbewusstsein gestärkt. Die CDU Bremen setzt sich für
1880 eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Bundesdatenschutzgesetzes ein, die der in-
1881 formationellen Selbstbestimmung verpflichtet ist. Dabei wollen wir die weitere Entwick-
1882 lung eines „digitalen Radiergummis“ unterstützen: Inhalte im Netz brauchen ein Verfalls-
1883 datum.

1884

1885 Der Datenhandel muss in geordnete Bahnen gelenkt werden. Eine Weitergabe persönli-
1886 cher Daten darf daher nur mit Zustimmung der Bürger geschehen. Die bestehenden Rege-
1887 lungen zur Telefonwerbung sind zu überarbeiten. Gleichwohl steht die CDU Bremen auf
1888 dem Standpunkt, dass der wirksamste Schutz vor dem Missbrauch die eigene Verantwor-
1889 tung des Bürgers ist, sorgsam mit seinen Daten umzugehen. Wir wollen, dass die Men-
1890 schen „Herren über ihre Daten bleiben“, das schließt insbesondere auch den Verkehr in
1891 sozialen Netzwerken ein. Es muss jedem unkompliziert möglich sein, eingestellte Informa-
1892 tionen wieder zu löschen.

1893

1894

d. Verbraucher schützen

1895

1896 Verbraucherpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Lebensbereiche betrifft: von der
1897 Lebensmittelsicherheit über den Anlegerschutz und den Schutz persönlicher Daten im In-
1898 ternet bis hin zu Fahrgastrechten. In einer immer komplexer werdenden Welt benötigen
1899 Verbraucher verlässliche Informationen und Transparenz, um kompetent und eigenver-
1900 antwortlich Entscheidungen treffen zu können. Wir setzen uns dafür ein, dass die Verbrau-
1901 cherrechte für den Schutz vor Täuschung und Irreführung zeitgemäß gestaltet werden.

1902

1903 Im Grundsatz liegt der Verbraucherschutz in der Zuständigkeit der Länder. Allerdings ist er
1904 als Rechtsgebiet nicht eindeutig abgrenzbar. Daraus ergibt sich ein erhöhter Koordinie-
1905 rungsbedarf. So berührte der jüngste Futtermittelskandal beispielsweise auch Fragen des
1906 Strafrechts, des Lebens- und Futtermittelrechts und des Tierschutzes. Hier liegt die Ge-
1907 setzgebungskompetenz beim Bund, der Vollzug jedoch bei den Ländern. Die CDU Bremen
1908 setzt sich daher für eine verstärkte Koordinierung über die Verbraucherschutzministerkon-
1909 ferenz des Bundes und der Länder (VSMK) sowie für eine Harmonisierung unterschiedli-
1910 cher Länderregelungen ein.

1911

1912 Die Lebensmittelqualität und -hygiene muss stets hohen Standards genügen. Der 14-
1913 Punkte-Aktionsplan, den die Verbraucherschutzminister von Bund und Ländern Anfang
1914 2011 als Reaktion auf den Dioxin-Skandal beschlossen haben, muss zügig umgesetzt wer-
1915 den. Dabei geht es vor allem um die Einführung einer Zulassungspflicht für Futtermittelbe-
1916 triebe, die Verbesserung der Überwachungssysteme und die Erhöhung des Strafrahmens
1917 für Futtermittelpanscher. Die CDU Bremen setzt sich dafür ein, dass der Lebensmittelü-
1918 berwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst Bremen (LMTVet) personell in die Lage
1919 versetzt wird, regelmäßig Kontrollen in Betrieben, Verkaufsstellen, Großküchen und Re-
1920 staurants durchzuführen. Herstellern oder Händlern, die vorsätzlich lebensmittelrechtliche
1921 Vorschriften umgehen und beispielsweise verdorbene Waren in den Verkehr bringen, muss
1922 die Zulässigkeit abgesprochen und die Betriebserlaubnis entzogen werden. Wir wollen den

Jetzt das Richtige tun!

1923 Informationsaustausch zwischen den staatlichen Stellen der Lebensmittelüberwachung
1924 und Lebensmittelkontrolle verbessern.

1925

1926 Wir setzen uns für die Förderung eines bewussten Lebensmittelkonsums ein. Die Verbrau-
1927 cherinnen und Verbraucher müssen in Lebensmittelfragen besser aufgeklärt werden. Die
1928 Aufklärung muss bereits in den Kindergärten und Schulen beginnen. Die CDU Bremen will
1929 unabhängige Verbraucherberatung und unabhängigen Verbraucherschutz in einem staat-
1930 lich vorgegebenen Rahmen. Wir setzen uns deshalb für die Beibehaltung bzw. den Aufbau
1931 staatlicher oder staatlich lizenzierter Kontrollen, beispielsweise bei der Lebensmittelüber-
1932 wachung, ein. Darüber hinaus sind Wettbewerb und funktionierende Märkte wichtige Be-
1933 standteile eines wirkungsvollen Verbraucherschutzes. Deshalb wenden wir uns gegen Mo-
1934 nopole und Kartelle.

1935

1936 Auch bei Versicherungen und Finanzanlagen müssen Verbraucher besser vor vermeidba-
1937 ren Verlusten und falscher Beratung geschützt werden. Wir setzen uns daher für strengere
1938 Anlegerschutzbestimmungen, die Einführung eines Banken-Frühwarnsystems vor unseriö-
1939 sen Produkten und Anbietern, die Aufnahme des Verbraucherschutzes als eigenen Aufga-
1940 benbereich in der Finanzaufsicht und die Etablierung eines eigenständigen Berufsbildes
1941 des Honorarberaters ein. Eine Bevormundung der Verbraucherinnen und Verbraucher leh-
1942 nen wir ab.

1943

1944

1945

6. Zukunft *sichern!*

1946

1947 Die CDU Bremen steht für eine kompetente und den Verhältnissen angemessene Finanz-
1948 politik. Wir fühlen uns der Aufgabe einer Konsolidierung des Haushaltes verpflichtet,
1949 wengleich wir wissen, dass dies die schwerste Aufgabe für unser Land sein wird. Die Poli-
1950 tik des rot-grünen Senates hat zu Lasten aller bremischen Bürgerinnen und Bürger auf
1951 ganzer Linie versagt. Um das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu stär-
1952 ken, setzen wir auf eine Beteiligung aller Menschen in Bremen und Bremerhaven. Ihr En-
1953 gagement zeigen sie u.a. in dem vielfältigen und bunten Vereins- und Verbandswesen un-
1954 serer Städte. Dieses gilt es zu bewahren und weiter zu entwickeln. Die CDU Bremen sieht
1955 sich als Interessenvertreterin für alle Vereine und Bürger, die sich ehrenamtlich engagie-
1956 ren und somit ein Zeichen für die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenlebens set-
1957 zen.

1958

1959

a. Eigenständigkeit braucht finanzielle Handlungsfähigkeit

1960

1961 Die CDU Bremen setzt sich dafür ein, die zunehmende Verschuldung des Bundeslandes zu
1962 stoppen. Der Landeshaushalt befindet sich in einer extremen Schieflage: Die Differenz
1963 zwischen Einnahmen und Ausgaben wächst stetig. Im Jahr 2010 ist die Neuverschuldung
1964 auf mehr als eine Milliarde Euro gestiegen. Die Gesamtschulden belaufen sich auf über 17
1965 Milliarden Euro, dies entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von mehr als 27.000 Euro
1966 und somit der mit Abstand höchsten in ganz Deutschland. Die überproportional wachsen-
1967 den Ausgaben erfordern eine konsequente Aufgabenkritik. Jede Ausgabe muss dabei strikt
1968 auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden.

1969

1970 Jedem ist klar, dass man auf Dauer nicht mehr ausgeben kann als man einnehmen kann.
1971 Das Anhäufen von Schulden auf Kosten zukünftiger Generationen muss ein Ende haben.
1972 Deshalb brauchen wir die Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse.
1973

Jetzt das Richtige tun!

1974 Danach verpflichtet sich Bremen, ab 2020 einen Haushalt aufzustellen, der ohne neue
1975 Schulden auskommt. Dieses bedeutet, dass mittelfristig Ausgaben durch Einnahmen ge-
1976 deckt sein müssen. Um dies zu unterstreichen, fordern wir die Aufnahme der Schulden-
1977 bremsen auch in die Bremer Landesverfassung.

1978
1979 Die CDU Bremen hat konkrete Sparvorschläge unterbreitet. Dazu zählen die Zusammenle-
1980 gung von Behörden, die Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung, die
1981 Veräußerung von Gesellschaftsanteilen der öffentlichen Hand sowie die verstärkte Kon-
1982 zentration des Staates auf seine Kernaufgaben. Die CDU Bremen hat damit den Willen und
1983 Mut bewiesen: Wir haben als einzige politische Kraft die Menschen in die Diskussion mit
1984 einbezogen und ihre Sparvorschläge aufgegriffen.

1985
1986 Wir sind davon überzeugt: Bevor wir andere Länder und den Bund um erneute Finanzhilfe
1987 bitten, muss die derzeitige und müssen künftige Landesregierungen – gleich welcher Zu-
1988 sammensetzung – ihre Hausaufgaben machen und sparen. Dies ist unsere Verpflichtung
1989 gegenüber nachfolgenden Generationen, die die Schulden abbauen müssen.

1990
1991 Die CDU Bremen setzt sich für den Erhalt der Zukunftsfähigkeit und Eigenständigkeit des
1992 Landes Bremen ein. Diese sind jedoch durch den rapide ansteigenden Schuldenstand des
1993 Landes Bremen gefährdet. Der Schuldenstand wird laut den Vorhersagen des Senats bis
1994 2014 weiter drastisch auf über 21 Milliarden Euro steigen, was zu einer ernsthaften Ge-
1995 fährdung der Handlungsfähigkeit staatlicher Einrichtungen führen wird. Offensichtlich ist
1996 vielen Verantwortlichen unserer politischen Mitbewerber der Ernst der Lage noch nicht
1997 vollständig bewusst.

1998
1999 Zur Einhaltung des Konsolidierungspfades gewährt der Bund dem Land Bremen im Zeit-
2000 raum von 2011 bis 2019 jährlich eine Konsolidierungshilfe von 300 Mio. Euro, sofern das
2001 Land Bremen das vorhandene strukturelle Defizit abbaut.

2002
2003 Das Finanzierungsdefizit im Jahr 2010 betrug rund 1,354 Mrd. Euro. Der Senat muss end-
2004 lich handeln und nicht ausschließlich die Bundespolitik und die wirtschaftliche Entwick-
2005 lung für das finanzielle Schicksal Bremens verantwortlich machen.

2006
2007 Gezielte strukturelle Einsparmöglichkeiten sind in vielen Bereichen möglich. Die CDU
2008 Bremen setzt sich für eine Abschaffung von Doppelstrukturen ein. Sämtliche Zuwendun-
2009 gen müssen dahingehend überprüft werden, ob sie notwendig sind und wirksam einge-
2010 setzt werden. Die hohen Personalkosten müssen durch Schwerpunktsetzung weiter ge-
2011 senkt werden.

2012
2013 Wir fordern in vielen Bereichen eine engere Zusammenarbeit und Kooperation zwischen
2014 Bremen und Niedersachsen. Exemplarisch sollen an dieser Stelle die Generalstaatsanwalt-
2015 schaften und Oberlandesgerichte Bremens und Oldenburgs, die Statistischen Landesämter
2016 Bremens und Niedersachsens und die Lehrerausbildung an den Universitäten Nordwest-
2017 deutschlands genannt werden. Dadurch können unnötige Verwaltungsstrukturen verrin-
2018 gert werden. Die wirtschaftsunfreundliche Politik des Senats muss aufgegeben werden.

2019
2020 Die Einhaltung der verabredeten Schuldenbremse setzt in jedem Fall einen breiten gesell-
2021 schaftlichen Grundkonsens voraus. Jeder muss bereit sein, seinen Teil zur Konsolidierung
2022 des Haushaltes beizutragen, um die Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit des Landes
2023 Bremen zu erhalten.

2024

Jetzt das Richtige tun!

2025 Einsparungen und Maßnahmen dürfen nicht nur die Beschäftigten im öffentlichen Dienst
2026 betreffen, sondern es muss auch eine grundsätzliche Wirtschaftlichkeitsprüfung bezüglich
2027 der ausgegliederten Beschäftigten bei den bremischen Gesellschaften und Eigenbetrieben
2028 erfolgen. Das vorhandene Personal muss durch Weiterbildungen, Fortbildungen und Quali-
2029 fizierungsmaßnahmen unterstützt werden.

2030
2031 Wir setzen uns für eine Anpassung der Versorgungsleistungen der Beamten an die allge-
2032 meine Entwicklung der Rentenversicherung ein. Die Lebensarbeitszeit und Altersgrenze
2033 zur Beamtenpensionierung muss auf das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung an-
2034 gehoben werden. Es ist nicht nur finanzpolitisch, sondern auch aus Gerechtigkeitsgründen
2035 schwer zu vermitteln, dass Beamte nicht genauso lange arbeiten müssen wie normale An-
2036 gestellte. Flexible Arbeitszeitmodelle wie Lebenszeitkonten, Teilzeitmodelle, Home-Office,
2037 Altersteilzeit, Familienpflegezeit und eine neue doppelte 30 Stunden Woche für Eltern,
2038 sollten auch im öffentlichen Dienst verstärkt angeboten werden. Der Staat soll verstärkt
2039 Rücklagen für die Altersversorgung seiner Beschäftigten bilden.

2040
2041 Die CDU Bremen ist sich bewusst, dass nur gravierende eigene Sparanstrengungen unse-
2042 res Bundeslandes dazu beitragen können, dass beim Bund und den anderen Bundesländern
2043 die Bereitschaft besteht, Bremen auch über das Jahr 2019 hinaus mittels finanzieller Hilfen
2044 zu unterstützen. Aus unserer Sicht bestünde ab diesem Zeitpunkt dazu keine oder eine
2045 sehr viel geringere Notwendigkeit, wenn es im Zuge einer großen Reform zu einer Korrek-
2046 tur des Systemfehlers der deutschen Finanzpolitik kommen würde: Die Einführung des
2047 Wohnortprinzips bei der Erhebung der Lohnsteuer Anfang der Siebziger Jahre hat ent-
2048 scheidend dazu beigetragen, dass das Land Bremen fiskalisch von dem auf seinem Territo-
2049 rium erwirtschafteten Mitteln weit unterdurchschnittlich profitiert. Die CDU Bremen wird
2050 sich daher dafür einsetzen, hier zu einer Neuverteilung der Steuereinnahmen entspre-
2051 chend der tatsächlichen Wirtschaftskraft der Bundesländer zu kommen.

2052
2053 Aufgrund der deutschen Steuergesetzgebung ist es für ein einzelnes Bundesland zwei-
2054 felsohne schwierig, eigenständige Regelungen hinsichtlich der steuerlichen Belastung der
2055 abhängig Beschäftigten in seinem Zuständigkeitsbereich zu treffen. In Bremen existiert
2056 nach Auffassung der CDU jedoch noch immer ein steuerrechtliches Relikt, das die meisten
2057 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegenüber ihren Kollegen aus nahezu allen anderen
2058 Bundesländern und sogar gegenüber den Beamten im Land Bremen benachteiligt: die
2059 Zwangsabgabe an die Arbeitnehmerkammer. Wir werden auf ihre Abschaffung hinwirken.
2060 Neben der finanziellen Entlastungswirkung für die von ihr betroffenen Haushalte, spricht
2061 für diese Maßnahme auch der Umstand, dass sie nicht dazu beigetragen hat, die Interes-
2062 sen der abhängig Beschäftigten in Bremen besser zu vertreten als in Bundesländern, in
2063 denen es eine solche Zwangsabgabe nicht gibt.

2064 2065 **b. Bürgernahe Verwaltung**

2066
2067 Wir setzen uns für eine bürgernahe Verwaltung ein. Dies bedeutet, dass Entscheidungen
2068 möglichst nah bei den Menschen getroffen werden, die von diesen Entscheidungen betrof-
2069 fen sind. Sei es in der Stadtbürgerschaft Bremen, der Stadtverordnetenversammlung Bre-
2070 merhaven oder den Beiräten. Die CDU Bremen tritt für eine lebendige Stadtteildemokratie
2071 ein. Die Beiräte wissen am besten über die aktuellen Bedürfnisse der Bevölkerung in den
2072 einzelnen Stadtteilen Bescheid. Sie sind die ersten Ansprechpartner der Bürgerinnen und
2073 Bürger vor Ort, weil sie dort fest verwurzelt sind. Aus diesem Grund begrüßen wir die Er-
2074 weiterung der Beiratsrechte, die Durchführung von Planungskonferenzen, das Rederecht
2075 des Beiratssprechers in der Stadtbürgerschaft und die Einführung von Stadtteilbudgets.

Jetzt das Richtige tun!

2076 Insbesondere durch die Stadtteilbudgets können die Beiräte vor Ort die wichtigen Aufga-
2077 ben wahrnehmen und gezielt die vorhandenen Mittel einsetzen, daher sind sie so auszu-
2078 gestalten, dass die Beiräte echte Gestaltungsmöglichkeiten wahrnehmen können.

2079
2080 Wir sehen in der regelmäßig tagenden Konferenz der Beiratssprecher aus den 22 Stadttei-
2081 len ein Instrument bürgernaher Stadtteilpolitik. Durch einen Austausch zwischen den Bei-
2082 räten der einzelnen Stadtteile kann sichergestellt werden, dass es nicht zu einer Konkur-
2083 renz bei einzelnen Projekten kommt. Es können ebenso stadtteilübergreifende Projekte
2084 zusammen realisiert werden und Erfahrungen besser ausgetauscht werden. Der ständige
2085 Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten hat sich bisher nicht be-
2086 währt. Die Beiratssprecher sind in diesem Ausschuss nur ständige Gäste ohne eigene
2087 Stimmrechte. Dies führt zu keiner spürbaren Stärkung der Beiräte. Aus diesem Grund for-
2088 dert die CDU Bremen im Zuge des Verwaltungs- und Bürokratieabbaus die Abschaffung
2089 des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten.

2090 2091 **c. Wir setzen auf Beteiligung**

2092
2093 Wir befürworten die Änderung des Bremer Wahlrechts. Die Änderungen bilden einen ers-
2094 ten Schritt in Richtung mehr Demokratie und mehr Bürgerbeteiligung. Durch die Möglich-
2095 keiten des Panaschierens und Kumulierens erhält jeder Bürger mehr Einfluss auf die Zu-
2096 sammensetzung des Parlaments. Zum einen besteht die Möglichkeit, gezielt durch das
2097 Wählen, einem bestimmten Kandidaten eine bessere Erfolgsaussicht auf den Einzug in die
2098 Bremische Bürgerschaft einzuräumen, zum anderen können Wähler ohne Parteipräferenz,
2099 über die Partei- und Listengrenzen hinweg von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

2100
2101 Die CDU Bremen setzt sich für mehr direkte Demokratie ein. Die Politik muss in erster Li-
2102 nie für die Menschen da sein. Aus diesem Grund müssen Volksabstimmungen und Volks-
2103 begehren bürgerfreundlicher ausgestaltet werden, damit sie durch die Bürger einfach und
2104 unkompliziert wahrgenommen werden können. Die Bürgerumfrage stellt ein wichtiges
2105 Instrument zur Vermittlung der Ansichten der Bürger an die Politik dar. Wir befürworten
2106 die Initiative einer Befragung der Bevölkerung über die Verlängerung der Legislaturperio-
2107 de der Bremischen Bürgerschaft.

2108
2109 Die CDU Bremen will Jugendliche und junge Menschen verstärkt in das politische Gesche-
2110 hen im Land Bremen einbeziehen, z.B. über Jugendbeiräte.

2111
2112 Die einzelnen Stadtteile werden geprägt durch die Menschen, die in ihnen leben und ar-
2113 beiten. Bürgerschaftliches Engagement hat bei der Entwicklung der Stadtteile dadurch
2114 eine besondere Rolle. Die Bürger sollen enger und frühzeitiger in die politischen Entschei-
2115 dungen mit eingebunden werden. Nur so kann die Akzeptanz für neue Vorhaben und die
2116 politische Arbeit im Land Bremen in der Bevölkerung gesichert werden. Die CDU Bremen
2117 setzt sich für mehr direkte Bürgerbeteiligung insbesondere im Zusammenhang mit der
2118 Realisierung von Großprojekten ein. Das Baurecht, hier vor allem das Planfeststellungsver-
2119 fahren, ist ein stark bürokratisiertes und für den Bürger häufig undurchsichtiges Verfah-
2120 ren. Wir möchten die Bürgerinnen und Bürger frühzeitiger und umfassender als bislang in
2121 die Planung einbeziehen. Dies kann z.B. auch über Bürgerversammlungen, offene Foren
2122 oder Mediationsverfahren geschehen.

2123
2124 Alle Argumente für und gegen Projekte, die eine breite Öffentlichkeit interessieren –
2125 einschließlich möglicher Alternativplanungen – müssen rechtzeitig in einem transparenten
2126 und öffentlichen Verfahren dargelegt werden. Dabei sollten Beiräte, Verwaltung, Politik,

Jetzt das Richtige tun!

2127 Bürgerinitiativen, Wirtschaft und betroffene Bürgerinnen und Bürger etc. gleichberechtigt
2128 auf „Augenhöhe“ an einem Tisch sitzen Als Ergebnis eines solchen Verfahrens sollte eine
2129 Entscheidung über das „Ob“ des Projekts vorbereitet werden, die im Parlament oder auch
2130 durch die Bevölkerung (Volksentscheid) endgültig getroffen wird. Erst danach sollte die
2131 eigentliche Fachplanung in einem entbürokratisierten Verfahren unter Beteiligung der
2132 Öffentlichkeit erfolgen. Dabei sollten die einzelnen Planungsschritte immer wieder für die
2133 Betroffenen verständlich begründet und vermittelt werden. Die Gestaltung und unpartei-
2134 liche Steuerung dieses „Vorschaltverfahrens“ könnte ein erfahrener und unabhängiger
2135 Schlichter oder Moderator übernehmen.
2136

2137 Vergleichbare vorgeschaltete Bürgerbeteiligungen können wir uns auch auf kommunaler
2138 oder Stadtteilebene vorstellen. Vorbildhaft dafür sind die in Bremerhaven bereits beste-
2139 henden Stadtteilkonferenzen sowie die Stadtteilmanager, die mit den unterschiedlichen
2140 Institutionen und Bürgern erfolgreich zusammenarbeiten. Auch den Ortsamtsleitern und
2141 Beiräten kommt in diesem Zusammenhang eine erhöhte Bedeutung zu. Quartiere können
2142 dabei die heutigen Beiratsbereiche, Stadtteile aber auch kleine Einheiten sein. Die CDU
2143 Bremen wird daher nicht nachlassen, diese tragende Säule unserer Gesellschaft auch zu-
2144 künftig zu stärken.
2145

2146 Die CDU Bremen setzt sich für eine Änderung des Bremischen Wahlgesetzes dahingehend
2147 ein, dass in der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven wieder die 5 Prozent Hürde
2148 eingeführt wird.
2149

d. Sport, Ehrenamt und Vereine: Bausteine des Zusammenhalts

2150
2151 Die CDU Bremen setzt sich für den vielfältigen Erhalt des Sports im Land Bremen ein.
2152 Rund 163.000 Mitglieder sind in den ungefähr 400 Sportvereinen in Bremen aktiv. Hinzu
2153 kommen die zahlreichen Individualsportler. Durch den Sport werden nicht nur die Ge-
2154 sundheit und das körperlichen Wohlbefindens gefördert; er fördert auch das soziale Mit-
2155 einander, die Begegnung der Generationen und den Kontakt zwischen den Bremer Bür-
2156 gern. Insbesondere Kinder und Jugendliche lernen durch den Sport den vernünftigen Um-
2157 gang mit anderen. Dies stärkt das Zusammenleben und das Bewusstsein jedes Einzelnen
2158 gegenüber anderen tolerant aufzutreten und diese zu akzeptieren. Wir brauchen eine
2159 Sportpolitik, die Menschen eine sportliche Betätigung ermöglicht.
2160
2161

2162 Trotz der kritischen Haushaltslage unseres Bundeslandes, befürwortet die CDU Bremen
2163 die Gewährung von Zuschüssen an die Sportvereine durch die Verteilung der Zweckabga-
2164 ben aus den Glückspieleinnahmen. Uns kommt es darauf an, dass diese Gewinne dem
2165 Bremer Sport zugute kommen. Aus diesem Grund sprechen wir uns ausdrücklich für den
2166 Erhalt des staatlichen Glückspielmonopols aus. Der Erhalt der Übungsleiterpauschale
2167 bleibt für die CDU Bremen ein wichtiges sportpolitisches Ziel.
2168

2169 Die CDU Bremen sieht den Sport auch als wichtigen ökonomischen Faktor. Wir bekennen
2170 uns zum Leistungs- und Profisport. Er bietet den jüngeren Generationen die Möglichkeit
2171 zur Identifikation und dient als Vorbild. Die Spitzensportler steigern das Ansehen und den
2172 Blick auf unser Bundesland. Der Spitzensport löst Begeisterung aus und kann Massen be-
2173 wegen. Die CDU Bremen tritt für die Förderung des Leistungssportes ein, um Nachwuchst-
2174 alente zu fördern und die Entwicklung von Persönlichkeiten zu unterstützen.
2175

2176 Wir setzen uns insbesondere für den Sport für Menschen mit Behinderung ein. Wie die
2177 „Special Olympic National Games 2010“ in Bremen gezeigt haben, leisten Menschen mit

Jetzt das Richtige tun!

2178 Behinderungen überragende Leistungen, auf die die ganze Welt schaut und die alle zum
2179 Mitfiebern animieren.

2180
2181 Die Chance des Sports als Motor der Integration darf nicht verschenkt werden. Beim Sport
2182 gelten alle Regeln für alle gleichermaßen, egal welcher Herkunft die Sportler sind. Der
2183 Sport bietet allen die Möglichkeit einen Anschluss an die Gesellschaft zu finden. Beim
2184 Sport lernt man neue gleichgesinnte Leute kennen.

2185
2186 Viele Mitglieder in den Sportvereinen üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Ohne diese
2187 unentgeltliche Ausübung wäre der Sport im Land mit seinen vielfältigen Facetten nicht
2188 realisierbar. Wir brauchen auch weiterhin das ehrenamtliche Engagement möglichst vieler
2189 Personen, um den Sport als wichtigen Faktor des gemeinsamen Lebens in Bremen zu erhal-
2190 ten.

2191
2192 Die CDU erkennt die herausragende Bedeutung des Vereins- und Verbandswesen für Bre-
2193 men und Bremerhaven ausdrücklich an. Die vielfältige Vereinskultur macht unsere Städte
2194 erst so lebenswert und trägt gleichzeitig in unverzichtbarer Weise zur Haushaltsentlastung
2195 bei. Für uns steht außer Frage, dass das Land und seine beiden Städte perspektivisch noch
2196 stärker auf die Vereine und Verbände sowie die ihn ihnen geleistete Arbeit angewiesen
2197 sein werden. Aus unserer Sicht kann eine Aktivierung von noch mehr Menschen für eine
2198 ehrenamtliche Tätigkeit eine der zentralen Antworten auf die desolote Finanzlage unseres
2199 Zwei-Städte-Staates sein.

2200
2201 Das bürgerschaftliche Engagement dient der Förderung des Zusammenhaltes der Gesell-
2202 schaft. Die CDU Bremen fordert, dass bürgerschaftliches Engagement besser anerkannt
2203 und gefördert wird. Deswegen treten wir für eine Unterstützung dieses wertvollen Beitrags
2204 durch Steuervergünstigungen, versicherungstechnische Absicherungen und Weiterbil-
2205 dungsangebote ein. Wir sprechen uns für Freiwilligenagenturen und Bürgerstiftungen aus,
2206 die wichtige Vernetzungsfunktionen erfüllen. Eine Unterstützung des bürgerlichen Engage-
2207 ments durch die Beiratsmittel begrüßt die CDU Bremen. Weiter ist eine arbeitsrechtli-
2208 che Absicherung von ehrenamtlichen Tätigkeiten erforderlich. Bei einer ehrenamtlichen
2209 Tätigkeit und einer bestehenden Beschäftigung muss über die Möglichkeit einer maßvol-
2210 len Freistellung seitens des Betriebes nachgedacht werden.

2211
2212 Das ehrenamtliche Engagement muss durch die Bremische Verwaltung unterstützt wer-
2213 den. Die Verwaltung muss hierbei eine beratende Funktion einnehmen und möglichst
2214 schnell und unbürokratisch das Engagement der Bürger ermöglichen. Die CDU Bremen
2215 versteht sich als Interessenvertreter aller Bremer Bürger, die sich dem Gemeinwohl ver-
2216 pflichtet fühlen und durch ihr Engagement zu einer Erhöhung des Wohlbefindens unseres
2217 Landes und unsere Städte beitragen.

2218
2219

2220 -----

2221

2222 *Kontakt/Impressum*

2223

2224 Landesverband der CDU Bremen

2225 Am Wall 135 | 28195 Bremen

2226 Tel 0421/309 94—1

2227 Fax 0421/308 94—33

2228 www.cdu-bremen.de